

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Beleglohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleglohn. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — Postkontos Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72208. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Wabvordr. 40 Pf. Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamzeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf. bei Wabvordr. 50 Pf., Reklamzeile 2.25 Mk.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der National-völkische Block

Sein Aufbau, das Programm und die Organisationspläne

Von Dan bis Bersaba

+ Berlin, den 4. Januar 1928.

Auf den 22. Januar wurde die Gründungsverammlung für den neuen national-völkischen Block angelehrt. Wie schon mitgeteilt, haben Dr. Clah und andere dieser neuen Blockbildung in der Rechtspresse ideologisch bereits vorgearbeitet. Als Grundlage für die Verhandlungen auf der Gründungsverammlung wurde eine fünfseitige Denkschrift ausgearbeitet, der wir nachstehend die wichtigsten Gesichtspunkte entnehmen. Sie gibt zunächst eine Darstellung über „die äußere Entwicklung“, die zu dem neuen Projekt führte; und obwohl die Denkschrift ihre Urheber nicht erkennen läßt, werden eingangs die drei Gruppen scharf umrissen, auf deren Teilnahme an der Gründungsverammlung gerechnet wird.

1. Solche, die den Blockgedanken überhaupt ablehnen und ihn in ihrem Partikularismus zugunsten ihrer eigenen, „alleinseitig machenden“ Organisation bestreiten werden.

2. Solche, welche sich zwar nicht korporativ dem Block anschließen die Entschlußkraft aufbringen, aber mit einem größeren oder geringeren neutralen Wohlwollen ihren Mitglieðern die Wahl der Blockliste neben den Wahlvorschlügen aller „nationalen“ Parteien freistellen wollen.

3. Solche, welche die sich an den Oppositionsblock als der einzigen ausnahmslosen Kampfstärke gegen das derzeitige Erfüllungspolit. und die gegen die Verwirklichung des deutschen Volkes durch den heutigen Parlamentarismus bewahrt beteiligen.

Danach folgt eine Erläuterung über die Organisationen, die den einzelnen Gruppen zugerechnet werden, sowie über ihre Haltung zum Gedanken des „National-völkischen Blocks“. Unter die erste Gruppe fällt in der Hauptsache die NSDAP (Hitlerianer), die sich der Gründung bewußt entgegenstellen. Sie werden als „die beste Hilfsstruppe für die schwächeren schüttere Deutschnationale Volkspartei“ bezeichnet, wofür der bekannte Redegraf Reventlow, der Reichstagsabgeordnete, in seiner Zeitschrift Reichswart „bereits einen schlagenden Beweis“ geliefert habe.

Jedenfalls wird von Dan bis Bersaba (zwei Stämme des Altjudentums, D. Red.) will sagen, von den Deutschnationalen bis zu den Marzisten eitel Freude sein über diese nationalsozialistischen Diabolen, die sich ihnen als das nützliche Instrument für die allbewährte jüdisch-lesitische Praxis des divide et impera so bereitwillig zur Verfügung stellen.“

Wir kondolieren den Herren Deutschnationalen zu ihrer „jüdisch-lesitischen Praxis“. Vor vier Jahren noch segelten sie mit vollem Winde im Kielwasser des Antisemitismus und heute werden die Judenfräßer in den Reihen der Deutschnationalen bereits mit den Marzisten in einen Topf geworfen. Unter die zweite Gruppe fallen jene Verbände, die man nach der Denkschrift wie folgt charakterisieren darf. Sie vertreten den Standpunkt: „Ich möchte wohl, aber ich kann nicht!“ Das sind jene Organisationen, die sich zwar mit großen Worten gegen die „Mikrowirtschaft“ des Parlamentarismus, gegen die Erfüllungspolitik, den sogenannten Führerstreit, öffentlich geßhörig entrüsten, die aber nicht den Mut dazu haben, ihre Handlungen entsprechend einzustellen. Ihre „Überparteilichkeit“ reicht nicht dazu aus, den Bruch mit den bestehenden politischen Parteien zu provozieren.

Zunächst wohl deshalb nicht, weil meine vermeintliche „Überparteilichkeit“ eine arge Selbsttäuschung war! Sie war ja gar nicht dem heutigen Parteiwesen gegenüber enthalten und laß sich ablehnend, sie war vielmehr „polygam“, sie war mit allen Parteien der sogenannten Rechten trotz deren Erfüllungspolitik „sozialisiert in Mischehe verheiratet.“

Dieser Monolog wird den Führern der Wehrverbände, also dem Stahlhelm und anderen zugeschrieben. Diese leben im Sinne der Denkschrift und wohl auch nicht nur theoretisch polygam. Insbesondere der Stahlhelm ist mit allen Parteien, vom Zentrum bis zu den Hafenkreuzlern, „in Mischehe verheiratet“. Nach dieser Charakteristik folgt das eigentliche Kernproblem, nämlich die Furcht vor der Konkurrenz. Die einzelnen Verbände und Gruppen glauben, daß sie durch die „völkische Freiheitsbewegung“, also die Wulleute, die die eigentlichen Urheber dieses Projektes sind, mißbraucht werden könnten. Das aber sei nicht zu befürchten, da die Idee des „National-völkischen Blocks“ von dem bekannten alldeutschen Finanzrat Dr. Bang „einen besonderen Impuls“ erfahren habe.

Danach folgt die dritte Gruppe. „Ihr Rückgrat müssen normalerweise die Wehrverbände und die bodenständigen Wirtschaftsorganisationen sein.“ Was unter den letzteren zu verstehen ist, geht aus der Denkschrift nicht hervor. Als gemeinschaftliche Merkmale dieser dritten Gruppe werden in besonderen Abschnitten der „Frontgeist“, der „soziale Geist der Volksgemeinschaft“ im Gegensatz sowohl zum volksfremden marxistischen Klassenkampfprinzip, wie zur überheblichen Annäherung

der Herrschaft irgendeines Standes über die anderen“ festgelegt. Als dritter Faktor kommt der „Geist der Selbstbesinnung“ in Betracht, der Kampf gegen die Erfüllungspolitik und das Bestreben, „die gesamte Volkswirtschaft auf die Ernährung aus dem deutschen Heimatboden“ zu begründen. „Darum Befreiung des deutschen Bauern aus der heutigen Frontknechtschaft für den unproduktiven Kapitalismus.“

Aus den bisherigen Vorgesprächen habe sich die völlige Einmütigkeit über „folgende entscheidende Fragen“ herausgestellt, die darum als „Das gemeinsame Programm“ in Vorschlag kommen.

a) Kampf für die deutsche Freiheit — gegen die verflavende Erfüllungspolitik und die sich daraus ergebende Entleerung der deutschen Wirtschaft und die Verelendung des ganzen deutschen Volkes.

b) Kampf gegen den undeutschen, letzten Endes kapitalistischen Parlamentarismus und für eine deutsches Wesen in sozialem Geiste gerechtes Verfassung, aufgebaut auf den Selbstverwaltungs- und Wirtschaftskörpern.

c) Kampf gegen die Zerstückung des deutschen Volkes durch die überstaatlichen Mächte und für die kulturelle Freiheit des reinen deutschen Geistes.

Das Entscheidende ist natürlich der Plan über „Die Organisierung und Finanzierung der Wahl“. Wie selbstverständlich, soll sofort ein „Aussschuß“ gegründet werden. In Berlin wird ein „einfaches Zentralbureau“ angestrebt, das an das Bureau eines der angeschlossenen Verbände angegliedert werden soll. Das Entscheidende ist natürlich die Verteilung der Posten. Unter diesen wiederum die Kandidaturen, über die bereits im voraus der folgende Plan aufgestellt worden ist.

Der Ausschuß verteilt für die Benennung der Spitzenkandidaturen die sämtlichen Wahlkreise unter die angeschlossenen Verbände. Wo ein solche Kandidatur Verbände stark konkurrieren, wird entweder ein Kandidat zu suchen sein, der für seine Person beiden Verbänden angehört oder, wo das nicht möglich ist, wird ein Ausgleich in einem anderen Wahlkreise gefunden werden müssen. Da es bei dem ganzen Wesen des an sich antiparlamentarischen Blocks keinem der angeschlossenen Verbände in erster Linie darauf ankommt, ob er ein oder zwei Mandate mehr für sich heraushandelt, sondern darauf, daß Persönlichkeiten in den Reichstag kommen, die das Vertrauen aller Verbände besitzen, wird diese Einigung viel leichter zu erreichen sein, als im Jahre 1924 zwischen der deutschvölkischen Freiheitsbewegung und der NSDAP.

Ebenso werden die Plätze der Reichsliste durch den Ausschuß verteilt.“

Und das ist wohl das Entscheidende. Die „Antiparlamentarier“ des neuen Blocks haben den sehnlichsten Wunsch, als

Parlamentarier in den neuen Reichstag einzuziehen, und selbstverständlich gelten nur jene als „Persönlichkeiten“, die antiparlamentarisch tun, denen aber ein Sitz im Parlament das A und O ihres gesamten Lebens ist. In einem weiteren Absatz wird dann festgelegt, daß sich nach Festlegung der Spitzenkandidaturen die Vertreter der Verbände in den Wahlkreisen einigen, das heißt also im völkischen Sinne balgen dürfen, denn auf mehr als einen Kandidaten pro Kreis könnte selbst nach den geschwelltesten Hoffnungen der neuen Blockorganisatoren nicht gerechnet werden. Zum Schluß folgen die Vorschläge über die Finanzierung des Ganzen, und das ist die Hauptsache bei dem ganzen Werk, denn die Deutschnationalen sitzen, trotz der Offizierspensionen ihrer Führer, finanziell restlos auf dem Trockenen.

Nach bevor der Block überhaupt gegründet wurde, hat man auch die gemeinsame Arbeit im Reichstag festgelegt. Der „National-völkische Block“ gilt nur für die Verfolgung der oben wiedergegebenen drei programmatischen Punkte. In allen übrigen Fragen handeln die Vertreter der einzelnen Organisationen im „National-völkischen Block“ nach den Direktiven ihrer Verbände. Darum erwägt man die Form einer neuen Wirtschaftspartei. Wenn drei Mann zusammenstehen, dann kommen dort bestimmt vier verschiedene Meinungen heraus. Und das ist der Jungbrunnen im Kampfe gegen die Parteiherrschaft derer von „Dan bis Bersaba“, von den Deutschnationalen bis zu den Marzisten.

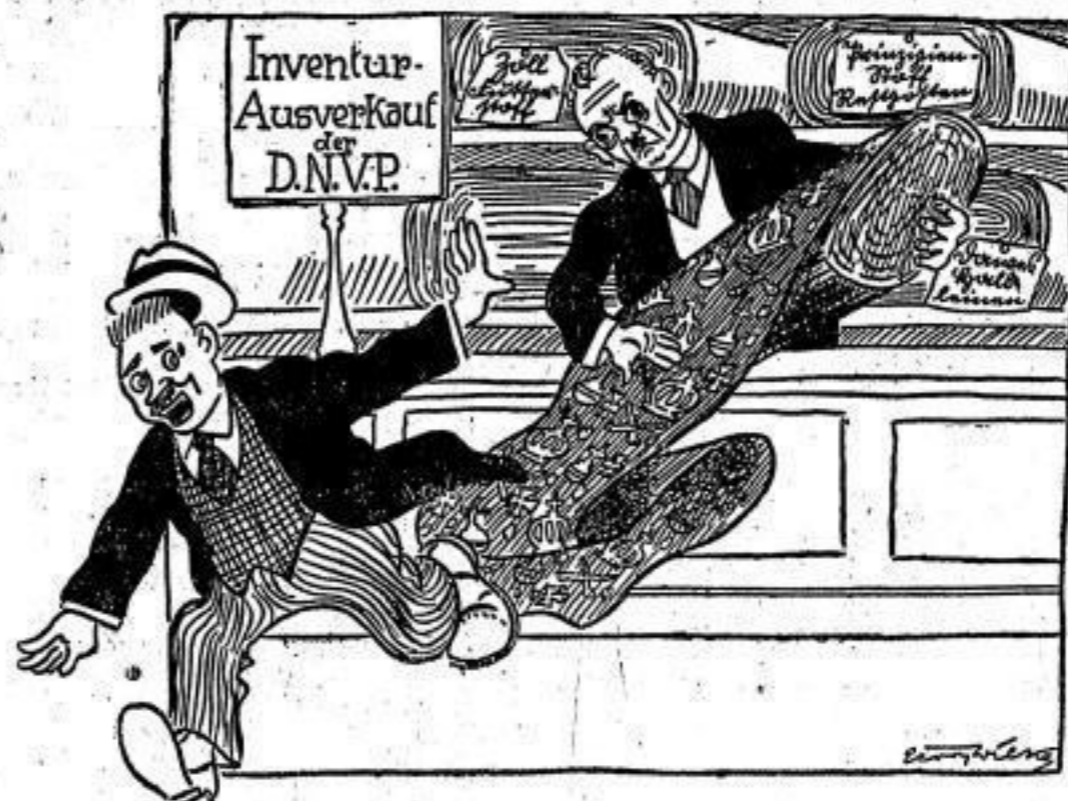
Eine offizielle Beteiligung der rechten deutschnationalen Kräfte ist nach der Denkschrift nicht vorgesehen. Trotzdem werden die Antierfüllungspolitiker, die Stresemanntröder der deutschnationalen Fraktion vertreten sein. Freilich nicht als Deutschnationale, wohl aber als Mitglieder des Stahlhelms, als Wehrwölfe, Wikingerleute, Wotansanbeter und dergleichen.

Räumung der zweiten Rheinlandzone am 9. Dezember 1928?

U Berlin, 4. Januar.

Der Berliner Mittag meldet: Die deutsche Reichskommission für die besetzten Gebiete hat die Absicht, die interalliierte Rheinlandkommission darauf hinzuwirken, daß mit dem Jahre 1928 der Zeitpunkt für die vertragliche Räumung der zweiten Rheinlandzone gekommen sei. Die Nordzone mußte gemäß Artikel 420 des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925, also genau 5 Jahre nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages, geräumt werden. Die tatsächliche Räumung erfolgte jedoch erst am 31. Januar 1926. Nach Auffassung der örtlichen Instanzen des Rheinlandes, der sich der Reichskommissar anzuschließen scheint, hat Deutschland also einen Rechtsanspruch darauf, daß die entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages erfolgte Ueberzeit von einem Jahr und 21 Tagen auf die Zeit der Befreiung der zweiten Zone in Anrechnung gebracht wird und demgemäß also die Räumung der zweiten Zone anstatt am 10. Januar 1930 am 9. Dezember 1928 zu erfolgen hätte. Zur Stunde läßt sich noch nicht übersehen, wie weit die zuständigen Stellen des auswärtigen Amtes in der Lage sind, sich dieser im Rheinland herrschenden Auffassung anzuschließen.

Westarps Inventurausverkauf



„Und hier noch ein Restposten Kronendamast, fabelhaft billig, wegen gänzlicher Aufgabe des Artikels!“

Der schwarze Erdteil in der Weltpolitik

Von Nygaard.

Die katastrophale Politik der europäischen Mächte und ihr gigantischer Vernichtungskampf während der Jahre 1914/18 ließen als unmittelbare Folgeerscheinung in den Europa hörigen überseeischen Gebieten einen vorher kaum bewußt empfundenen geistig-politischen Entwicklungsprozeß zu früherer Reife kommen und ein vollkommen neues weltpolitisches Element entstehen. Die Erschütterung des abendländischen Prestiges wurde kompensiert durch ein betontes, umfassendes Bewußtseinserwachen fast aller östlicher Völkerschaften sowie der des afrikanischen Raumes. All die drückenden Empfindungen des Unterworfenseins, des Ausgebeutetwerdens, der Deklassiertheit und der politischen Unmündigkeit verdrängten sich zu den kühnen Forderungen nach nationaler Autonomie, nach wirtschaftlicher Verfügungsfreiheit und völkerrechtlicher Gleichwertigkeit. Sie wurden verstärkt durch rasenmäßig-nationale Bestrebungen und teilweise selbst übersteigert durch religiös-imperialistische Ehrgeize. Gewiß führten diese national-revolutionären Strömungen bisher nicht zu umfassenden wirtschaftlich-politischen Umwälzungen oder gar zu einem völligen Verdrängen der europäischen Mächte. Wesentlich aber ist ihr Vorhandensein, sind die geläuterten geistigen Kräfte und die Richtung ihres trotz aller bestehenden Unterschiedlichkeit doch einheitlichen Willens. Und die Mächte selbst wurden und werden auch fernerhin zur Anerkennung dieser Faktoren gezwungen. Die Vera drakonischer Kolonisierungsmethoden ist Völkern gegenüber, die auf Europas Schlachtfeldern bluteten, die das Wesen westlicher Zivilisation begriffen und europäische Technik und Produktionsformen übernommen, endgültig vorüber.

Wenn neben der außerordentlich aktiven und breiten national-revolutionären Bewegung der kulturell hoch entwickelten Völker Afriens und neben dem Ringen der farbigen Rassen des ganzen amerikanischen Kontinents auch die nationalen Strömungen Afrikas weniger plastisch hervortreten, so sind sie doch deshalb für Europa nicht minder bedeutsam. Sie vereinen sich zu einem Problemkomplex, dessen einzelne Grundfragen vorerst noch kaum zu beantworten sind. Sicher ist auch Afrika von einer Verwirklichung der von seinen Völkerschaften mehr oder weniger bewußt empfundenen neuen Ideen noch weit entfernt, im allgemeinen vielleicht weiter als Asien. Trotzdem aber werfen auch hier bereits künftige Geschehnisse ihre Schatten voraus. So sind es im wesentlichen drei Momente, die sowohl für das heutige als auch für das künftige Afrika von Bedeutung sind. Und zwar stehen einmal das wirtschaftliche Interesse Europas an Afrika und dessen machtpolitischer und strategischer Wert im Vordergrund aller Erwägungen, schließlich aber fordert auch dessen eigenartige gesellschaftliche Struktur besondere Beachtung.

Wenn auch Afrika im allgemeinen nicht ohne weiteres mit der wirtschaftlichen Bedeutung Afriens oder mit der Amerikas verglichen werden kann, so verfügt es aber doch über wirtschaftliche Schätze, genug, um die sechs an der Aufteilung seines Raumes hervorragend beteiligten europäischen Mächte an sich zu fesseln. Seit dem ersten Einbruch portugiesisch-spanischer Konquistadoren im 15. und 16. Jahrhundert ist im afrikanischen Nordwesten steht es im Vordergrund der europäischen Interessen. Und im Ringen um die tropischen Kraftgebiete des schwarzen Kontinents, um den Besitz von Getreide und Öleichen Körnerfrüchten, um Pfefferkörner, Gummi, Erze und Kohlen, Mineralien und Edelmetalle erwidert die heutige politische Gliederung des Erdteils. Sind doch von dem rund dreihundert Millionen Quadratkilometer umfassenden gesamtafrikanischen Territorium knapp 2,2 Millionen Quadratkilometer im Besitz der drei wenigstens nominell selbstständigen Staaten Ägypten, Libyen und Liberia. Der ungeheure Rest entfällt auf die europäischen Mächte und ist vollkommen aufgeteilt. Durch die verschiedenartigsten Methoden werden diese wertvollen Nutzungskolonien ausgebeutet und repräsentieren in dieser Hinsicht die mannigfaltigsten Wirtschaftsformen. Von der primitiven Sammelwirtschaft bis zur technisch hochentwickelten Mine Südafrikas oder des Nordens und den modernen Hafenanlagen der riesigen Stapelplätze sind die Eingeborenen eingespannt in das westliche Wirtschaftssystem. Im allgemeinen noch ohne Einwirkungsmöglichkeit auf politische oder verwaltungstechnische Fragen, geringer entlohnt als der weiße Werkflügler, im Landerwerb durch eine rigorose Gesetzgebung behindert und, vor allem in den britischen Besitzungen, als minderwertig betrachtet unter Ausnahmebestimmungen lebend, teilweise, wie in den französischen Kolonien, zum Militärdienst ausbeutbar, ist der Eingeborene der Sklave des europäischen Kapitalismus. Gewiß gibt es auch Gebiete, in denen der Einheimische schon heute freier und menschenwürdiger lebt, als etwa an der afrikanischen Westküste und im Norden. In der Südafrikanischen Union aber beginnt bereits der nationale Gegensatz sich mehr und mehr zum Massenmäßigen zu verdrängen und bildet neben den aggressiven ägyptischen nationalen Forderungen eine der ernstesten afrikanischen Gefahrenzone.

Jeder Druck der weißen Machthaber auf die der europäischen sich annähernde Lebenshaltung der eingeborenen Arbeiter muß notwendigerweise klassenmäßig-revolutionär wirkend wirken und somit auch gleichzeitig mit den immer vorhandenen, oft freilich nur latenten rassenmäßigen Impulsen zusammenfallen. Freilich, gegenwärtig sind diese Reibungszone noch nicht allzu umfangreich und auch die national-revolutionäre Kraft Afrikas selbst unter der erst jüngsten Einwirkung der islamitischen Propaganda noch gering. Auch wirtschaftlich wird Afrikas künftige Entwicklung sich schwerlich mit den ökonomischen Kräften Afriens oder Amerikas messen können. Die geographische Struktur des schwarzen Erdteils, Wälder, Savannengebiete und Urwaldgürtel bestimmen entscheidend seine wirtschaftlichen Möglichkeiten. Aber trotzdem, wenn durch eine fortschreitende Durchkapitalisierung Afrikas dessen wirtschaftliche Bedeutung weiter gesteigert und seine Völker mehr und mehr in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingegliedert werden, dann vermögen sehr wohl auch von dieser Seite gewaltige Kräfte den großen national-revolutionären Kampf innerlich zu stärken.

Außerordentlich groß ist die Bedeutung Afrikas als Kapitalanlagegebiet. Die natürlichen Hindernisse einer intensiven wirtschaftlichen Durchdringung bilden auch heute noch die immensen Entfernungen, die geringen Verkehrsnetze, die mäßige Volksdichtigkeit von knapp 140 Millionen und die Niedrigkeit des allgemeinen Lebensstandards. Beträchtliche Kapitalien wurden bereits in Hafen- und Industrieanlagen, in Eisenbahnen, Kanälen, Stromregulierungen und Be-

wässerungsanlagen investiert. Und gerade hier liegt neben den machtpolitischen Faktoren ein weiterer Teil der Macht Europas über Afrika. Selbst bei einer künftigen Einräumung weitestgehender Selbständigkeit der okkupierten Gebiete durch die Mächte würde immer noch deren faktische Ueberlegenheit als Folge des weniger sichtbaren finanziellen Einflusses bestehen. Sowohl Ägypten als auch Liberia, teilweise selbst Libyen, lassen trotz nomineller Unabhängigkeit diese starke Gebundenheit erkennen. Liberia mußte sich durch die Aufnahme einer amerikanischen Anleihe im Jahre 1922 unter die Oberherrschaft der USA stellen, Libyen begegnet den immer stärkeren italienisch-englischen Einbeziehungsbestrebungen und in Ägypten wirken sowohl finanzielle wie strategische Momente. Die Sicherung des kürzesten Seeweges nach Indien bedingt für Großbritannien die Kontrolle über den Suezkanal ebenso, wie an der afrikanischen Nordwestküste die Neutralisierung des so heiß umstrittenen Tangers, oder wie die Behauptung Marokkos, Algeriens und Tunes im Interesse Frankreichs liegt. Die Besitzverhältnisse an der Nordküste Afrikas sind für den

Frieden Europas von so entscheidender Bedeutung, wie die an der Ost- und Südküste für die indopazifische Welt.

Ganz eigenartig und ganz besonders kompliziert im Blickwinkel einer künftigen Entwicklung Afrikas sind dessen gesellschaftliche Verhältnisse gelagert. Der gesamte afrikanische Kontinent ist gesellschaftlich nicht gleichartig gegliedert. Die beiden soziologischen Begriffe Wildheit — Barbarei stehen nebeneinander und begegnen mehr und mehr den fortschreitenden westlichen Einflüssen. Auch heute noch sind der primitive Stammesverband, der Clan, die nächsthöhere Form, die Dorfmark, vorhanden und vereinzelt existieren selbst noch barbarische Despotenmonarchien. Häufig ist deshalb auch angefaßt des europäischen Einbruchs die Vermischung von Gemeindegut mit Privateigentum, die Erschütterung der oft recht hohen Stammesmoral und der Stammesolidarität. Jedenfalls, eine fortschreitende kapitalistische Durchdringung Afrikas wird nicht allein wirtschaftlich und verkehrspolitisch vollkommen umwälzen wirken, als vielmehr auch eine gewalttätige, in ihren Folgerungen vorläufig nicht abzuschätzende gesellschaftlich-geistige Entwicklung darstellen.

Zur Bündnisse und Krieg

Ein Dieb gegen den Völkerbund

II Berlin, 4. Januar.

Wie ein Berliner Abendblatt aus Washington berichtet, knüpft die Washington Post in einem oftzitierten Leitartikel an die Bemerkung Kelloggs, daß die französisch-amerikanische Freundschaft nicht vom Abschluß des Friedenspaktes abhängig sei, folgende schlüssige Begründungen:

„Obgleich Frankreich und die Vereinigten Staaten den Wunsch hegen, selbst im Falle eines allgemeinen Krieges den Frieden untereinander zu bewahren, so würde doch ein Vertrag, der beiden die Verpflichtung auferlegt, auf den Krieg zu verzichten, unvollständig sein, falls eines der beiden Länder mit anderen Mächten in einen Krieg verwickelt würde. Frankreich hat verschiedene Verbündete und ist unter bestimmten Umständen verpflichtet, in den Krieg zu ziehen. Die Fehde dieser Verbündeten müßte mit den Vereinigten Staaten in Frieden leben, und die Vereinigten Staaten würden gewiß erwarten, ihren Handel mit ihnen weiterführen zu können. Frankreich aber würde verpflichtet sein, einen solchen Handel zu unterbinden. Es besteht keine Gefahr, daß die Großmächte die Herausforderung Kelloggs, dem Krieg zu entsagen, aufgreifen werden. In ihrem Völkerbund haben sie den Krieg schon als äußeres Instrument in der nationalen und internationalen Politik vorgesehen. Das ist einer der fatalen Mängel jenes idealistischen und unpraktischen Planes zur Abschaffung des Krieges. Die Großmächte können Kelloggs Vorschlag nicht nähertreten, ohne den Völkerbund abzuschaffen.“

Der Krieg in Amerika

Coolidges Feldzug gegen Nicaragua

SPD London, 4. Januar.

Die bemächtigte Intervention der Vereinigten Staaten in Nicaragua nimmt nach den hiesigen Vorberichten nach Tag zu Tag heftigere Formen an. Amerikanische Marineexpeditionen haben in den letzten 24 Stunden die Truppen des sogenannten liberalen Generals Sandino kundenlang mit Bomben belegt. Die Angriffe wurden von den Aufständischen mit Maschinengewehrfeuer beantwortet.

Als Resultat einer Konferenz zwischen Präsident Coolidge und dem amerikanischen Marineminister Wilson werden, wie eine halbamtliche Meldung aus Washington besagt, 1000 weitere Marine-Soldaten nach Nicaragua entsandt werden. Der Krieg ist nach Pressestimmen in Amerika keineswegs populär. Die Zeitungen greifen die Regierung heftig an und bezeichnen es als eine Verletzung der Öffentlichkeit, die Aufständischen als Banditen hinzustellen.

II New York, 4. Januar.

Die amerikanischen Truppen an der Grenze von Honduras sollen auf 2000 Mann gebracht werden. Für die nächsten 48 Stunden wird in Nicaragua ein neuer amerikanischer Großangriff erwartet. Die Grenzgebiete von Nicaragua werden von den Amerikanern besonders scharf bewacht, um das Entkommen des Gegners zu verhindern. Die amerikanischen Streitkräfte in Nicaragua stehen jetzt unter dem Befehl eines Brigadegenerals. Man erwartet, daß es vor allem den Bombenangriffen der amerikanischen Flieger gelingen wird, den Widerstand des Gegners zu brechen.

Marineoffizier Wilson erklärte, daß die amerikanischen Truppen in Mittelamerika nicht leichtfertig eingesetzt werden. — Senator Wheeler beschließt, eine Senatsresolution einzubringen, die eine parlamentarische Untersuchung bezüglich Nicaragua verlangt. Wenn amerikanische Truppen eingesetzt werden sollten, so hätten sie von vornherein in genügender Stärke nach Nicaragua gebracht werden sollen.

Hunderte von Toten

WTB Washington, 4. Januar.

Das Staatsdepartement widerspricht den von Pedro Zapata, dem nicaraguanischen liberalen Agenten in Mexiko (Stadt), aufgestellten Behauptungen, daß in den letzten Monaten mehrere hundert amerikanische Marine-Soldaten in Nicaragua getötet worden seien. Das Staatsdepartement gibt die amerikanischen Gesamtverluste mit 16 Toten und etwa 40 Verwundeten an. Die Verluste der Streitkräfte des Generals Sandino, des Führers der Aufständischen, an Toten werden auf etwa 400 geschätzt.

Zurückziehung der Truppen gefordert

II New York, 4. Januar.

Die Republikaner haben im Kongreß eine Resolution eingebracht, in der die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Nicaragua gefordert wird. Man erwartet eine erregte Debatte im Kongreß.

Kleine Entente gegen Ungarn?

WTB Prag, 4. Januar.

Der Zwischenfall von Szent Gotthard bildet den Gegenstand eines Meinungswechsels zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Die Prager Regierung hat sich, scheinbar Blätterstimmen zufolge, noch kein endgültiges Urteil gebildet und wartet genauer Nachrichten ab. Ein gemeinsames Einschreiten der genannten drei Staaten in Budapest und beim Völkerbund ist nicht ausgeschlossen. Wie es heißt, soll die Konferenz der Außenminister der drei Staaten schon im Januar stattfinden. Man nimmt an, daß der Vorfall von Szent Gotthard von den Außenministern der Kleinen Entente als günstige Gelegenheit empfunden werden wird, die Lebensfähigkeit dieses Bündnisses, an welcher in der letzten Zeit vielfach Zweifel gehegt wurden, neuerlich zu betonen.

Die Dorthy-Regierung lügt!

SPD Warschau, 4. Januar.

Die polnische Regierung teilt offiziell mit, die von der ungarischen Regierung aufgestellte Behauptung, daß die von Ungarn abgeforderten und nach Ungarn gehenden Waffenlieferungen für eine polnische Adresse bestimmt gewesen wären, sei frei erfunden.

Vor dem Völkerbund

II Paris, 6. Januar.

Zu dem Zwischenfall von Szent Gotthard will der offizielle Bericht der Pariser von einer hochstehenden Persönlichkeit erfahren haben, daß von einer der drei an dem Zwischenfall direkt interessierten Regierungen, wenn nicht von allen dreien zu gleicher Zeit, wahrscheinlich ein Untersuchungsverfahren beim Völkerbundrat beantragt werden wird. Diese Untersuchung würde sich auf die Tatsache stützen, daß die ungarischen Küstungen der Ueberwachung des Völkerbundes unterliegen.

Unter der Dorthy-Diktatur

Aus dem Bericht des Vorstandes der SD Ungarns

Am 6. Januar tritt der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zusammen. Aus dem Jahresbericht, den ihm der Vorstand unterbreitet, geben wir nachstehend einen kurzen Auszug wieder.

Der Bericht stellt fest, daß der Terror seit der Wahlkampagne noch stärker geworden ist. In der Provinz ist es fast noch unmöglich geworden, eine Versammlung abzuhalten. In ganzen Lande — abgesehen von Budapest und dessen Umgebung — wurden mehr als 1400 politische Versammlungen verboten, obwohl Hunderte von Versammlungen von Seiten der Provinzorganisationen abgehalten wurden. Agitationsflugblätter können ohne vorherige Genehmigung nicht verbreitet werden. Diese Zensur aber ist derart brutal, daß anderer als ganz harmloser Text nicht gestattet wird. Ganz besonders schwer lastet der Terror auf die Landarbeiter; der geringste Verdacht gibt Anlaß zu den schlimmsten Verfolgungen gegen sie und sind die Mitglieder und Führer der sozialdemokratischen Partei von Seiten der Verwaltungs- und Justizbehörden einer wahren Flut von Uebertrretungen und Strafverfahren ausgesetzt. Daß unsere Agitation in die Provinz, also in die Dörfer, zur Landbevölkerung dringen könne, das wird deshalb mit besonderer Strenge hintangehalten, verhindert, weil man Schreck hat vor dem umgebenen Geist einer neuen Bodenreform; die feudalen Herren Ungarns wollen keine Bodenreform, ebenso wie sie auch die alte nicht haben wollten, obwohl diese ihren Besitzbestand verschonte. Aber sie fürchten die sozialdemokratische Agitation ganz besonders aus dem Grunde, weil deren erfolgreiches Durchdringen den gegenwärtigen unglaublichen Zuständen ein Ende bereiten würde: den Tagelöhnen von 1 bis 2 Pengö, den unmenslichen Ausbeutungsmöglichkeiten, an die sich die expansiv wirtschaftenden Großgrundbesitzer krampfhaft klammern. Jedoch der Druck der Machthaber ist auch der Industriearbeiter in der Stadt gegenüber nicht rückwärts. Dafür ist die Tatsache bezeichnend, daß die Kópjara, das offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei, bereits seit drei Jahren der Freiheit des Strahenverlebens beraubt ist. Und gegen dieses Blatt, das solcherart unter dem Mangel der Verbreitungsmöglichkeit zu leiden hat, ist eine Legion von Prozessen im Gange, um es auch materiell zugrunde zu richten.

Und trotzdem vermögen sie die Kópjara nicht unterzuziehen, denn gerade die Pressepropaganda vom Monat November brachte wieder über 1500 neue Abnehmer.

Die Sozialdemokratische Partei hat in 104 Provinzorten wirkende Parteioorganisationen, an vielen Orten Einzelstellen und fast in sämtlichen Gemeinden Verbindungsleute. Obwohl die Sozialdemokratische Partei in den Bezirken mit öffentlicher Zustimmung mit ihrem Kandidaten kaum bis zur Wahl gelangen konnte und obwohl den sozialdemokratischen Wählern gegenüber der unerbittliche Terror geübt wurde, erhielt die Partei dennoch nahezu 20 000 Stimmen, in den Bezirken mit heimlicher Abstimmung aber entfielen auf die Partei 108 000 Stimmen.

Aus dem Bericht der Parteiführung heben sich die Konturen mächtiger sozialdemokratischer Tätigkeit hervor. In diesem Jahre führte die Partei einen jähen und erfolgreichen Kampf gegen die Ausbeutung des Mieterschutzes und die Erhöhung der Wohnungsmieten. Die Partei setzte aufs neue mit dem Kampfe ums Wahlrecht, um die Pressefreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechtes ein. In einer ganzen Reihe von Versammlungen wurde gegen den Kriegsgedanken protestiert, für die allgemeine Abklärung Stellung genommen. Der 1. Mai wurde gefeiert, eine Aktion wurde eingeleitet im Interesse der Liquidierung der Emigration, sowie für eine allgemeine politische Amnestie. Acht Agitationshefte wurden in insgesamt 70 000 Exemplaren herausgegeben. Die Partei steht in ihrer parlamentarischen Tätigkeit beständig im scharfen Kampfe mit der Regierung, welcher Kampf vorwiegend für die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheitsrechte, der Demokratie geführt wird. Dem statistischen Teile des Berichtes ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre gegen die Kópjara 412 Preßprozesse eingeleitet wurden, und in derselben Periode wurden Korrekturen von insgesamt zehn Jahren und Geldstrafen von zusammen 21 000 Pengö verhängt. Die Sozialdemokratische Partei hat in 45 Gemeinden Gemeindevertreter in der Gesamtzahl von 308.

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß trotz der unglaublichen Schwierigkeiten, die durch die noch immer anhaltende Wirtschaftskrise im großen Maße noch erschwert, noch verhältnismäßig und an dementsprechend ihre Pflicht erfüllt und eben deshalb in ihrer Entwicklung nicht gehindert werden kann. Ein bereichernder Beweis hierfür ist auch der Umstand, daß im letzten Monat der Berichtsjahres die Zahl der Parteimitglieder um 5000 zugenommen hat.

Um die Gefängnisse Georgiens

Wir brachten unlängst einen Aufsatz über die Besuche ausländischer Delegationen in den Gefängnissen Georgiens. Diese Darstellung hat den Widerspruch von Mitgliedern der letzten Russlanddelegation zur Folge gehabt. Wir bringen nunmehr eine Erwiderung auf diese Angriffe, die uns aus georgischen Kreisen zugegangen ist. Die Redaktion.

Die uralte Regel der Gerechtigkeit, immer auch die zweite Seite anzuhören, haben die Delegierten recht mangelfast berücksichtigt. Sie haben nicht in Betracht gezogen, daß in Georgien die unterdrückte Seite nicht frei reden kann, daß insbesondere jeder politische Gefangene wegen eines freien Wortes der beschuldigten Bestrafung ausgesetzt werden kann. Besonders schwer ist es für die Inhaftierten, vor einer Delegation frei zu sprechen, in der kein Mensch sieht, zu dem sie Vertrauen hegen. Deshalb ist es notwendig, daß in einer Untersuchungskommission, außer den Kommunisten und ihren Freunden, auch die wirklichen Vertreter der europäischen Sozialdemokraten sitzen. Dazu wenigstens ein georgischer Sozialdemokrat aus der Emigration, der frei sprechen darf, jenes oder andere Gefängnisse aufsuchen kann, und dann unversehrt wieder nach Europa zurückkehren könnte. Das wird ständig von der SWJ sowie der SWJ verlangt, aber von den Bolschewisten ebenso ständig abgelehnt.

Die Delegierten haben in Georgien nur ein einziges, und gerade dasjenige Metesch-Gefängnis zu Tiflis besucht, das — wie auch der Bericht der georgischen Sozialdemokraten hervorhebt — stets den Ausländern gegolgt wird.

Warum haben die Delegierten die anderen Gefängnisse und die Keller der GPU, die auch in Tiflis zahlreich vorhanden sind, nicht gesehen? Hat es den Delegierten an Menschlichkeit oder an Mut gefehlt, um das zu verlangen? Auch in der Auswahl der Inhaftierten, die von „Delegierten“ gefragt werden sollen, haben die Bolschewisten vollkommen freie Hand. Die Delegierten können gar nicht genau wissen, ob sie wirklich mit Inhaftierten oder mit irgendwelchen verkleideten Agenten der GPU gesprochen haben. Sie wohnen aus dem Gespräch mit den wirklichen oder angeleglichen Inhaftierten „die ganze Wahrheit“ erfahren und feststellen. Ueber die Frage des Terrors, der in Georgien geherrscht hat und noch herrscht, verlieren die Delegierten kein Wort. Wenn irgendwo wirklicher oder angeleglicher Gefangener die Existenz des Terrors verneint, so ist schon „alles bewiesen“.

Zahlreiche Beispiele des Terrors in Georgien sind in dem Buchlein „Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Russland und Georgien“ angeführt, das im Auftrage der SWJ herausgegeben worden ist. Haben die Delegierten die es Buchlein studiert, es mit nach Russland und Georgien gebracht und dort die Richtigkeit der angeführten Dokumente (die meistens aus bolschewistischen Quellen stammen) untersucht? Schon die bolschewistischen Presseberichte bestätigen es, daß die Moskauer Machthaber in Georgien massenhafte Hinrichtungen ohne jedes Gericht vorgenommen, Hunderte der bekanntesten Sozialisten als Geiseln erschossen haben. Die georgische Sozialdemokratie wird vor jeder objektiven Kommission nachweisen, daß die Bolschewisten mindestens 5000 unschuldige Opfer des Terrors, darunter mindestens 4000 Sozialisten aus Klein-Georgien auf dem Gewissen haben.

Die Delegierten behaupten, in bolschewistischen Gefängnissen gäbe es keine Dunkelhaft, keine Mißhandlungen usw. Demgegenüber sind wir bereit, Hunderte von Menschen namhaft zu machen, die in dunklen erstickenden Kellern der Tscheta geschmachtet haben. Außerdem müßten wir gleich einige Genossen nennen, die unter den bolschewistischen Foltern peiniget worden sind: Kirille Tschikolani und Michail Tugulski (sog. Studenten), Giorgi Kasabidze und Giorgi Mubiditschwil (sog. Arbeiter), Kilmadze (Jungsozialist), Epifane Dragweldidze (ehemaliger Offizier der Arbeitergarde).

Der Jungsozialist P. Swandz wurde erst schwer gefoltert und dann erschossen.

Die Jugendgenossen Dardisidswili und Dordisidswili wurden erst gefoltert und dann nach den Solowki-Inseln verschifft.

Die junge Sozialistin Aneta Widorgin wurde in den Fesseln der Tscheta gefangen und gefoltert, wobei sie gestorben ist. Das sind einige von unzähligen Beispielen. Danach die Frage: Ist es erkauntlich, daß in einem Lande, wo politische Gefangene gefoltert, wo sie ohne jedes Gericht nach Sibirien oder nach den Eismerklüssen verschifft werden, nicht alle politischen Gefangenen vor jeder Delegation frei reden und ihre Kritik an der Sowjetmacht ausüben können? Ist es erkauntlich, daß manchen von jenen Menschen, die solche Grauel überlebt, mitgegeben und mitgelitten haben, endlich irgendwelche Erklärungen oder Unterschriften abgepreßt werden können?

Dies betrifft Solomon Dolidze, der bis 1924 mit den Waffen (?) gegen die Bolschewisten gekämpft haben soll und der dann, nach der Unterdrückung des Aufstandes in Georgien, plötzlich ein Bolschewistenfreund geworden ist. Man vertritt uns aber nicht, worin die Ursache dieser erstaunlichen Metamorphose liegt, warum Dolidze und noch manche andere plötzlich so helfend geworden sind.

Der entscheidende sozialistische Grundsatz in der Nationalitätenfrage. Selbst bei dem in mungeserch der Wölfer, der selbst in der Sowjetverfassung feierlich anerkannt wird (Art. 4), ist völlig in Vergeßlichkeit geraten. Um das Vorgehen Sowjetrusslands gegen Georgien zu rechtfertigen, schreibt man über den englischen Imperialismus, als ob Georgien nicht von Russland, sondern von England erobert wäre.

Wer in Georgien die sozialdemokratische Regierung nicht geduldet hat, das ist nicht England, sondern Sowjetrußland gewesen. Hätte England für Georgien und überhaupt für Transkaukasien sozial Interesse gehabt, wie von interessierter russischer Seite behauptet wird, dann hätte es seine Besatzungen 1920 nicht zurückgezogen. Darüber siehe Trozkis Buch: „Russischer Imperialismus und Revolution“. England hätte es dann ferner den Bolschewisten nicht anheimgestellt, die unglücklichen Staaten zu besetzen, wie das Tschingal auf der Session des Zentral-Exekutivkomitees zu Tiflis 1925 öffentlich folgendermaßen bestätigt hat:

Nach dem Verlassen Batums durch die Engländer erklärte Wood George dem Genossen Krasin, daß England sich in die Beziehungen zwischen Russland und Transkaukasien nicht einmischen würde, und daß es den Kaukasus als Einflusssphäre der Sowjetrepublik betrachtete.“ (Siehe Tifliser „Kommunist“ vom 5. März 1925.)

Es ist nach diesem Freibrief des englischen Imperialismus hat Sowjetrußland die transkaukasischen Republiken, darunter das sozialistische Georgien, besetzt.

Es ist eine inname Verleumdung, wenn behauptet wird, die georgischen Sozialisten ständen im englischen Solde. Warum erhebt man eine so schwerwiegende Beschuldigung? Kennt nicht die ganze Welt das ungeheure Elend der georgischen Flüchtlinge und Emigranten, die fast alle — darunter auch die Mitglieder der landesfremden sozialdemokratischen Regierung! — die schwersten physischen Arbeiten leisten müssen, sofern sie solche überhaupt erhalten? Der bekannte Sozialist Tschetys, der Führer der Revolution, die den Zarismus stürzte, mußte vor seinem tragischen Ende (Selbstmord in der Nähe von Paris im Juni v. J.), alt und krank, auf dem Felde arbeiten! Eine von solchen Verleumdungen ist auch die Behauptung von der fortwährenden Vorbereitung des Aufstandes. Warum? Man läßt einen Inhaftierten sagen, daß die Gefangenen Anweisungen von Jordanien zum Aufstand haben sollten! Wieviel „Anweisungen“ und „Dokumente“ müßte denn Jordanien geschickt haben?!

Wäre ein solches Dokument wirklich vorhanden, dann hätte es die Sowjetpresse längst publiziert. Sie hat vor kurzem mit großer Aufmerksamkeit einen Brief von Jordanien an die sozialdemokratische Partei Georgiens, die dort ein illegales Dasein treibt, veröffentlicht. Aber gerade dieser Brief trägt die schamlosen Behauptungen Lügen die die Bolschewisten immerfort kolportieren. In dem Briefe wird das Volk vor allen Unbildenheiten gewarnt, dem Aufstand ausdrücklich abgeraten. (Siehe Kommunist vom 26. Juni 1927.)

Die deutsche Seuche

Hochverratsprozesse

Am 16. Mai 1928 übernahm der Schlosser Cavier die Leitung der kommunistischen Buchstube in Bremen. Zwei Tage später wurden im Laden von der politischen Polizei ein Exemplar „Lenin zur Frauenbefreiung“, einige andere Broschüren und ein Kampflieberbuch beschlagnahmt; erst am 8. Juni erging ein Gerichtsbeschluss über die Beschlagnahme des Kampflieberbuches. Am 29. August 1928 wurde die Beschlagnahme der Zeitschrift „Oktober“ ausgesprochen; am 30. August 1928 wurden einige Exemplare dieser Zeitschrift bei Cavier beschlagnahmt. Am 7. Dezember 1928 wurde die Beschlagnahme des Arbeiterkalenders 1927 ausgesprochen; am gleichen Tage bereits wurde er in Caviers Bücherstube beschlagnahmt. Nach einigen Monaten erhielt der Oberreichsanwalt Kenntnis von diesem nicht gerade ungewöhnlichen Tatbestand. Werner hielt das magere Material für ausreichend zur Anklageerhebung gegen Cavier. Cavier hätte seiner Meinung nach sämtliche beschlagnahmten Schriften lesen und erkennen müssen, daß es der politischen Polizei, einem Staatsanwalt und dem Oberreichsanwalt einmal einfallen könnte, sie wegen „hochverräterischen“ Inhalts zu beschlagnahmen. Obwohl Cavier in keinem Falle beschlagnahmte Schriften weitervertrieben hätte, beantragte der Reichsanwalt wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung und Vergiftung gegen das Republikanengesetz zwei Jahre Festung. Der dritte Straffestrich unter dem Vorstrich Drövers verurteilte den Buchhändler tatsächlich zu einem Jahr Gefängnis. Allerdings hätte er durch einen an sich selbstverständlichen Freispruch die bisherige „Recht“prechung des Niedner-Senats in Literaturprozessen brüskieren müssen!

Zwei jugendliche Angeklagte, Bottländer und Thoben, umgeben von sechs schwerbewaffneten Sipobeamten, vor dem vierten Straffenat. Warum diese Maßnahmen wie bei berufsmäßigen Schwerverbrechern? Beide sollten nach der Anklageschrift im Alter von 19 Jahren bei verurteilten und erfolgten Sprengstoffattentaten in Danabild, Einbeß, Holzminde und Hannover mitgewirkt oder davon gewußt haben. Beide erklärten, sich lediglich innerhalb der kommunistischen Jugend Hannovers beteiligt zu haben. Allerdings wurden sie durch die Beweisaufnahme unabweislich belastet. Unverantwortliche Elemente hatten die jugendlichen Hühner ohne Zweifel zu Terrorakten mitgebracht. Bekanntlich wollten im Jahre 1924 die Ringsem, Kibus und Genossen durch Bombenschmelzen den Käseflaß erreichen. Bottländer war nach den Akten auch nach Russland geflüchtet. Als er am 4. Oktober 1926 wieder die deutsche Grenze überschritt, wurde er sofort verhaftet. Der Reichsanwalt hielt den Angeklagten Jugend und Unerschaffenheit im politischen Leben nicht zugute. Er beantragte gegen B. 5 Jahre Zuchthaus und

gegen T. 4 1/2 Jahre Zuchthaus. Der Niedner-Senat ging über diese Strafanträge noch hinaus. Er verurteilte Bottländer zu sechs Jahren Zuchthaus und Thoben zu fünf Jahren Zuchthaus. — Ein neues Schreckenstheil!

In den Jahren 1923 und 1924 versuchte die KPD militärische Organisationen aufzubauen. Besonders dilettantisch verfuhr dabei die mecklenburgischen Parteigänger. Man erfährt davon in mehreren Prozessen vor dem Reichsgericht. In diesen Prozessen war als Belastungszeuge Walter Polkmann aus Lübben aufgetreten. Von den Kommunisten wurde er als Spitzel bezeichnet. Wälsch gelangte im September 1925 von dem Schlosser Viesegang an den Oberreichsanwalt eine Denunziation Polkmanns. Danach sollte Polkmann militärischer Leiter der KPD in Lübben und der Hauptmacher aller angeblich putschistischen und hochverräterischen Aktionen der KPD in der dortigen Gegend gewesen sein. Der Oberreichsanwalt wandte sich um Auskunft über die Denunziation an den Gemeindevorsteher von Lübben, Becker. Becker war ein Freund Polkmanns, da ihn dieser im Gemeindeparsament oft sehr scharf angegriffen hatte. Man kann sich also denken, wie die Auskunft ausfiel. Es wurde nun gegen Polkmann die übliche Hochverratsanklage erhoben, die am 3. und 4. Januar zur Verhandlung gelangte. Polkmann erklärte, sich stets gegen putschistische Methoden gemandt zu haben. Aber der Terror innerhalb der KPD dulde keinen freien Willen. Als er gegen die baltischen Methoden nichts auszurichten vermochte, ist er Anfang des Jahres 1924 aus der KPD ausgetreten. In dieser Zeit war er kommunistischer Landtagsabgeordneter, legte aber sein Mandat nicht nieder. Nun habe — so erklärte er — gegen ihn eine ungeheure Hege begonnen. Er sei boykottiert worden. Alle Lebensmöglichkeiten wollten man ihm abschneiden. Nicht zuletzt unter diesem Druck sei er zu Straftaten gekommen. — Polkmann verbüßt jetzt 4 1/2 Jahre Zuchthaus, die er wegen Meineid, Urkundenfälschung, Diebstahls und Betrugs erhalten hat. — Einige Zeugen bestritten, die anderen Zeugen entlasteten ihn. Der Reichsanwalt bezeichnete Polkmann als den bösen Geist von Lübben. Polkmann habe die kommunistischen Arbeiter Lübbens ganz im Sinne der damaligen Zentrale der KPD zu Gewalttätigkeiten anstiften wollen. Sprengstoffe und Waffen sollten beschafft werden und wurden auch zum Teil beschafft. Einmal sollte ein Hotel in die Luft gesprengt werden. Auch habe Polkmann eine „Schwarze Penetta“, also eine Tschetlagruppe, gründen wollen. Tatsächlich sei der als Verräter verdächtige Jonas bei Lübben ermordet worden. Polkmann habe erklärt, man müsse so tüten, um in Hamburg mit eingreifen zu können, wenn dazu die Ermordung von Berlin aus erfolge. Der Reichsanwalt beantragte 1 1/2 Jahr Zuchthaus. Der vierte Straffenat folgte dem Antrage. Er bildete eine Gesamtstrafe und ließ zu den 4 1/2 Jahren noch ein Jahr Zuchthaus hinzukommen.

Der brave Ehrhardt

Wie eine Berliner Korrespondenz aus München meldet, hat Kapitän Ehrhardt von München aus, wo er sich zur Zeit aufhält, Anweisung für die Auflösung des Wiking-Bundes in Thüringen, wo er bisher nicht verboten war, gegeben. Diese Auflösung soll schon vor der vor mehr als 14 Tagen erfolgten Hausdurchsuchung im Bureau Ehrhardts beschloffen und lediglich durch diese Aktion verhindert worden sein. (?) Gleichzeitig mit dem Auflösungsbesehl hat Ehrhardt an das thüringische Innenministerium ein Schreiben gerichtet, in der er von dieser seiner Maßnahme Kenntnis gibt. Solange die Meldung wirklich zutreffend sein, wird man, ja wohl bald hören, in welcher neuen Organisation der Putschführer seine Getreuen nun zusammengefaßt hat.

Ein Mord nichts Nachteiliges

SPD Wien, 4. Januar. Der sozialdemokratische Abgeordnete Deutsch teilte am Mittwoch im Haushaltungsausschuß des Parlaments mit, daß der frühere Feintechner Rothstod, dessen Augen der Schriftsteller Bettauer zum Opfer fiel, sich unter den Bemerkungen zur Aufnahme in ein Pionierbataillon befand und die Polizeidirektion auf die Anfrage nach dem Leumund antwortete: „In moralischer und staatsbürgerlicher Hinsicht liegt nichts Nachteiliges vor.“ Auch als die Militärbehörde nochmals anfragte, erzielte die Polizeidirektion die Auskunft, daß Strafen gegen Rothstod nicht vorliegen. Daraufhin sollte Rothstod aufgenommen werden.

Auch die braunschweigischen Volkerechter klagen

SPD Braunschweig, 4. Januar. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zugunsten der Splitterparteien hat auch unter den bürgerlichen Parteien des Landes Braunschweig die Sehnsucht geweckt, durch Wahlanfechtung und Neuwahlen die sozialistische Regierung zu beseitigen. Man traut nur der Wählerkraft nicht recht und hat auch kein Geld in den Taschen. Die einzigen, die sich positiv mit der Wahlanfechtung beschäftigt haben, sind die Herren von der Volkerechterspartei. Einer ihrer Führer hat in einer Versammlung erklärt, daß die Volkerechterspartei die Landtagswahlen anfechten werde. Da in Braunschweig die von kleinen Parteien zu hinterlegende Garantiesumme und die Zahl der Unterschriften für die Vorwahllisten wesentlich niedriger ist als in Hamburg, Hessen usw., dürfte die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zunächst mindestens zu elfe sein.

Verhaftungen im Elfaß

SPD Paris, 4. Januar. Die Maßnahmen gegen die Autonombewegung werden fortgesetzt. Der Untersuchungsrichter von Mülhausen hat auf die am Dienstag erfolgte Verhaftung eines Strahburger Schauspielers am Mittwoch eine weitere folgen lassen. Es handelt sich um den 27jährigen Angestellten Emil Roth aus Strahburg, der vor kurzem wegen Beleidigung der Polizei und Verteilung von antisprachlichen Schriften verurteilt worden war.

Eine dunkle Geschichte

II Berlin, 5. Januar. Zu den Kriegsverfahren, das der bolschische Kriegsminister gegen 8 ehemalige deutsche Unteroffiziere, die in der bolivianischen Armee dienten, eingeleitet hat, wird an zutändiger Stelle mitgeteilt, daß diese 8 ehemaligen Deutschen in Danzig ein Privatdienstvertrage von der bolivianischen Regierung angenommen worden seien. Es handle sich mithin um keine Militärmission. Die 3 Leute stehen unter der Anklage, wegen eines Ueberritts in die bolivianischen Dienste Paraguans verhandelt zu haben. Sie werden voraussichtlich von der bolivianischen Regierung ausgewiesen werden.

Woinarés Feldzug gegen die Kommunisten

SPD Paris, 4. Januar. Die Verurteilung von Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda nehmen in Frankreich in letzter Zeit kein Ende. Nachdem die Zahl der in solchen Prozessen Verurteilten bereits 130 erreicht hat, haben am Dienstag wiederum der Administrator und ein Redakteur der Humanité wegen antimilitaristischer Artikel vor dem Pariser Strafgericht. Beide wurden zu je 3 Monaten Gefängnis und Geldstrafen verurteilt.

Schlächterstreik in Berlin

Aus Berlin wird gemeldet: Als Protest gegen die beschuldigte Erhöhung der Versicherungsgebühren für Kinder, die von den Viehagenteuren für notwendig gehalten werden, sind Mittwoch vormittag auf dem Städtischen Schlächterhof die Rinderhändler in den Streik getreten. Die Engros-Schlächter, die den täglichen Auftrieb abzunehmen pflegen, haben sich geweigert, das Vieh zu kaufen, falls nicht die Versicherungssätze ermäßigt würden. Da sich die Verhandlungen zerschlagen haben, traten die Engros-Schlächter in den Streik. 1670 Kinder fanden keine Käufer.

„Wahlen“ in Rußland

Nach einer Meldung aus Moskau hat das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion beschlossen, den im Jahre 1928 fälligen vierzehnten allrussischen Rätekongreß nicht einzuberufen, sondern ein Jahr zu verschieben. Nach der Verfassung muß der Rätekongreß einmal jährlich einberufen werden. Nur unter außergewöhnlichen Umständen ist ein Aufschub möglich. Es sind für Januar bis April in der ganzen Union Neuwahlen der Sowjets vorgesehen, deren Ergebnis sich auch heute noch nicht übersehen läßt. Das Resultat dieser Wahlen soll abgewartet werden, ehe der Rätekongreß berufen wird.

Afghanistan und Aegypten

II London, 4. Januar. Der König von Afghanistan hat Verhandlungen aus Kairo zufolge vor seiner Abreise nach Alexandrien, von wo er sich nach Italien einschiffen wird, gegenüber König Fuad den Wunsch ausgesprochen, einen Freundschaftsvertrag zwischen Aegypten und Afghanistan abzuschließen.

Verhaftung der Gattin de Anamunos. Nach einer vom Pariser Journal wiedergegebenen Meldung hat die spanische Polizei die Frau des in Frankreich im Exil lebenden spanischen Schriftstellers de Anamunos in dem Augenblick verhaftet, als sie nach Spanien von einem Besuch bei ihrem Gatten zurückkehrte.

Der Schwindel des amerikanischen Hugenbergs

Die Untersuchung über die Echtheit der kürzlich in den Hearst-Büchern veröffentlichten Mexiko-Dokumente wurde heute fortgesetzt. Die Sachverständigen erklärten sämtliche Dokumente für falsch. Der frühere Bolschewist in Mexiko, Scheffeld, erklärte, die amerikanischen Botschaft habe keinerlei mexikanische Dokumente gekauft.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig. Verantwortlich für den Interaktiven Teil: Hugo Senfand in Leipzig. Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig. Für die Abonnenten von Schnefeld und Madan liegt der heutige Nummer ein Prospekt der U.T.-Richtspiele Leipzig-Schnefeld, Breslauer Str. 1 (früher Gesellschaftshaus), bei.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Militarismus und Abrüstungsproblem

Bericht und Entschlüsse der von der SWJ eingesetzten Kommission über die Abrüstungsfrage

Der Militarismus beherrscht stärker als je alle Völker der Erde und im Kampfe gegen den Moloch Krieg drängt sich das Problem der Abrüstung immer gewaltiger in den Vordergrund. Von diesen Gedankengängen ausgehend hatte die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Kommission eingesetzt, die die Unternehmung dieser Probleme zur besonderen Aufgabe gestellt worden ist. Während der letzten Tagung der Exekutive, die im September in Brüssel stattgefunden hat, erstattete die Kommission Bericht. Die vom Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale herausgegebene Internationale Informationsveröffentlichung veröffentlichte sowohl den Bericht, als auch die Beschlüsse, die von der Kommission abgefaßt worden sind. Es handelt sich dabei um ein Dokument von 18 Schreibmaschinenseiten. Dieser Umfang verwehrt es der Tagespresse, den Bericht im vollen Wortlaut wiederzugeben. Wir beschränken uns demzufolge auf die Wiedergabe der Resolution, die der Exekutive vorgelegt worden ist.

Die Kommission erörterte zunächst den Umfang ihrer Tätigkeit und die Ziele, die sie zu verfolgen hatte. Nach Klarstellung dieser Fragen gelangte sie zu dem Entschluß, den angeschlossenen Sozialdemokratischen Parteien eine Reihe von Fragen vorzulegen. Die Antworten sollten als Basis für die weiteren Erörterungen dienen. Der Fragebogen lautete wie folgt:

1. Sollen sobald als möglich die an der Abrüstungskonferenz vertretenen Länder eingeladen werden, sich darüber zu äußern, welche Abrüstungsmaßnahmen sie für ihren Teil zumutbar halten. Der Zweck der Konferenz wäre dann, die Abrüstungsangelegenheit der einzelnen Länder zu diskutieren, um sie miteinander in Vereinbarung zu bringen und ihren Umfang soweit als möglich auszudehnen?
2. Falls es nicht gelänge, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu gelangen, sollen Anstrengungen gemacht werden, um gleichzeitige (regionale) Abrüstungsvereinbarungen herbeizuführen?

3. Auf welche Weise sollen die von einzelnen Ländern freiwillig durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen gefördert werden?

4. Sollen, um eine Vereinbarung über die Abrüstung wirksam zu gestalten, eine internationale Kontrolle der Rüstungen und der Produktion zu Kriegszwecken eingerichtet werden und auf welche Weise kann diese Kontrolle wirksam gemacht werden?

5. Inwiefern haben die angeschlossenen Arbeiterparteien die Möglichkeit, in ihrem eigenen Lande das Ausmaß der Abrüstungsvorbereitungen festzustellen und wirksam zu kontrollieren?

Nur fünf Länder hatten sich verpflichtet gefühlt, den Fragebogen der Abrüstungskommission zu beantworten. Dies waren Deutschland, England, Oesterreich, Schweden und Holland. Demzufolge hat gerade jene Partei geschwiegen, für die das Militärproblem während der letzten Monate zur entscheidenden politischen Frage geworden war. Dies ist Frankreich. Die französischen Sozialisten haben ein Wehrgesetz zustandezubringen, zu dessen Begründung sie die Grundsätze der Internationale aus der Vorkriegszeit zu Hilfe nahmen. Damals forderte man die Volksmiliz. Man glaubte damit eine Demokratisierung des gesamten Heerwesens herbeizuführen zu können und hoffte, auf diesem Wege kriegerischen Zusammenstößen entgegenzuwirken. Der Weltkrieg hat das Gegenteil bewiesen und heute drohen neue Kriegsgesahren. Aus diesem Grunde ist es um so erforderlich, daß der Kopf der sozialistischen Internationale und mit ihm alle angeschlossenen Parteien in diesem für die Völker entscheidenden Problem Klarheit zu schaffen versuchen.

Auf Grund der eingereichten fünf Antworten hat sodann die Abrüstungskommission ihre Beschlüsse formuliert. Bereits während der Tagung in Brüssel brachten wir die darauf bezügliche Resolution der Gesamtexekutive, die wir des Zusammenhanges wegen erneut wiedergeben. Die Resolution der Abrüstungskommission, auf die sich der Beschluß der Exekutive stützt, lautet wie folgt:

Resolution über die andauernden Kriegsgefahren

Nur wenige Jahre sind vergangen, seitdem die Völker die furchtbare Lehre des Weltkrieges erlebt haben und schon taucht die Gefahr neuer Kriege wieder auf. Das Weltkräften beginnt von neuem Gebietstreiben als je bisher tritt daher vor die sozialistische Bewegung die Notwendigkeit, mit aller Energie für die Aufrechterhaltung und die Befestigung des Friedens zu kämpfen.

Wohl wird, solange der Kapitalismus herrscht, die Welt stets den Gefahren eines blutigen Konfliktes ausgesetzt sein. Wohl wird der Frieden nur dann endgültig gesichert sein, wenn eine neue politische Ordnung ein System wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen allen Völkern ausgerichtet haben wird.

Aber die Internationale lehnt es ab, den Krieg — selbst bei den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen — als eine unausweichliche Notwendigkeit anzusehen,

der man sich positiv ausliefern könne, sondern sie wird sich Tag für Tag gegen ihn zur Wehre setzen, so wie sie täglich, selbst im kapitalistischen Regime, für die Verteidigung der Interessen und der Rechte der Arbeiter kämpft. Ist denn der Frieden nicht für sie das dringendste Gebot? Und steigert der Sozialismus nicht in diesem täglichen Kampfe seine Kraft und bereitet er sich nicht dabei zur Verwirklichung seines Ideals vor?

Die sozialistischen Parteien kämpfen als Parteien der Arbeiterklasse um so energischer gegen alle Kriege, da sie wissen, daß diese den beteiligten Ländern nur Elend und Trauer bringen können, daß sie am härtesten die Werttätigen treffen, für lange Jahre das Gefühl der internationalen Brüderlichkeit zerstören und die Verwirklichung des sozialistischen Ideals gefährden oder verzögern.

Wenn die sozialistischen Parteien in jedem Lande darum ringen, ihre Macht zu steigern, so tragen sie indirekt dazu bei, die Kriegsgefahren zu verringern. Je größer der Einfluß sein wird, den sie auf ihre Regierungen ausüben, desto mehr werden diese Regierungen gezwungen sein, ihre Außenpolitik in friedlichem Geiste zu führen.

Um die Kriegsgefahren zu verringern, ist es von besonderer Bedeutung, eine systematische Abrüstungspolitik zu verfolgen. Gewiß haben die bis nun unternommenen Versuche den Völkern viele Enttäuschungen gebracht. Man hat bis nun kaum mehr erreicht, als die Abrüstung der Besiegten durch die Siegerstaaten. Die Sieger haben zwar an der Spitze des Abschnittes V des Vertrages von Versailles erklärt, daß sie die Abrüstung Deutschlands als das Mittel ansehen, die allgemeine Abrüstungsbefreiung aller Nationen vorzubereiten. Aber man muß feststellen, daß dieses Versprechen noch nicht erfüllt worden ist.

Die Ursachen des Mißerfolges

Es genügt oder nicht, die Mißerfolge festzustellen, sondern, um erfolgreich ihre Wiederkehr zu verhindern, muß man sich bemühen, ihre Ursachen aufzudecken.

Die einmütige Annahme des Genfer Protokolls durch die fünfte Völkerbundversammlung ließ die größten Hoffnungen entstehen.

Muß man daran erinnern, daß zur Zeit seiner Abfassung die erste Arbeiterregierung in Großbritannien an der Macht und überall das Vorbringen der Demokratie offensichtlich war? Seit her hat die Reaktion wieder ihr Haupt erhoben. Auf MacDonald folgte Baldwin, in Frankreich und in Deutschland nimmt die nationalstaatliche Rechte an der Macht teil, in Italien, in Spanien, in zahlreichen anderen Ländern triumphiert eine herausfordernde Diktatur.

Ist es erstaunlich, daß die Gewalt, wenn sie in dem einen Fall in den Kolonien, in China oder anderswo, im anderen Fall gegen nationale Minoritäten, gegen die Völker, die in ihrem Heimatland selbst der Tyrannei von Banden unterworfen sind, ausgesetzt wird, wieder in den Beziehungen zwischen den Nationen vordringt?

Die oberflächlichste Untersuchung der Tatsachen läßt die Grundwahrheit klar hervortreten, daß die wirksamste Vorbereitung der Abrüstung in der Verallgemeinerung der friedlichen Methoden der Demokratie besteht.

beilegen würden, als an die Methoden, die die friedliche Beilegung derselben ermöglichen würden.

Kurz gesagt, sie suchten vor allem mit möglichst geringem Aufwand ihren Willen, die Waffen in der Hand, durchsetzen zu können.

Aber dieses Ereignis hat bewiesen, daß Krieg und Wirtschaft unvereinbar sind und daß man nur in wirklichem Friedensgeist zur Abrüstung schreiten kann.

Dieselbe Wahrheit trat auch demjenigen vor Augen, der aufmerksam den Arbeiten der letzten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission gefolgt ist. Auch hier war bei der Mehrzahl der Delegierten von einem wirklich friedensfreundlichen Geist nichts zu spüren. Auch hier fehlte die vorhergehende Verständigung über die politischen Probleme, über deren Lösung die führenden Mächte im Gegensatz stehen. Auch hier fehlte bei den Regierungen die vorhergehende systematische Prüfung der Schwierigkeiten, die den technischen Sachverständigen Einhalt geboten hatten. Auch hier fehlte ein ernsthaftes Bemühen zur Verständigung bei denen, die die Regierungsverantwortlichkeit tragen.

Die Hauptpunkte einer fortschreitenden Abrüstung

Auf Grund ihrer Erfahrung müssen die sozialistischen Parteien die Aufmerksamkeit der Völker auf diese Tatsachen lenken. Ganz besonders muß auf folgende Punkte verwiesen werden:

1. Auf die Schwierigkeiten, die sich für die Abrüstung durch das Bestehen mächtiger Kolonialarmeen, großer Polizeikräfte, bestimmt die Herrschaft über unterdrückte Minoritäten zu erhalten, faschistischer Banden oder ähnlicher Truppen ergeben, wurde bereits hingewiesen. Selbst wenn diese schwerwiegenden Ursachen von Konflikten nicht sofort beseitigt werden können, muß man wenigstens verlangen, daß die Abrüstungskonvention deutlich die Kolonialtruppen, die Polizeitruppen und die zur Verteidigung bestimmten Kräfte trenne. Es ist ferner notwendig, für alle Maßnahmen einzutreten, die zu verhindern suchen, daß diese Truppen gegenseitig als Ersatz dienen können.

2. Im Falle von Konflikten, die zum Kriege führen können, müssen die sozialistischen Parteien der betroffenen Länder die Regierungen dazu zwingen, falls notwendig, mit allen Druckmitteln, über die die organisierte Arbeiterklasse verfügt, eine rechtliche oder schiedsgerichtliche Entscheidung des Konfliktes zu erzielen. Die Anwendung der Gewalt kann nur dadurch wirksam verhindert werden, daß man mit aller Macht die friedlichen Methoden für die Lösung internationaler Konflikte durchsetzt. Die Exekutive empfiehlt der Aufmerksamkeit aller angeschlossenen Parteien den von der britischen Arbeiterpartei ausgearbeiteten Entwurf, der auf der Grundlage von Prinzipien, die denen des Genfer Protokolls nahe verwandt sind, eine Methode der Erledigung in allen juristischen oder nichtjuristischen Streitfällen vorseht. Die Annahme dieses Entwurfes wird einen Fortschritt von größter Bedeutung darstellen. Der Völkerbund sollte die Initiative übernehmen, bei der nächsten Versammlung allen seinen Mitgliedern den Abschluß von Verträgen entsprechend diesem Vorbild zu empfehlen.

3. Die Exekutive stellt fest, daß die Abrüstung nur dann wirksam für den Frieden sein kann, wenn sie nicht als eine einseitige Verpflichtung erscheint, die der Sieger den Besiegten auferlegt. Nur zwischen Gleichberechtigten kann es eine aufrichtige und fruchtbarste Verständigung geben. Es ist daher notwendig, sich das Ziel zu setzen, für alle Staaten ähnliche Abrüstungsverpflichtungen herzustellen und allen gleiche Garantieren der Sicherheit zu bieten.

4. Die Exekutive stellt ferner fest, daß es, solange die Abrüstung nicht vollständig ist, solange militärische Kräfte zur Verfügung der Staaten bleiben, von der höchsten Bedeutung ist, daß ihre Verwendung unter eine wirksame demokratische Kontrolle gestellt werde. Die Verfügungsgewalt über das Heer sollte einer vom Volk bestimmten Vertretung des ganzen Volkes übertragen sein. Auf jeden Fall muß das Parlament oder keine Vertreter eine absolute umfassende Kontrolle über die Organisation und die Tätigkeit der militärischen Kräfte ausüben, wie sie durch verschiedene Methoden in Oesterreich, Schweden und Frankreich in die Tat umgesetzt wurde. Keine Mobilisationsmaßnahme, selbst

teilweiser Art, soll ohne ausdrückliche Ermächtigung des Parlaments durchgeführt werden dürfen. Die Organisation des Heeres selbst soll so demokratisch wie möglich sein.

5. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist der Meinung, daß eine Umwandlung der Heeresorganisation jedes Landes in dem Sinne, daß die Armee nicht zum Machsinstrument der besitzenden Klassen werden kann, wesentlich zur Verringerung der Kriegsgefahr beitragen kann. Die Soldaten dürfen während ihrer Dienstzeit nicht dem Volke entfremdet werden, damit sich kein Gegensatz zwischen dem Heere und dem Volke bildet. Die Soldaten sollen auch während ihrer aktiven Dienstzeit im Besitz ihrer staatsbürgerlichen Rechte bleiben und nicht der Willkür von Vorgesetzten ausgeliefert sein. Sie sollen nur für kurze Zeit, nicht länger als unbedingt notwendig ist, ihren Familien entzogen werden. Der Trennung zwischen Soldaten und Volk soll so weit als möglich ein Ende gemacht werden. Die Armee der Landesverteidigung darf niemals aufgerufen werden, in die Konflikte zwischen Kapital und Arbeitern einzugreifen.

Infer Ziel

So groß die Enttäuschung auch war, die die Völker angeht dessen empfunden haben, daß man keine ersten und konkreten Abrüstungsmaßnahmen zustande brachte, so muß man dennoch anerkennen, daß die Ergebnisse der Dritten Tagung der Vorbereitenden Kommission nicht absolut negativ sind. Zum ersten Male wurde die Abrüstungsfrage technisch in all ihren Details und auf offizielle Weise behandelt. Dank den unternommenen Arbeiten kann man heute besser bestimmen, in welcher Richtung die Bemühungen zuerst erfolgen müssen, um die besten Resultate zu erzielen.

Um ein klares und genaues Programm der Abrüstungs-herabsetzung festzustellen, muß man zunächst die Ziele genau festlegen, die man erreichen will.

Diese Ziele können folgendermaßen bestimmt werden:

1. Verringerung der Friedensrüstung, des „bewaffneten Friedens“, der in der Welt besteht und dessen böse Folgen und Gefahren wir nicht besonders hervorheben müssen. Mit anderen Worten, es handelt sich zunächst darum, die militärischen Streitkräfte zu Land, zu Wasser und die Luftstreitkräfte im Frieden herabzusetzen.

2. Verringerung der Gefahr eines plötzlichen Angriffs. Mit anderen Worten, Herabsetzung der Streitkräfte, über die nach der Mobilisation ein Staat verfügen könnte, um einen Nachbarstaat in kurzer Zeit anzugreifen, bevor dieser wirklich im Zustand der Verteidigung ist, d. h., um jene einige Kriegsoperationen erfolgreich durchzuführen, die heute als einigmalig angesehen werden kann, dem Sieger wirklich wirtschaftliche und politische Vorteile zu verschaffen.

Ausgehend von der Erkenntnis der Ziele kommt man leicht zur Bestimmung der Mittel.

A) Was den Heeresstand betrifft, ist es offensichtlich notwendig, um das erste Ziel zu erreichen, die Anzahl der Menschen der Streitkräfte zu Land, zu Wasser und in der Luft zu beschränken, die die Staaten in der Friedenszeit unterhalten können. Aber diese Beschränkung allein genügt nicht, um das zweite Ziel zu erreichen. Es ist daher notwendig, die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die sofort mobilisierbaren Effektivkräfte herabzusetzen.

a) Im Falle des Berufsheeres bietet diese Frage keine größere Schwierigkeit. Die „ausgebildeten Reservisten“ sind in diesem Falle im allgemeinen wenig umfangreich.

b) Anders steht es im Falle der auf allgemeiner Dienstpflicht beruhenden Armeen. Bei einer gegebenen Friedensstärke und bei denselben Ausbildungsmethoden ist die Anzahl der Menschen, die ausgebildet wird, notwendigerweise um so größer, als die Dienstzeit kürzer ist. Die „ausgebildeten Reservisten“ sind in diesem Falle, wenn man unter ihnen alle Menschen versteht, die eine militärische Ausbildung erfahren haben, sehr groß. Die Kommission ist trotzdem der Meinung, daß die Verkürzung der Dienstzeit überall dort energisch durchgeführt werden soll, wo diese Heeresform besteht, und daß die sozialistischen Parteien dafür kämpfen sollen, sie abzukürzen bis zu jenem Punkt, wo die Armeen den Charakter einer wirklichen Miliz erhält.

Es sei bemerkt, daß in diesem Falle die Herabsetzung der Dienstzeit auch in großem Umfang den Angriffskrieg erschwert, den es zu befechtigen gilt. Einerseits wird dadurch die Anzahl der Kräfte, die man ohne längere Wiederausbildung an die Front schicken kann, beträchtlich verringert, andererseits erlaubt der Grad der Ausbildung der Truppen ihnen nicht, sofort die schwierigen Operationen der Offensive durchzuführen, die ein Angriff großen Umfangs notwendigerweise mit sich bringt.

Die Abrüstungskonvention soll formelle und genaue Bestimmungen enthalten, die den Staaten unterliegen, Klassen außer in ausdrücklich vorgeesehenen Fällen einzuberufen oder die Mobilisation einzuleiten, ohne die Frage zur Kenntnis des Völkerbundes gebracht zu haben. Es wäre selbst wünschenswert, daß die sozialistischen Parteien die Aufnahme derartiger Bestimmungen über die Aktion des Völkerbundes in die Heeresorganisationsgesetze ihres Landes erlangen.

B) Was die Herabsetzung des Kriegsmaterials betrifft, so sind verschiedene allgemeine Methoden vorgeschlagen worden, deren eingehende technische Erörterung die Kommission hier nicht für nützlich hält. Die Kommission stellt fest, daß die Durchführung keiner dieser vorgeschlagenen Maßnahmen kontrolliert und daher nicht ernstlich vorgenommen werden könnte, wenn nicht vorher eine strenge Kontrolle des internationalen Waffenhandels und der Waffenfabrikation eingeführt wird. Die Kommission bedauert, daß mit Ausnahme Frankreichs kein Staat die internationale Konvention über den Waffenhandel ratifiziert hat und daß der Versuch, eine Konvention über die Fabrikation abzuschließen, vollkommen gescheitert ist. Die Kommission ist der Meinung, daß man alle Mittel in Anwendung bringen muß, um eine Wiederaufnahme der Unterhandlungen herbeizuführen.

Was das Kriegsmaterial zur See betrifft, so fanden sich in Genf zwei gegenteilige Auffassungen gegenüber: jene der Beschränkung der Tonnage nach Kategorien, die von den drei großen Seemächten vertreten wurde, und jene der Beschränkung der Gesamtonnage, die alle anderen Mächte verteidigten. Aber glücklicherweise kann man feststellen, daß sich die beiden Auffassungen im Verlauf der Debatten außerordentlich angenähert haben und daß ein Kompromiß bei einigen guten Willen auf allen Seiten heute leicht zu finden ist. Es ist besonders notwendig, daß die sozialistischen Parteien der besonders interessierten Staaten ihre Regierungen dazu drängen, eine wirklich entgegenkommende Haltung einzunehmen.

Was das Material der Luftschifffahrt betrifft, so soll die Anzahl der Apparate, die der Marine zur Verfügung stehen,

Justiz und Unternehmer

ebenfalls wie die Zahl derer, die der Landarmee zur Verfügung stehen, die Zahl der Reserveapparate, wie die im aktiven Dienst stehenden beschränkt werden. Es ist außerordentlich wesentlich, so weit wie irgend möglich zu verhindern, daß die Hilfsmittel der zivilen Luftschiffahrt für den Krieg verwendet werden können. Als Mittel hierfür sind vornehmlich Maßnahmen anzuwenden, um die Unabhängigkeit der zivilen Luftschiffahrt gegenüber den militärischen Behörden zu sichern und den Unternehmungen der zivilen Luftschiffahrt einen immer mehr internationalen Charakter zu verschaffen.

Neben den direkten Beschränkungen des Kriegsmaterials kann man eine indirekte Beschränkung durch die Beschränkung der für den Verkauf bestimmten Summen und im allgemeinen durch die Beschränkung der Ausgaben für Kriegszwecke vorsehen.

C) In Bezug auf die Herabsetzung der Ausgaben stellt die Kommission fest, daß diese auch an sich ein sehr erstrebenswertes Ziel bedeutet, da eines der größten Uebel der Kriegszustände gerade der dadurch herbeigeführte wirtschaftliche Ruin ist. Außerdem kann in dieser Herabsetzung ein Mittel erblickt werden, indirekt die Kriegseffektivität und das Kriegsmaterial zu beschränken und die anderen Reaktionen zu kontrollieren. Es ist notwendig, bei der Festsetzung der jedem Staat erlaubten Ausgaben auch den Preis und Kostenunterschied in Rechnung zu ziehen, den die Organisation einer Berufsarmee gegenüber einer Armee mit allgemeiner Dienstpfllicht bedingt.

Um die Herabsetzung der Ausgaben wirklich wirksam und kontrollierbar zu gestalten, ist es notwendig, daß die verschiedenen Staaten einwilligen, ihr Kriegsbudget nach einem einheitlichen Schema aufzustellen. Selbstverständlich hat die Garantie, die durch Vorlage des Budgets und der Rechnungen gegeben wird, wirtschaftlichen Wert nur in den Ländern, wo die parlamentarische Kontrolle ernst durchgeführt wird.

Die Exekutive hebt hervor, daß es, wenngleich man für eine große Anzahl von Staaten eine erhebliche Herabsetzung ihrer Ausgaben nur mittels einer allgemeinen Konvention erreichen kann, dennoch notwendig ist, daß jeder Staat, ohne den Abschluß der Konvention abzuwarten, soweit es ihm die Bedingungen der internationalen Politik erlauben, jene freiwilligen Abrüstungsmaßnahmen durchführe, die möglich sind. So ist es auf Initiative der damaligen sozialistischen Regierung im Jahre 1925 in Schweden geschehen. Ferner sind ganz besonders die Bemühungen hervorzuheben, die in dieser Richtung von den sozialistischen Parteien Dänemarks, Norwegens, Hollands und der Schweiz unternommen wurden.

Die Abrüstungskonvention darf nur die Höchstgrenzen festlegen und keinen Staat dazu verpflichten, höhere Siretifikate zu unterhalten, als er angebracht findet, ohne daß die Verringerung seines Militärstandes die Entschädigung irgendeiner der im Pact vorgesehenen Garantien für ihn zur Folge haben darf.

Es ist wünschenswert, daß die Waffenfabrikation dem Zugriff der privaten Fabrikation entzogen werde und Staatsindustrien vorbehalten bleibe, auf die nicht das Profitstreben losset und die unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden sollen.

Jedenfalls muß, solange die private Waffenfabrikation besteht, die gesamte Waffenfabrikation, und zwar sowohl die staatliche als auch die private unter eine strenge Kontrolle der Parlamente gestellt werden.

Aufruf an die Sektionen der SWJ

Nach Vorlegung der Schwäche der kapitalistischen Regierungen, die die Hoffnungen zerstörte, die man nach dem Kriege in die Aktion des Völkerbundes gesetzt hatte, stellt die Internationale als Schlussfolgerung fest, daß die Völker zu zeigen haben, daß sie diese Faltung nicht dulden werden.

Das gesamte Problem der Abrüstung muß aus dem Gebiet der technischen Diskussion auf das politische Gebiet übergehen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert alle angeschlossenen Parteien auf, durch eine zugleich methodische, intensive und systematische Propaganda auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

Alle Sektionen der SWJ sollen Demonstrationen durchführen und die Dokumente verbreiten, die die SWJ sammeln wird, um die Durchführung dieser Aktion zu ermöglichen. Durch öffentliche Versammlungen, durch Kundgebungen, durch parlamentarische Aktion sollen die angeschlossenen Parteien die praktischen Wege zeigen, die sofort einzuschlagen sind, um den Regierungen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie keine Ruhe haben werden, solange ihre internationalen Vorstöße und Beschlüsse im Völkerbund nicht den wirklichen Friedenswillen zum Ausdruck bringen, der dem Bewußtsein der Völker entspricht.

Die SWJ empfiehlt allen ihren Sektionen, die Maßnahmen durchzuführen, die erforderlich sind, um eine umfassende Verbreitung dieser Resolution zu sichern.

Die Durchsetzung der Abrüstung ist gegenwärtig die oberste Aufgabe des Proletariats Europas und der Welt.

Die Sozialisten aller Länder müssen mit voller Kraft daran arbeiten!

Resolution der Exekutive der SWJ

Die Exekutive der SWJ hat in ihrer Sitzung am 12. September 1927 nach langer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Exekutive nimmt den vorläufigen Bericht der Abrüstungskommission der SWJ zur Kenntnis und erwartet, daß die im Völkerbund tätigen Vertreter der ihr angeschlossenen Parteien sich von den in dem Bericht der Abrüstungskommission enthaltenen Grundgedanken leiten lassen und die sozialistischen und Arbeiterparteien diese Tätigkeit für die internationale Abrüstung tatkräftig unterstützen werden.“

Die Exekutive fordert die Abrüstungskommission der SWJ auf, ihre Tätigkeit fortzusetzen, die in dem vorläufigen Bericht nicht erschöpfend behandelten grundsätzlichen Fragen, insbesondere auch die Frage der Heranzugewinnung, sowie die im Verlauf der Debatte der Exekutive gestellten Ergänzungsanträge zu prüfen und hierauf neuerlich Bericht zu erstatten.

Die Exekutive nimmt Bezug auf die Resolution des Internationalen Sozialisten-Kongresses von Marseille und fordert die Sektionen der Internationale auf, im Laufe der zweiten Hälfte des Oktobers eine Propagandaktion für die Abrüstung durchzuführen.

Diese Agitation hat zum Ziele, die öffentliche Meinung dahin zu bringen, von den Regierungen zu fordern, daß sie so schnell wie möglich zu entscheidenden Abrüstungsmaßnahmen greifen und einen allgemeinen und zwingenden Pakt annehmen, der die Prinzipien des Protokolls wieder aufnimmt, dessen Annahme vom Völkerbund verzögert wurde.“

Glück und Ende des tschechischen Faschismus

J. B. Des Herrn Karl Kramar nationaldemokratische Partei gebaute sich in den Tschechien zu eine Art Massenjugendgesellschaft einzurichten, die auf chauvinistischem Gebiet alles das besorgen sollte, was selbst den Nationaldemokraten zuviel schien. Damals standen sie hoch in Ehren und wurden auch mit genügend Geld versehen. Als aber den neugeborenen Führern der Kampf fehlte und sie eigene Kandidatenlisten einbrachten, wodurch die Niederlage der Nationaldemokraten in Prag noch schwerer wurde, da J. B. Kramar seine schützende Hand und Geldtaste vom Faschismus. Seitdem ist die Bewegung zu einem Häuflein untereinander freitender Gemegroße geworden, deren Haupttätigkeit in gegenseitigen Beschimpfungen und innerwährenden Spaltungen besteht. Fast alle maßgebenden Organisationen haben sich von der Zentrale losgerissen, nun ist auch der Prager Führer, Karfil, ausgeworfen. Das Blatt der Faschisten erschien in der letzten Zeit einigemal verspätet, weil die Rechnungen nicht bezahlt wurden; die Hoffnung auf italienische Hilfe hat verfaßt, die ausgesandte Delegation wurde nicht einmal von den führenden Faschisten in Italien empfangen. Kufoliti will kein Geld in zweifelhaften Geschäften investieren und damit ist das Glück des tschechischen Faschismus zu Ende!

Solange die Arbeiterschutzesetze bestehen, wiederholen sich die Klagen, daß die Zuwiderhandlungen gegen die bestehenden Schutzgesetze zu milde beurteilt werden. Es war deshalb ein dringendes Bedürfnis, daß der Reichstag bei der Verabschiedung des Arbeiterschutzesetzes eine Entschärfung sah, derzufolge die Reichsregierung prüfen und auf Grund der Prüfung dem Reichstage berichten soll, ob Zuwiderhandlungen gegen Arbeiterschutzesetze angemessen bestraft werden, und ob es, falls es vernimmt werden müsse, zweckmäßig sei, die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte auf beratige Straftaten auszudehnen.

Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß der strafrechtlichen Anwendung von Verordnungen gegen die Arbeiterschutzesetze — nicht nur der Arbeiterschutzesetze — ein größeres Augenmerk zugewendet wird, als dies bis heute der Fall war. Ein zureichendes Bild über den derzeitigen Zustand geben die Jahresberichte der deutschen Gewerkschaften für das Jahr 1926. In die Spitze darf wohl der darüber Bericht gesetzt werden, der u. a. folgendes bringt:

„Die Sonntagsruhe im Handwerksgerber, die Arbeitszeit in den Bäckereien, überhaupt die Arbeitszeitverordnung wird mehr oder weniger oft übertreten und die Behörden geben sich schon zufrieden, wenn sich aus dieser Übertretung kein Gewohnheitsrecht entwickelt, wenn sie vielmehr mit einer Entschärfung rechnen können, welche die Rechtsnorm als Ziel hat. Aus einer Reihe von technischen Gründen (Personalfragen) ist es gar nicht möglich, allen Kleinigkeiten nachzugehen und die Übertretung des Rechtszustandes zu ahnden. So sind Maßnahmen, welche die Verwaltungspraxis kennzeichnen, nicht selten, die sagen: wenn es sich nur um einen Gelegenheitsverstoß gegen die Vorschriften handeln würde, so würden wir in eine Verfolgung des Falles nicht eingetreten sein. Der Betrieb übertritt aber die gesetzlichen Vorschriften ständig.“

Die Fortsetzung des Berichtes bringt für den Arbeiter nichts Neues, aber es verdient doch hier angeführt zu werden, weil die amtlichen Berichte wohl selten mit solcher Deutlichkeit die bestehenden Verhältnisse kennzeichnen:

„Man kann sagen, daß das Rechtsbewußtsein der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber durchaus nicht so groß ist wie dem Reichsminister und Reichsminister im sächsischen Kaufmännischen. Wir treffen manchmal (?) Arbeitgeber, die nichts dahinter finden, einem Angestellten ohne besondere Vergütung eine Sonderarbeit zuzumuten, ihn ausnahmsweise oder öfters über die Zeit zu beschäftigen. Ja, es traf sich auch manchmal, daß die Rechtsfrage hinter der Wirtschaftspraxis für den Betrieb zurücktrat. Die Wirtschaftspraxis der Arbeitnehmer schafft gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Verhältnisse, die bei der Durchführung des Rechtsstreites in manchen Fällen zwangsläufig dahin führen, daß die Arbeitnehmer nicht bestehen können. Aber auch selbst dann, wenn die Instanzen gesprochen haben, verlangt die wirtschaftliche Überlegung einen Verzicht vom Arbeitnehmer, weil er bei Vollzug des erstrittenen Rechts größeren Schaden erleidet, als wenn er darauf verzichtet.“

Diese Tatsachen sind den Gerichten fremd und diese Fremdheit mit dem praktischen Leben, mit den herrschenden sozialen Zuständen findet in der Rechtsprechung, insbesondere bei der strafrechtlichen Anwendung der Arbeiterschutzesetze, ihren Ausdruck und führt bewußt oder unbewußt zur Sabotierung der Sozialgesetze. Doch lassen wir im folgenden die verschiedenen amtlichen Berichte selbst sprechen:

Der Direktor einer Glasfabrik — Westpreußen —, der in zweischichtiger Arbeitsweise Arbeiterinnen noch nach 10 Uhr abends und über die zulässige Dauer hinaus und jugendliche Personen bei derlei Beschäftigung in einem Fabrikraum, in dem Flucht verweigert wurde, entgegen der Vorschrift — logar in der Nacht — beschäftigt hatte, wurde vom Amtsgericht zu 15 Mk. Geldstrafe und 2 Tagen Haft rechtskräftig verurteilt. Als Strafmaß nahm das Gericht an, daß die Arbeiterinnen und Jugendlichen die unzulässige Beschäftigung als eine Wohltat empfunden hätten.

Sehr abträglich wirkt das folgende Urteil: Der Leiter eines Sägewerks, der jugendliche Arbeiter während der Nacht beschäftigt, erhielt nur 10 Mk. Geldstrafe mit der eigenartigen Begründung, der Angeklagte habe aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen gehandelt. Im Breslauer Bezirk ereigneten sich folgende Fälle: In einer Holzfabrik wurden zwei Arbeiterinnen 34 Stunden hintereinander beschäftigt. Der Werkmeister kam mit der milden Strafe von 20 Mk. davon. Je 160 Mk. Geldstrafe erhielt der Inhaber und der Direktor einer Konfektfabrik, der während der Kampagne jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren 12 Stunden und Arbeiterinnen über 16 Jahre 13½ Stunden beschäftigt hatte. Ein gegen den Verwalter einer Brauereineinlage, der einen Bierkutscher

ein halbes Jahr lang 16 bis 18 Stunden täglich beschäftigt

hatte, eingeleitetes Strafverfahren führte in der 1. und 2. Instanz zur Freisprechung. Die Revision hatte den Erfolg, daß eine „Bestrafung“ in der Höhe von 20 Mk. erfolgte. Der Geschäftsführer eines Automobilunternehmens erhielt 50 Mk. Geldstrafe, weil er einen Kraftwagenführer bis zu 20 Stunden täglich beschäftigt hatte.

Der Betriebsleiter einer Drahtseilfabrik erhielt wegen Nacht- und Überarbeit jugendlicher einen Strafbefehl über 100 Mk. In der gerichtlichen Verhandlung erreichte er eine Herabsetzung der Strafschuld auf 10 Mk. Gegen dieses Urteil legte der Anwalt wegen der geringen Strafe Berufung ein. Die 2. kleine Strafkammer des Landgerichts in Münster aber gelangte zum Freispruch. Hierzu schreibt der Berichterstatter:

„Eine solche Verzichtserklärung könnte im Wiederholungsfall die Gewerkschaftsbeamten an der Möglichkeit, die Arbeiterschutzesetze durchzuführen, wohl verzweifeln lassen.“

Daß die Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen trotz verhältnismäßig hoher Strafen — gemessen an den angeführten Urteilen — noch rentabel ist, zeigt folgender, aus dem Jahresbericht für 1925 entnommener Fall: „Der Inhaber einer Buch- und Steindruckerei in Frankfurt a. M. hat sich von Mitte März bis Ende April hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeiterinnen rücksichtslos über alle gesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt. Eine der Arbeiterinnen hat beispielsweise in einer Woche 108½ Stunden gearbeitet. Sie ist einmal von Sonnabend 7 Uhr bis Sonntag 13 Uhr, also 30 Stunden einschließend der Pausen, die insgesamt 3 Stunden betragen, beschäftigt worden.“ Der Arbeitgeber wurde mit 600 Mk. bestraft.

In Betrieben, in denen Überbeschäftigung von Arbeiterinnen ermittelt worden ist, sind weiter zu erwähnen eine Zigarettenfabrik, in der Arbeiterinnen bis zu 13½ Stunden täglich und bis 23 Uhr, und eine Konfektfabrik, in der mehrere Frauen bis zu 15 Stunden am Tage, an einem Sonntage 15½ Stunden und einmal Sonntag abends bis Montag morgens beschäftigt worden sind. In dem erstrichtenen Falle wurde der Unternehmer mit einer Geldstrafe von 50 Mk. „bestraft“, während im zweiten Fall das Verfahren noch schwebt. In einem weiteren Betriebe wurde die tariflich festgelegte Arbeitszeit von 10 Stunden täglich bzw. 56 Stunden wöchentlich ganz bedeutend überschritten. Nach dem Lohnbuch wurden wöchentliche Arbeitszeiten von 83 bis 93 Stunden festgestellt. Der verantwortliche Geschäftsführer wurde dafür mit 70 Mk. bestraft.

Daß die arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen auch ein Durchgreifen ermöglichen, wenn die Rechtsprechenden hierfür den Willen aufbringen, zeigen die leider nur vereinzelt dastehenden Urteile aus dem Jahre 1926. So wurde im Aufsichtsbereich Wiesbaden der Leiter des Innenbetriebs einer Großbank mit 2000 Mark Geldstrafe belegt, nachdem die Angestelltenorganisation

gegenwärtige Vernehmung der Angestellten verlangt hatte. Der Leiter eines Versicherungsunternehmens in Frankfurt a. M. wurde mit 2000 Mk. Strafe belegt. Großes Aufsehen erregte — vor allem deshalb, weil der Angeklagte, der zur Verhandlung zunächst nicht erschienen war, polizeilich vorgeführt werden mußte — ein Strafverfahren gegen den Innenleiter und Abteilungsleiter einer Großbank in Frankfurt a. M., die nach starkem Anstrengungsbau fortgesetzt in großem Umfang Überarbeit leisten lassen. Bei einer Vernehmung des Betriebes wurde an Hand der Überstundenlisten ermittelt, daß Angestellte bis zu 72½ Stunden wöchentlich beschäftigt wurden. Zur Anzeige gebracht, erhielt der Innenleiter einen Strafbefehl von 100 Mk., gegen den er Einspruch erhob. Da die Amtsanwaltschaft kurz vor der Verhandlung aus den Überstundenlisten ermittelt hatte, daß trotz der Verwarnungen bis in die letzte Zeit hinein sehr oft 12 bis 14 Stunden täglich gearbeitet worden war, verurteilte der Angeklagte nach Eröffnung der Verhandlung, den Einspruch zurückzuziehen, was aber vom Gericht abgelehnt wurde. Die nunmehr ausgesprochenen und rechtskräftig gewordene Strafe betrug 4000 Mk. „Deutscher Verkehrsband“.

Kampf-Monate

Durchsichtige Unternehmerwünsche

Die Deutsche Bergwerks-Zeitung schreibt:

Das Jahr 1928 steht bereits in seinen ersten Monaten unter dem Zeichen neuer Tarifkämpfe. Ende Dezember sind 8 Tarife mit 497 000 erfassten Arbeitern abgeschlossen und 17 Tarife mit 35 228 Arbeitern. Bis zum Juni des Jahres 1928 laufen ab:

10 Tarife mit	152 818 Arbeitern	Ende Januar
31	190 861	Februar
72	2 255 080	März
48	800 127	April
14	148 594	Mai
10	38 768	Juni

Diese Tarife umfassen die wichtigsten Industriezweige. Schon jetzt wird von dem linken Flügel der freien Gewerkschaften darauf hingearbeitet, die Tarifabschlüsse zum Anlaß von Streikbewegungen zu machen. Gelingt das den radikalen Elementen, dann gehen wir schweren Erschütterungen entgegen.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß es unbedingt notwendig ist, die Tarifabschlüsse in der Zukunft für einen längeren Zeitraum zu tätigen. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß alle paar Monate neue Tarifabschlüsse für einen so großen Kreis von Arbeitern die Gefahr starker Streikbewegungen bringen.

Die Arbeiterschaft hat genau die entgegengesetzten Sorgen wie die Unternehmer. Das vergangene Jahr hat auch dem letzten Arbeiter die Gefahr der langfristigen Schiedssprüche dargetan. Die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften als ihre Vertreter werden also den schärfsten Widerspruch gegen die Unternehmerforderungen anzumelden haben. Im übrigen schreiben die Unternehmer nur deshalb schon jetzt über Streikgefahr, weil sie mit den Folgen ihrer eigenen Unnachgiebigkeit schon im vorhinein die Arbeiter belasten wollen.

Das Reichswehrministerium als „Arbeitgeber“

SWJ Eine der kostspieligsten Einrichtungen der deutschen Republik ist das Reichswehrministerium. Die Forderungen, die dieses Ministerium an den Staatshaushalt stellt, vermehren sich von Jahr zu Jahr. Bei den Kleinstsummen, die das Reichswehrministerium aus dem Staatshaushalt erhält, sollte man eigentlich erwarten können, daß die im Reichswehrministerium tätigen Arbeiter nicht nur anständig bezahlt, sondern auch halbwegs dauernd beschäftigt werden. Beides ist jedoch nicht der Fall.

Über die Löhne, für die ja das Reichswehrministerium nicht allein, sondern vorwiegend das Reichsfinanzministerium verantwortlich ist, soll hier nicht weiter gesprochen werden. Dagegen fordert die Art und Weise, wie in den einzelnen Dienststellen des Reichswehrministeriums die Arbeiter beschäftigt und ohne Rücksicht auf etwaige andere Beschäftigungsmöglichkeiten auf die Straßengehens werden, zur schärfsten Kritik heraus. Alle Bemühungen der Organisationen, hier Wandel zu schaffen, sind erfolglos geblieben. Auch eine Aussprache der Organisationen mit dem Reichswehrminister selbst hat zu keiner Besserung geführt.

Zur Zeit gehen von den einzelnen Dienststellen, besonders von den Truppenübungsplätzen wieder täglich Mitleidungen ein, daß Arbeitern gekündigt oder eine bedingte Entlassung in Aussicht gestellt wird, und zwar mit dem Hinweis, daß für eine weitere Beschäftigung keine Mittel zur Verfügung stehen. Bei den Kündigungen wird vielfach mit Schikanen erst allprähenslichen Unteroffiziersgehaltes verfahren. So ist es jüngst in einer Dienststelle vorgekommen, daß Arbeitern gekündigt wurde, die man dann später wieder eingestellt, aber nicht mehr in ihre alte Lohngruppe einreichte, sondern tiefer eingestuft hat, obwohl die Lohnunterstufen nur einen Pfennig pro Stunde betragen. Grundig man sich bei der Verwaltung nach der Ursache derartige Maßnahmen, dann wird in der Regel erklärt, der Sparsamkeit habe das vorrangig.

Eine wunderbare Einrichtung — dieser Sparkommissar, dessen Hauptaufgabe anscheinend darin besteht, den Arbeitern von ihrem künftigen Lohn noch ein paar Pfennige abzugewinnen. Wenn man weiß, wie „sparsam“ sonst bei dem Reichswehrministerium gemittelt wird, dann kann man diese Art Arbeiterbehandlung nur mit einem Gefühl des Ewels und der Empörung betrachten.

Was wird in den sächsischen Hüttenwerken?

SWJ Zur Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Hüttenindustrie fanden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Die Verhandlungen gestalteten sich überaus schwierig. Wie wir erfahren, ist damit kaum zu rechnen, daß sich die Parteien einigen werden. Aber Wahrscheinlichkeit nach wird der Reichsarbeitsminister am Donnerstag die Schiedssprüche zur Regelung der Arbeitszeit und des Lohnausgleichs in der sächsischen Hüttenindustrie für verbindlich erklären.

Der Zentralverband der Angestellten hatte den Beschluß gefaßt, für das Versicherungsgewerbe nicht nur die geltenden Leistungen, sondern auch den Manteltarif zum 31. März 1928 zu kündigen. Die Kündigung kann auf Grund der tariflichen Bestimmungen aber nur wirksam werden, wenn mindestens noch ein anderer der am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenverbände ebenfalls die Kündigung anspricht. Da keiner der anderen Angestelltenverbände eine solche Erklärung abgegeben hat, ist eine Kündigung des Manteltarifvertrages unmöglich gemacht worden.

Sechs Tage Sensation!

Schon tagelang raucht es durch die bürgerlichen Sensationsblätter: Leipzig ist keine Provinz mehr! Leipzig reißt sich ein in die Weltstädte! Leipzig hat seine Sensation! Leipzig hat sein Sechstage-Rennen!

Also Leipzig hat eine Stätte, wo sich alle diejenigen einfinden werden, denen die Zeit bis zur Polizeistunde nicht ausreicht, um sich auszutoben. Leipzigs Anhänger des Sensations-Sportes werden sich sechs Tage lang im Millionen einfinden und wahre Orgien feiern.

Zuerst sind da die Veranstalter, die Fahrradindustrie, die Gummireifenfabriken und nicht zu vergessen die Sensationspresse. Diese Leute machen das Geschäft. Ist das Rennen vorbei, dann geht die Reflektoren der Industrie, ungefähr folgendermaßen ein: Die Mannschaft Müller-Schulze konnte das Rennen nur siegreich beenden, da sie nur Lehmanns, die wirklich einzige gute Haarpomade, verwendeten. Darum verlangt nur Lehmanns!

Die zweite Kategorie besteht aus denen, für die das Sechstage-Rennen ein Tummelplatz für ihre Wollüste, Sensationen und Nerventütel ist. Da wird im Innenraum die Nacht durchgezogen, bei Wein, Sekt und Weibern. Sind die Berliner erschöpft und brauchen diejenigen im Innenraum etwas Aufregung, so brüllt so ein 2½ Zentner schwerer Fabrikbesitzer: „500 Mark Prämie demjenigen, der innerhalb einer Stunde das Feld überrennt!“ Da geht die Jagd der Fahrer los um die Märker. Der Herr hat es ja! 500 Mark! Kleinigkeit für einen so schönen Ritt! — Wenn aber seine Arbeiter am nächsten Tage ein paar Pfennige Lohnzulage haben wollen? — Da pfeift die Industrie auf dem letzten Loch!

Die dritte Kategorie sind alle die, die die Halle füllen und mit ihrem sauer verdienten Geld den Veranstaltern den Verdienst bringen. Arbeiter, Angestellte, Beamte, neugierig gemacht durch die Sensationsberichte der bürgerlichen Presse oder dem bürgerlichen Sportwahnwitz verfallen, stehen sie dichtgedrängt auf den billigeren Plätzen. Sie brüllen sich heiser bei einer „Jagd“, klatschen Beifall, pfeifen und johlen bei einer „Schlebung“. Kurz gefasst: Es sind diejenigen, die für „Sechstagesstimmung“ sorgen, damit die Besucher des Innenraums bei Laune bleiben. Staffage!

Endlich die vierte Kategorie, die Fahrer selbst! Das sind die Geprehten! 144 Stunden treten, treten und nochmals treten. Von Staub und Schweiß bedeckt turbeln sie in der vom Tabakrauch dichtgefüllten Halle Runde um Runde herunter. Nachts ist es am schlimmsten. Dann beginnen die Jagden um die Punkte, die Jagden um die Prämien. Treten, treten, nur nicht „abgehängt“ werden, das ist ihre Lösung. Schnell steigen und fallen die Fahrer in der Achtung der Zuschauer. Eben erst noch infolge eines Prämien-Gewinnes stark bejubelt, werden sie in den nächsten Minuten vielleicht bereits wieder vom Publikum ausgepöfien, weil ihre Kraft erschöpft war und sie einer Ueberrundung nicht entgegen konnten.

So mag es zugegangen sein zur Zeit Neros, als die Gladiatoren im Zirkus um ihr Leben kämpften. Heil! Heil! Töte ihn! Töte ihn! So oder so! Alles liegt in der Hand des Publikums. Und so geht es heute noch zu! Sport? — Keine Ahnung! Das Bürgerium des kapitalistischen Zeitalters braucht Umnachtung, braucht Zeltvertrieb, braucht Sensationen und Nerventütel. Dazu braucht Zeltvertrieb, braucht Sensationen und Nerventütel.

Die Arbeiterschaft bedarf solcher Nervenaufregung nicht. Bei ihr steht daher ein Sechstages-Rennen in ganz anderem „Ansehen“. Ginge es nach ihr, würde es weder Sechstages-Rennen, noch Bogenkämpfe, weder Pferderennen noch Rekordkämpfe geben.

„Würdigung“ des Arbeitersports

Als sich der 75. Todestag Jahns jäherte, wurde viel in „national“ gemacht. Da sich Tote nicht wehren können, wurde dem Turnmater auch allerlei angedichtet, gegen das er sich bei Lebzeiten sicherlich gewehrt hätte. Die „nationalen“ Zeitungen feierten Jahns schlankwegs als einen der Ihren und die Deutsche Zeitung, ein Organ mit Offiziersbelegung, ließ den Generalmajor v. d. Goltz in einem langen Artikel zu Worte kommen, der an sich belanglos wäre, wenn darin nicht auch vom Arbeitersport die Rede wäre.

Der Generalmajor entdeckt nämlich auf der Suche nach dem Geiste Jahns, daß dieser auch noch in Deutschland lebt. Und wo? Bei den Arbeiterportlern!

„Der Geist Jahns“, schreibt er, „lebt auch in Deutschland weiter, leider aber verzerrt in den volks- und staatsmördernden marxistischen Arbeiter-Turn- und Sportbünden. Auch dieser Bund will durch Stählung des Körpers geistige und charakterliche Eigenschaften züchten, Mut und Willenskraft. Auch er hat dafür ein großes politisches Ziel, die Vernichtung der verhassten Bourgeoisie und die Errichtung des proletarischen Klassenstaates. Er erzieht die Gemüter der Arbeiterjugend mit fanatischem Haß gegen das Bürgertum. Auch er treibt Propaganda, ja er unterhält Verbindungen sogar in den Feindstaaten.“

Das mit den Feindstaaten, die es bekanntlich heute nicht mehr gibt, ist löslich zu einer Zeit, wo deutsche Militärattachees offiziell oder inoffiziell Mandern der Feindstaaten heimwohnen. Die aufgekochte Arbeiterjugend: brauchen wir gar nicht, wir überlassen das dem Kapitalismus, der besorgt das viel besser und gründlicher.

Der Generalmajor gibt auch gleich ein Rezept, wie man gegen die Arbeitersportbewegung vorgehen muß, die er mit den slawischen Sokols gleichsetzt.

„Der Geist des gemeinsamen, freien Großdeutschlands, das nicht mit Worten, sondern nur durch Taten einer freiheitsbegehrten, opferbereiten, körperlich gestählten Jugend vorbereitet und in dem Augenblick erzwungen werden kann, wenn der große Gott uns erlaubt, wieder den Mantel seines Gewandes zu lassen, muß auch in die Arbeiterjugend hineingetragen werden, wo und wie es eben geht. Denn sie ist Blut von unserm Blut. Wir predigen nicht Klassenkampf, wie die Sozialdemokratie, der Bundesgenosse der deutschen Feinde, sondern Kameradschaft und deutsche Brüderlichkeit. Auch wir wollen keinen Krieg, aber Beschäftigung und Zusammenleben der 90 Millionen Deutscher, die auch ohne Waffen stark sind, wenn nationaler Wehrwille das einigende Band sind.“

Das ist etwas viel auf einmal und reich an Widersprüchen. Als wir übrigens das letzte Mal den Mantel des großen Gottes erfahnen, bildeten uns 2 Millionen Tote zurück. Wir brauchen keinen Klassenkampf zu predigen, weil man bestehende Tatsachen nicht zu predigen braucht. Selbsterständlich will niemand den Krieg, wenn er trotzdem kommt, ist es eine Fügung des großen Gottes zum Wohle der Generale und zum Wehe des Volkes.

Trotz Goltz und seines pensionierten Anhangs wird die Arbeitersportbewegung ihren Weg gehen, der allerdings in Richtung und Ziel nicht die Wege dieser völkischen Generale beachten wird. Und, wie der schreibende General selbst sagt, „es liegt stets der klarere Wille, dieser aber ist bei den Arbeiter-Turn- und Sportbünden“ ...

Vom tschechischen Arbeiter-Turnverband

Vorturnerschulen.

Die sachliche Schulung der Vorturnerschaft besorgen regelmäßige Turnkurse. In Prag finden alljährlich Turnschulen für Männer und Frauen statt, denen sich ein selbständiger Kursus für die Führer der Jugendbrigaden anschließt. In diesem Jahre hat ein solcher Lehrgang für Böhmen, ein anderer in Mähren stattgefunden. Seit der Einführung im Jahre 1925 sind bereits 37 solche Kurse abgehalten worden. In diesen zentralen Verbandskursen haben nur jene Vorturner und Vorturnerinnen Zutritt, die mit gutem Erfolg

die Kreisschulen besuchten, die ebenfalls jährlich stattfinden. Zum Besuche der Kreis- oder Bezirkskurse wird wieder nur zugelassen, wer die Anfängerkurse im Bezirk seiner Organisation besucht hat. Es handelt sich hier um ein durchdachtes einheitliches System der Vorturnerschulung.

Die leichtathletischen Höchstleistungen.

Männer: 100-Meter-Lauf 11 Sek., 200 Meter 24,2, 400 Meter 55,2, 800 Meter 2,19,6, 1500 Meter 4,27; Hürdenlauf 110 Meter 20,1; Stafetten 4 x 100 Meter 40,4, 10 x 100 Meter 2,04,1; olympische 3,52,4; Hochsprung 145 Zentimeter, mit Anlauf 160 Zentimeter; Weitsprung 283 Zentimeter, mit Anlauf 322 Zentimeter; Dreisprung 1217 Zentimeter; Stabsprung 300 Zentimeter; Diskus 3705 Zentimeter; Speerwurf 4735 Zentimeter; Schleuderball 4050 Zentimeter; Kugelstoßen 1107 Zentimeter. Frauen: 100-Meter-Lauf 14 Sek.; 4 x 100 Meter 61,6; Hochsprung mit Anlauf 152 Zentimeter; Weitsprung mit Anlauf 468 Zentimeter; Diskus 1,50 Kilogramm 2410 Zentimeter; Speerwurf 2702 Zentimeter; Schleuderball 3672 Zentimeter; Kugelstoßen 5 Kilogramm 892 Zentimeter.

Die Entwicklung des Sports.

Mit der Einführung des Sportes und der Spiele in die tschechisch-slawischen Arbeiterturnvereine wurde erst im Jahre 1923 begonnen. Heute sind die leichtathletischen Sektionen bereits in 160 Vereinen tätig und haben im Laufe des Jahres 229 Wettkämpfe veranstaltet. Handballsektionen bestehen in 150 Vereinen und haben in diesem Jahre 1623 Wettkämpfe veranstaltet. Volleyball wird in 19 Vereinen gepflegt und wurden im ganzen 92 Wettkämpfe ausgetragen. Auch Schwimmsektionen sind erst in diesem Jahre ins Leben gerufen worden durch Gründung von 9 Schwimmriegen. Die sportliche Betätigung erfreut sich unter der Mitgliedschaft der Arbeiterturnvereine immer größerer Beliebtheit, so daß im nächsten Jahre mit einer bedeutenden Erweiterung der einzelnen Sektionen und mit einer Erhöhung ihrer Arbeit gerechnet werden kann.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- u. Sportschule

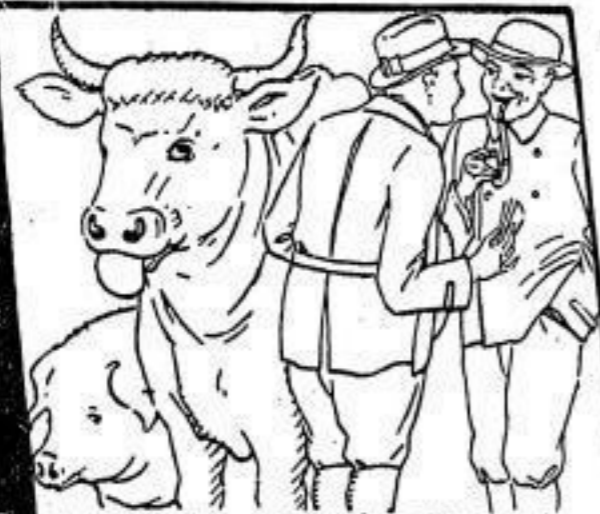
- Dyblin. 1 Grad Kälte, 20 Zentimeter Schneehöhe, 10 Zentimeter Neuschnee, gleichmäßig. Ski und Kodel gut.
- Mitensberg-Geising. 1 Grad Wärme, 28 Zentimeter Schneehöhe, 5 Zentimeter Neuschnee, verweht. Ski und Kodel möglich.
- Oberwiesenthal. 1 Grad Kälte, 12 Zentimeter Schneehöhe, 5 Zentimeter Neuschnee. Ski und Kodel möglich.
- Nichtelberg. 4 Grad Kälte, 35 Zentimeter Schneehöhe, 5 Zentimeter Neuschnee, verweht. Ski und Kodel möglich.
- Johanngeorgenstadt mit Auersberg. 1 Grad Kälte, 15 Zentimeter Schneehöhe, 10 Zentimeter Neuschnee, stark verweht. Ski und Kodel möglich.
- Schnee. 2 Grad Kälte, 10 Zentimeter Schneehöhe, 2 Zentimeter Neuschnee, stark verweht. Ski und Kodel auf Waldwegen.
- Ripsdorf. 2 Grad Wärme, 20 Zentimeter Schneehöhe, 10 Zentimeter Neuschnee, gleichmäßig. Für alle Sportarten ausgezeichnet.
- Frauenstein. 2 Grad Kälte, 5 Zentimeter Schneehöhe, 3 Zentimeter Neuschnee, stark verweht. Ski und Kodel möglich.
- Annaberg-Bühlberg. 1 Grad Kälte, 11 Zentimeter Schneehöhe, 5 Zentimeter Neuschnee, stark verweht. Ski und Kodel möglich.
- Bad Gottleuba. 2 Grad Wärme, 5 Zentimeter Schneehöhe, verweht. Nur Kodel möglich.
- Zinnwald. 1 Grad Kälte, 31 Zentimeter Schneehöhe, 6 Zentimeter Neuschnee, verweht. Ski und Kodel sehr gut.

BULGARIA



Die beste 5g-Zigarette!

KRONE



Unsere Einkäufer sehen auf Qualität. Sie wissen, daß wir nur von kräftigem gesunden Vieh stammendes vollwertiges Fleisch verkaufen wollen.

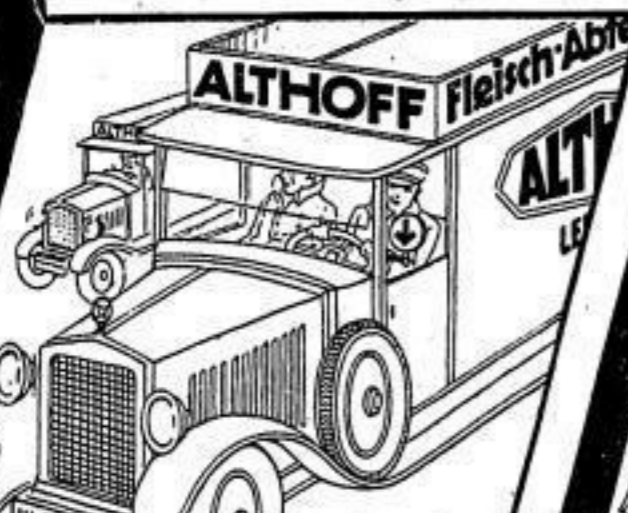
Großschlächterei in Braunschweig



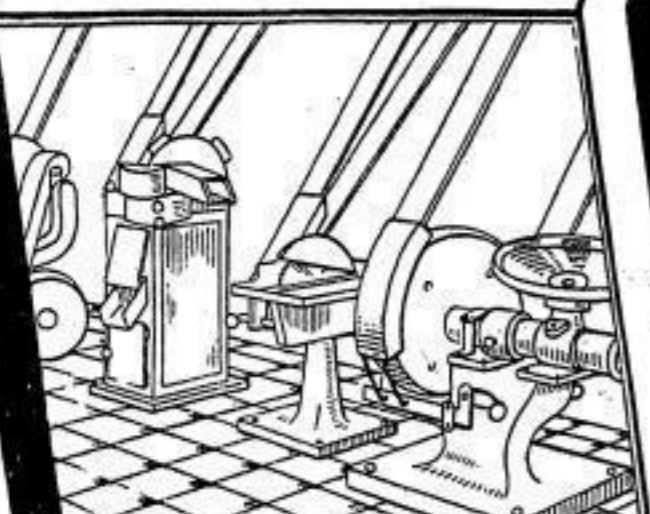
Unser Frischfleisch wird zum größten Teil von unserer eigenen Großschlächterei in Braunschweig geliefert. Diese kann täglich bis zu 1000 Stück Vieh verarbeiten.



Neben der ordnungsgemäßen tierärztlichen Kontrolle untersteht unsere Fleisch-Abteilung laufend der Aufsicht eines vereidigten Nahrungsmittelchemikers.



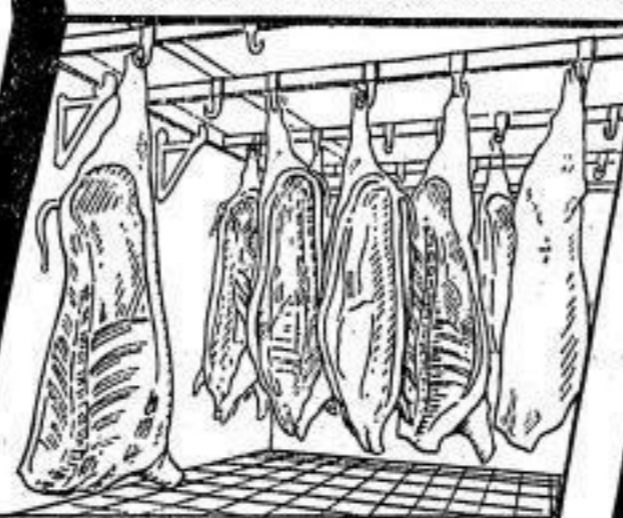
Für den schnellen und sachgemäßen Abtransport des aus uns Großschlächterei eintreffenden Fleisches, sorgen eigene Spezial-Autos.



Eine vorbildliche technische Einrichtung ermöglicht rationalsten Betrieb und weitestgehende Erfüllung aller hygienischen und sanitären Anforderungen.



Die Fleisch-Abteilung steht unter der Leitung eines erprobten Fachmannes und beschäftigt ein zahlreiches, fachmännisch geschultes Personal.



Unsere Vorräte befinden sich in modern eingerichteten, peinlich sauberen Kühlräumen, in welchen eine gleichmäßige dem Fleisch zuträglich Temperatur herrscht.



Große Auswahl in allen Fleischarten und eine flotte Bedienung machen das Kaufen leicht und angenehm. Unsere billigen Preise werden große Überraschung auslösen.



Auch Fleisch und Würstwaren liefern wir innerhalb des Stadtbezirks Leipzig frei Haus. Telefonische Bestellungen führen wir schnellstens aus.

Die Fleisch-Abteilung ist eröffnet!

Nachstehend nennen wir einige Preise. Besuchen Sie uns bitte u. überzeugen Sie sich davon, welche Ware wir zu diesen Preisen bieten. Dann erst werden Sie die Bedeutung der hier genannten Preise voll erfassen können.

Kalbfleisch

- Pfefferfleisch . . . Pfund 1.10
- Brust Pfund 1.30
- Keule Pfund 1.40
- Niere Pfund 1.40
- Rücken Pfund 1.20

Schweinefleisch

- Bauch Pfund 90 ¢
- Keule Pfund 1.00
- Kamm Pfund 1.10
- Kotelettes Pfund 1.25
- Fettes u. Schmer Pfund 90 ¢
- Gehacktes gemischt, Pfd. 70 ¢

Hammelfleisch

- Ragout Pfund 1.10
- Bauch Pfund 1.20
- Kotelettes Pfund 1.30
- Rücken Pfund 1.30
- Keule Pfund 1.40

Würstwaren

- Schinken gekocht . . . ¼ Pfd. 55 ¢
- Blut- und Leberwurst Pfd. 80 ¢
- Speck, geräuchert . Pfd. 1.10
- Kassler Rippenspeer Pfd. 1.32
- Landleberwurst . . . Pfd. 1.40
- Schinkenspeck Pfd. 1.42
- Schwarzfleisch Pfd. 1.45
- Eisbein ohne Knochen Pfd.-Dose 1.50

Rindfleisch

- Kochfleisch . . . Pfd. 1.30 1.20
- Gulasch Pfund 1.25
- Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.50
- Roulade Pfund 1.60
- Roastbeef ohne Knochen Pfund 1.80
- Gehacktes Pfund 1.30

Wild u. Geflügel

- Gänse Pfd. 1.30 1.10
- Enten Pfd. 1.60
- Puten Pfd. 1.48
- Brathähnchen Pfd. 1.48
- Suppenhühner Pfd. 1.48
- Hasen gestreift Stück 6.75
- Rehkeule im ganzen . . Pfd. 2.00
- Rehrücken im ganzen . . Pfd. 2.25

Zervelatwurst Pfd. 1.90 1.48

Salamiwurst . Pfd. 1.70

ALTHOFF



Die „Neue Leipziger“ sagt ihre Meinung!

Die Neue Leipziger lebt von der Dummheit des Kleinbürger...

Wußt da das Auto oder der Pelzmantel eines Redakteurs der...

„Nur alles mit der Ruhe, bis zur Messe wär' m'r mit den...

Bei der „Gefinnung“ der Neuen Leipziger ist es einem nun...

Die Redaktion der NL hat nicht den Mut und die Gefinnung...

Es wird fiesel über die Devoli, Hugenbergs Tankgeschwader...

Über Zeitungen vom Schlage der Neuen Leipziger, die ver...

Wir haben Kulturwochen gehabt, wir haben gegen Schmutz...

Der schwarzrotgoldene Kommunisten-Kalender

Die kommunistische Ans-Genossenschaft, bei der auch die...

Aber diese Anpassungsfähigkeit ist nicht die einzige. Noch...

Außer den Anleihen aus einer für Feudalherren „guten alten...

Kommunale kostenlose Totenbestattung

O. B. Die Leipziger Neuesten Nachrichten haben scheinbar...

Die unentgeltliche kommunale Totenbestattung ist allerwärts...

In Leipzig bewegen sich die Ausgaben für eine Bestattung...

aber auch Anleihen aus der modernen Zeit gemacht. Dem...

Zum Brand des Volkshauses

Das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen. Das Polizeiprä...

Mit dieser Darstellung ist gesagt, daß bis zur Stunde sich...

Die Bahnüberführung der Kronprinzstraße

Zur Frage der Überführung der Kronprinzstraße über das...

gehörigen befinden, und die herrschende Sitte sie oft zu...

In Leipzig existieren zur Zeit nebeneinander 34 private...

Aus alledem dürfte hervorgehen, wie unaussprechlich die...

Überquerung von 38 Gleisen gestellt worden sind und über...

Die Jalon-Gruppe für den Zoo

Für den Leipziger Zoologischen Garten ist die seit Jahren...

Das Kino vor der Schule

Es ist schon schlimm genug, daß die Schuljugend vor dem...

Wenn in der Zeit der Wohnungsnot Kinos gebaut werden...

Paul Szende ehemaliger ungarischer Finanzminister spricht heute im Volkshaus in Leipzig über: „Revolution und Gegenrevolution im jetzigen Europa“

Wo ruft die Pflicht?

Engerer Bezirksvorstand.
Dienstag, den 10. Januar, 15 Uhr, im Lehrervereinshaus, Kramerstraße 4/8, Beitzzimmer: Sitzung des engeren Bezirksvorstandes. Pünktlich erscheinen.

Erweiterter Bezirksvorstand.
Dienstag, den 10. Januar, 19 Uhr, im Lehrervereinshaus, Kramerstraße 4/8, Beitzzimmer: Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes. Pünktlich erscheinen.

Bezirksvorstand der SPD Leipzig.
J. H. Schröder.

Ortsvereinsvorstände der SPD, Groß-Weipzig.
Sonnabend, den 18. Februar, 18 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8: Vorstand-Konferenz.
Nordbezirk. Vorliegende der Ortsvereine! Morgen Freitag, 20 Uhr, im Radau-Kaufhaus.

Arbeitsgemeinschaft der Frauen der SPD.

Freitag, den 6. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1: Arbeitsgemeinschaft. Zur Behandlung steht das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. (Siehe „Genossin“ Nr. 10, Oktober 1927.)

Offen. Der Frauenabend fällt im Januar aus. Wir besuchen alle jeden Montag den Kursus der Genossin Wurm im Volkshaus.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Groß-Weipzig. Achtung, Rundfrage! Alle Gruppen erledigen im nächsten Gruppenabend die Rundfrage. Fragt euren Vorsitzenden, was das ist. Die Sache ist brandheiß!

Unsere Referenten werden gebeten, wenn sie in den Gruppen sind, mit dafür zu sorgen, daß unsere Rundfrage recht bald zurückkommt.

Vorsitzendenzusammenkunft Freitag, den 6. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, Kolonnade 1. Zur Tagesordnung stehen: 1. Referat des Genossen Stadtverordneten Böhmert: „Aufbau und Aufgaben des Städtischen Jugendamtes“. 2. Organisationsfragen. Alle Vorsitzenden müssen unbedingt erscheinen.

Jungsozialisten.

Zentrum. Wir beteiligen uns morgen und Sonnabend an dem vom UBZ vorbereiteten Sende-Kursus.
Die Jungsozialistischen Blätter sind eingetroffen und beim Genossen Richter, Leipzig W 33, Flemingstraße 7, abzuholen.

Gemeinschaft Kinderkreunde.

Bezirk Westen. Montag, 9. Januar, 20 Uhr: Helferabend im Naturheilverein, Gumnitz, Bastei.

Großschlocher. Sonnabend, 17 Uhr, bei Reil: Musikgruppe. Sonntag, 14.30 Uhr: Treffen zur Sonnenfeier in Connewitz bei Klüschner. Mittwoch, 16 Uhr: Treffen zum Märchenfest im Jugendheim für die Horden 3, 5 und 6. Anmelden bis Dienstag im Heim.

Eutritzsch. Sonntag, 14.00 Uhr: Treffen zur Sonnenfeier am Schmutzplatz, 20 Pfg. mitbringen. Alle Kinder sollen mitkommen.

Nordbezirk. Helfer Montag, 20 Uhr, im Heim Gohlis.

Alt-Weipzig-Nord. Die große Gruppe trifft sich zu einer Tageswanderung Freitag, 8 Uhr, am Töpferberg.

Veitsh. Alle mitspielenden Kinder treffen sich Freitag, den 6. Januar, 15.30 Uhr, am Schwarzen Jäger zur Probe. Seid pünktlich und kommt alle.

UBZ.

Funktionärschule. Rufus Bauer. Freitag, 10 Uhr, Volkshaus, Karlstraße.

Lehrerschaft ganz besonders gefährdet wird? Will er die Arbeit der Lehrer dieser Schule an Geschmacksbildung und sittlicher Erziehung ungenügend einschätzen? Will er sich vor der Menge einsichtiger Eltern und Erzieher blamieren? Will er das Geschäft höher stellen als die Sorge um die Bildung unseres Nachwuchses? Wir erwarten vom Schulamt, daß es noch in letzter Stunde diesen Bau direkt vor dem Schulhaus verhindert.

Pflicht des Schuldirektors, Professor Stahl, wäre es gewesen, schon frühzeitig sich gegen den Bau eines Kinos vor der 50. Volksschule zu wenden, statt große Töne über Minderleistungen der Volksschule, über politische Tätigkeit und disziplinelle Begehren der Lehrer zu reden. In diesem Falle des Kinos könnte Herr Stahl einmal zeigen, daß er für die Volksschule auch einmal etwas anderes tun kann, als abfällige Urteile zu sprechen.

Steuertarten und Markenblätter einreichen. Bis zum 29. Februar müssen die Steuertarten und Markenblätter beim Finanzamt eingereicht werden. Alles nähere siehe unter „Ankündigungen in der heutigen Ausgabe unseres Blattes.“

Von der Tätigkeit der Feuerwehr. Das Feuerwehramt gibt bekannt: Im Dezember 1927 wurde die Feuerwehr 148mal alarmiert. Davon waren 2 Groß-, 7 Mittel-, 55 Kleinfeuer, 2 Eisenbrände, 8 blinde Alarmierungen, 4 Falschmeldungen, 39 Aufhebungen von Tieren und 31 sonstige Hilfeleistungen. Auf den Sanitätswachen kamen insgesamt 1881 Fälle zur Behandlung, die Zahl der Krankentransporte betrug 1589, die zurückgelegten Fahrstrecken 15 802 Kilometer.

Feuerungszahl für Weipzig. Die auf der neuen Grundlage berechnete Feuerungszahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Amtes für den Monat Dezember 1927: 203,35 Mark (November: 201,08 Mark).

Heiterer Dichterabend des Genossen Gustav Hennig. Am Freitag, abends 8 Uhr, wird im Schloß Lindenfels ein heiterer Dichterabend des Genossen Hennig-Wera abgehalten, veranstaltet vom Ortsverein Magdalen-Lindenau-Schleußig. Genosse Hennig wird heute 60 Jahre alt und hat einen großen Teil seines Lebens der Leipziger Arbeiterbewegung geweiht. Wir wünschen ihm noch langes Wirken im Dienste des Proletariats und geistige und körperliche Frische.

UBZ. Rundfrage. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Dyer „Sonny spielt auf“ am Freitag nicht um 19, sondern erst um 19.30 Uhr beginnt. — Beim Silvesterkonzert in der Albertshalle ist ein Spazierstock stehen geblieben, der im UBZ abzuholen ist.

Erste Hilfe, ein Kursus des Arbeiter-Samariter-Bundes, beginnt am 9. Januar in der Geschäftsstelle, Wächterstraße 24.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund, Gau Weipzig. Bezirksfestung des Nordbezirks am Sonnabend, dem 7. Januar, 19.30 Uhr, im Restaurant Lustige Ede, Weipzig-Eutritzsch, Theresienstraße 29.

Stadthistorisches Museum. Die Ausstellung „Alte und neue Familiengraphie in Weipzig“ muß vom Montag, dem 9. Januar 1928, an eingeschränkt werden, und zwar wird dann nur noch die moderne Abteilung gezeigt.

Öffentliche Veranstaltung für Kinder. Am Mittwoch, dem 11. Januar, 16.30 Uhr (Einlaß 16 Uhr) findet im Saale des städtischen Jugendheimes Leipzig-Mitte, Töpferstr. 2, III., eine Filmvorführung für Kinder statt. Zur Aufführung gelangt: König Drosselbart, Prinz Elfschens seltsames Abenteuer. Der Eintritt ist frei, erfolgt aber nur gegen Karten, die ab Sonnabend, den 7. Januar, kostenlos im städtischen Jugendheim Leipzig-Mitte, Töpferstr. 2, Zimmer 2, entnommen werden können.

Städtisches Kunstgewerbe-Museum. Dienstag, 10. Januar, 20 Uhr, Vortrag des Herrn Oberschulinspektors Architekt Wiedersanders, München, über die Kunstgewerbeschule und Berufsschule, Ausgangspunkte, Durchführung und Einpassung in die Notwendigkeit der heutigen Wirtschaft. Grassimuseum. Eintritt frei.

Schweres Explosionsunglück in Berlin

Viele Tote und Verletzte

WIB Berlin, 5. Januar.
Gegen 11 Uhr erfolgte in den Kellerräumen des Hauses Landsberger Allee 116 eine heftige Explosion, die die Kellerräume vollständig zerstörte und auch das erste und zweite Stockwerk in Mitleidenschaft zog. Im Anschluß an die Explosion entzündete sich ein großer Brand, zu dessen Bekämpfung mehrere Züge der Feuerwehr anrückten. Mehrere Personen wurden getötet, etwa zehn schwerverletzt wurden geborgen. Eine große Anzahl von Personen soll noch unter den Trümmern liegen.

WIB Berlin, 5. Januar.
Das Grundstück Landsberger Allee 116 bietet ein grauenvolles Bild der Verwüstung. Die etwa sechs Meter breite rechte Seite des Hauses ist vollständig abgerissen und auf das danebenliegende unbebaute Gelände abgestürzt, wo eine ungeheure Masse von etwa zehn Meter Höhe, die aus Mauerblöcken, Balken, Brettern und Möbelschutt besteht, der Aufzählung harzt. Zahlreiche Feuerwehmannen sind beim Schmelzen von Lampen und Fackeln damit beschäftigt, den Schutt wegzuschaffen. Bis um drei Uhr waren drei Tote und fünfzehn Verletzte geborgen (nach einer anderen Meldung bereits vier Tote und 17 Verletzte Tot.); doch dürfte die Zahl der Toten weit erheblich sein, da gerade in diesem Flügel sich die Schlafzimmern vieler Hausbewohner befanden. Die im Hause im Erdgeschoß befindlichen Laden, eine Gastwirtschaft und ein Kolonialwarengeschäft, sind völlig zerstört. Bei einem Gange durch das Haus, dessen Treppen merkwürdigerweise fast unversehrt geblieben sind, steht man, welche Kraft die Explosion entwickelt hat. Bis zum vierten Stockwerk sind einige der Wände eingedrückt, andere weisen tiefe Risse auf und mühen von den Feuerwehrläuten gestützt werden. Die Balken liegen teils am Boden, teils hängen sie schief in ihren Angeln. Schuttmassen bedecken überall den Fußboden. In der Luft hängende Wände mühen von den Feuerwehrläuten, die an Seilen gehalten wurden, mit Äxten abgeschlagen werden, da die Gefahr des Einsturzes droht.

Kopf ab!

Befehl der schwarzrotgoldenen Justizminister

SPD Berlin, 4. Januar.
Die Verteidiger des vor wenigen Monaten wegen verschiedener Raubverbrechen zum Tode verurteilten Berliner Arbeiter Böttcher haben an den Reichsausschuß des Preussischen Landtages eine Eingabe gerichtet, damit der Vollzug der Hinrichtung ausgesetzt wird. Diese Eingabe soll dringlich behandelt werden, da inzwischen sämtliche Gnadeninstanzen einen Gnadenbeweis abgelehnt haben. Diesem Wunsch für den preussischen Justizminister zu tun, was er tun kann, um dem Verurteilten das Leben zu erhalten.

Die Verteidigung des Böttcher wünscht, daß ihr Klient nochmals auf seinen Geisteszustand untersucht wird. In Gestenkranken ist nach der Strafprozeßordnung die Vollstreckung der Todesstrafe nicht zulässig.

Die ersten Leichen von S 4 geborgen

III Neuport, 5. Januar.
Die am Grad des Unterseebootes S. 4 arbeitenden Taucher haben gestern aus dem gesunkenen Unterseeboot die ersten drei Leichen ans Tageslicht gebracht.

III London, 5. Januar.

Wie aus Neuport gemeldet wird, traf gestern eine Kommission des Marineministeriums in Charleston ein, um eine Untersuchung über die Ursachen des Unterganges des Unterseebootes S. 4 und die für die Rettung der Besatzung getroffenen Maßnahmen anzustellen.

Präsident Coolidge hat den Kongreß um Einsetzung einer Sonderkommission von 5 Mitgliedern ersucht, von der 3 Juraisten sein sollen, die eine von den Arbeiten des Marineministeriums unabhängige Untersuchung anstellen sollen. Die Vorsitzenden des Marineministeriums des Senats und des Repräsentantenhauses haben Gesetzesvorlagen entsprechend dem Wunsch des Präsidenten vorbereitet.

Opfer der Kälte

Auch in Europa hat die Kälte zahlreiche Opfer gefordert. In Schweden haben die Mannschaften eines deutschen Schlepptugs auszustehen, der am Dienstag in vollkommen vereistem Zustande nach einer wahren Schreckensfahrt durch das Weiße Meer in den Hafen von Tromsø eintraf. Das Schiff war am 28. Dezember led geworden; es bedurfte übermenschlicher Anstrengungen der Mannschaften, das Fahrzeug in die Nähe der Küste zu bringen. Die Besatzung mußte in einem orkanartigen Schneesturm bei 26 Grad Kälte eine Nacht im Freien zubringen. Dem Schiffstock erfroren beide Beine.

Die ungeheuren Schneekürme, die seit über vier Tagen in unverminderter Stärke über Nordamerika herrschen, haben

Heimvolkshochschule Weipzig. Der Kreispräsident schreibt: Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: In der Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai 1928 findet der nächste Kursus statt. Im Heim Salomonstraße können 18 Frauen, im Heim Querstraße (Leitung Friedel Fischer) 6 Mädchen im Alter von 18-28 Jahren für 4 Monate zu gemeinsamem Leben und planmäßiger Bildungsarbeit Aufnahme finden. Die Teilnehmer an diesem Heimvolkshochschul-Lehrgang müssen für diese Zeit sich von Beruf freimachen. Der Unterricht findet in den Vormittagsstunden statt. Er wird sich mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und pädagogischen Fragen der Gegenwart befassen. Eine Reihe Gastlehrer wird für einzelne Gebiete herangezogen. Die Kosten betragen für den Schüler 150 RM. Arbeitslose zahlen 1/2 der Unterhaltung. (Der nächste Lehrgang läuft vom 1. August bis 30. November 1928.) Auskunft und Anmeldung beim Leiter der Schule: Herbert Schaller, Salomonstraße 21.

fast sämtliche Fenster und Fensterscheiben der Zimmer sind in Trümmer gegangen, die bis auf den gegenüberliegenden Bürgersteig geschleudert worden sind. Die Bewohner mußten sämtlich das Haus verlassen.

Anschließend ist die Explosion durch große Mengen von Ammoniak und Gas hervorgerufen worden, die sich in den Kühlräumen einer Fleischwarenfabrik im Hause angesammelt hatten. Das gleiche Bild der Verwüstung zeigen der Hof, der wie ein Krater ausbleiht, und die hinteren Bauteile der Fleischwarenfabrik. Die Aufräumarbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt, doch dürfte keine Hoffnung bestehen, noch Lebende zu bergen.

Auch die letzte Meldung, die uns vor Redaktionsschluss erreicht, gibt über die Anzahl der Opfer dieser furchtbaren Katastrophe noch keinen sicheren Aufschluß.

III Berlin, 5. Januar.

Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, beläuft sich die Zahl der bei dem Unglück in der Landsberger Allee ums Leben Gekommenen auf fünf, die der Schwerverletzten auf 20 und die der Vermittelten auf 8. Das fünfstöckige Unglückshaus ist nahezu zerstört. Der rechte Seitenflügel ist in sich zusammengefallen und bildet einen wüsten Trümmerhaufen von sechs bis acht Meter Höhe. Im Mittelbau sind Keller und Erdgeschoß sowie die Hochpartieräume völlig ausgehöhlt. Die Fabrikationsräume der Fleischfabrik Otto Haas, in denen die Explosion entstanden sein soll, sind nur noch Schutt und Trümmer. Elektrische Motoren, schwere Stein- und Eisenplatten sind aus den Fabrikationsräumen viele Meter weit hinausgeschleudert worden. Die Bergung der unter den Trümmern liegenden Vermittelten für die Feuerwehr mit großen Lebensgefahren verbunden, da dauernd ein Sturzgefahr besteht. Es wird versucht, durch Abstützungen den Einsturz des ganzen Hauses zu verhindern.

Das Unglück soll auf eine defekte Stiege im Haupttrakt der Gasleitung zurückzuführen sein, an der seit vorgestern gearbeitet worden war. Es hat sich noch nicht feststellen lassen, ob bei diesen Arbeiten ein Versehen vorgekommen ist, das vielleicht die Explosion nach sich gezogen hat. An der Unglücksstelle spielen sich heutzutage die Szenen ab. Angehörige von Vermittelten streifen nach ihnen und lassen sich von der Polizei nicht davon abhalten, sich auf das lebensgefährliche Trümmerfeld zu begeben.

bis jetzt über 75 Todestopfer gefordert. Hunderte von Personen, die durch das Unwetter zu Schaden gekommen sind, mußten Krankenhäuser aufsuchen.

Ein jugendliches, das auf den starken Frost zurückzuführen ist, ereignete sich in Milana, in Nordamerika. Drei Personen wurden getötet und 12 verletzt.

Deutsches Wohnungsrecht

Aus Heilbronn wird berichtet: „Eine junge Frau in Heilbronn wohnte mit ihrem Mann zusammen bei ihrer Mutter. Der Hausbesitzer sah es mit Antrug, konnte jedoch dagegen nichts unternehmen. Nun ließ die Mutter, und die Wohnungszugang ging auf die Tochter, also auf die junge Frau, über, nicht aber auf den Ehemann! Der Hausbesitzer forderte, daß er die Wohnung räume. Der Ehemann tat darauf das einzig Mögliche, er schloß einen Untermietervertrag mit seiner Frau. Darauf klagte der Hausbesitzer beim Mietschöffengericht Heilbronn gegen den Ehemann auf Räumung der Wohnung. Das Mietschöffengericht Heilbronn aber entschied: die Ehefrau ist wohnberechtigt und darf wohnen bleiben, der Ehemann aber ist nicht wohnberechtigt und darf deshalb nicht in der Wohnung seiner Frau wohnen, weder als Ehemann noch als Untermieter! Das weiße Mietschöffengericht erließ dazu, daß ihm zwar die verschiedene Behandlung beider Ehegatten menschlich unbefriedigend erscheint, daß aber eine andere Entscheidung nicht möglich gewesen sei, ohne das Recht zu beugen; nicht das Gericht, sondern das Gesetz sei verantwortlich zu machen.“

Einen nicht alltäglichen Fischereifang unternahm ein dänischer Schweißarbeiter namens Lindberg, dem es gelang, mit einer einfachen Rindfleischerei die fast drei Meter dicke Mauer des Hofens-Juchthauses zu durchdringen. Wochen hindurch hatte er Stein für Stein auf das sorgfältigste losgelöst. In der Neujahrsnacht hatte er sein Werk vollendet. Eine von ihm benutzte Strickleiter, die er aus Leinwand und Jergabälben verfertigt hatte, schlug aber gegen das Fenster eines in der ersten Etage wohnenden Gefängniswärters, der die Flucht verstellte. Der Ausbrecher erlitt einen Totschußanfall, als er das Wüßlingen seines Planes feststellen mußte.

Die Leitung der Sowjet-Dampfschiffahrt demontiert die Meldung vom Untergang eines Sowjetdampfers im Schwarzem Meer.

Durch eine herabfallende Eislamina wurde in der Nähe von Batum auf der Gebirgsstraße ein Petroleumwagen zum Einstellen gebracht. 27 Waggons mit Petroleum verbrannten. Ein Bahnbeamter wurde getötet; 10 Personen wurden schwer verletzt.

Ein eigenartiges Schauspiel erlebten am Dienstag die Einwohner des englischen Ortes Wallon an der Rago, als vor ihren Augen eine im Jahre 1798 vom Meere verschlungene Kirche bei der eintrudelnden Ebbe plötzlich aus dem Meere auftauchte. Die jetzige Kirche ist drei Meilen von dem früheren Standort der Kirche entfernt. Beim Anblick der auftauchenden, mit Mäusen und Schlamm bedeckten Kirche ergriffen zahlreiche Zuschauer, von Furcht ergriffen, die Flucht. Der Versuch einiger Männer, zu der Kirche zu gelangen, mißglückte. Durch die wieder-eintreffende Flut entschwand die Kirche den Blicken der Zuschauer.

Der erste Galgen. Nachdem in Polen die Todesstrafe durch Erhängen eingeführt worden ist, wurde nunmehr in Biały Bół auf dem Gefängnishof der erste Galgen errichtet. Die erste Hinrichtung wird dort am 5. Januar stattfinden, wobei das Todesurteil an einem Räuber vollzogen werden wird.

Vorträge über akademische Berufe. Die vom Sächsischen Akademischen Auskunftsamt veranstalteten Vorträge über akademische Berufe finden mit der 8. Veranstaltung „Lehr- und Seelsorgerberufe“ am Dienstag, dem 10. Januar 1928, 16.15 Uhr, im Saale des Sozialpädagogischen Frauenseminars, Königstraße 20, ihre Fortsetzung. Es sprechen: 16.15 Uhr: Herr Oberschulinspektor a. D. Prof. Dr. R. e. u. m. Leipzig über den Beruf des Lehrers an höheren Schulen philologisch-historischer Richtung; 17.15 Uhr: Herr Oberschulinspektor Dr. G. e. n. Leipzig über den Beruf des Lehrers an höheren Schulen mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung; 18.15 Uhr: Herr Dr. R. e. u. m. Leipzig, Dozent am Pädagogischen Institut, über den Beruf des Lehrers an Volksschulen; 19.15 Uhr: Herr Pfarrer Dr. S. c. h. u. m. a. n. n. Leipzig über den Beruf des Theologen. Die Vorträge sind kostenlos zugänglich und in erster Linie für die Schüler und Schülerinnen der Oberprima der neuntägigen höheren Lehranstalten sowie deren Eltern und Anverwandte bestimmt.

Die Sächsischen Werke im 1. Halbjahr 1927/28

Am 21. Dezember 1927 fand die Halbjahrsversammlung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke statt.

Der Halbjahrsbericht lag gedruckt vor und wurde in einzelnen Fällen noch erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergab bei einem Gewinnbeitrag von 108 880 Mark und Geschäftserträgen von 10 283 248,55 Mark einen Schlussbetrag von 10 490 128,55 Mark in Einnahme und Ausgabe. Der Reingewinn beträgt 1 932 333,71 Mark.

Der Gesamtgewinn des Jahres 1927 wird voraussichtlich 3 200 000 Mark betragen. Nach dem Maßstab der bisherigen Entwicklung hofft man im Jahre 1928 den Gewinn auf 4 500 000 Mark, im Jahre 1929 auf 6 600 000 Mark und im Jahre 1930 auf 8 800 000 Mark zu steigern.

Nach einer weiteren Mitteilung des Vorstandes sind die Schädenfolgen des im Juni in Böhlen erfolgten Dammrisses ausgeglichen. Der gesamte Schaden des Dammbruchs beträgt 1 100 000 Mark. Während der Vorstandsperiode behauptete, alle Ansprüche der Geschädigten seien in wohlwollender Weise auch zur Zufriedenheit der Geschädigten erledigt, wurde vom Vertreter der kommunistischen Landtagsfraktion eine derartige Behauptung bestritten. Nach den bisherigen Berichten aus dem Böhler Untersuchungsausschuss liegt die Verantwortung, von der der Vorstand berichtete, auch kein Anlaß vor. — Schließlich wurde der Geschäftsbericht nach unwesentlichen Debatten genehmigt.

Über weitere Bauvorhaben

lag ebenfalls ein umfangreicher Bericht vor.

Durch einen Zugang an Neuanstellungen der unmittel- und mittelbar vorzuziehenden Gebiete und infolge der Besserung der Wirtschaftslage ist eine Steigerung der Höchstleistung des Werkes von 141 000 Kilowatt im Jahre 1926 auf 177 800 Kilowatt im Jahre 1928 eingetreten. Diese Höchstleistung ist im Jahre 1927 bereits auf über 200 000 Kilowatt gestiegen. Für eine weitere Höchstleistung kommt wesentlich der Industriebedarf in Betracht, demgegenüber der Kleinverbraucher stark zurücktritt. Es ist nun notwendig, für die weitere Steigerung der Leistung zu schaffen. Hierzu wird das etwa im Jahre 1930 fertig werdende Pumpspeicherwerk in Meberwartha bei Dresden dienen, das gemeinsam mit der Stadt Dresden errichtet wurde und einen Gesamtkostenbeitrag von 25 Millionen erfordert. Das Reich wird aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge hierzu einen Beitrag von etwa 11 Millionen leisten. Für die nächsten Jahre stehen an Strom etwa 253 000 Kilowatt zur Verfügung. Diese Leistung wird aber geschmälert durch die erforderlichen Reserveleistungen, so daß nur mit einem effektiven Stand von 207 000 Kilowatt zu rechnen sein wird. Da aber voraussichtlich schon im Jahre 1928 240 000 Kilowatt gebraucht werden, müssen weitere Ausbauten vorgenommen werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, eine

Erweiterung des Werkes Böhlen

vorzuziehenden durch zwei Turbinenätze von je 35 000 Kilowatt, 1500 Umdrehungen i. d. M. In Hirschfeld soll ein weiterer Turbinenatz von 35 000 Kilowatt, 1500 Umdrehungen i. d. M. eingebaut werden.

An Stelle der eignen Ausbauten eine Vermehrung des Strombezuges aus Fischernitz, Lauta und Trätendorf treten zu lassen, ist nicht möglich, da diese Werke eine solche Steigerung zu leisten können.

Weiter ist eine

Ergänzung der Apparaturen und Geräte der Braunkohlenwerke

Böhlen und Hirschfeld notwendig. Der Grubenbetrieb soll in weitestgehender Weise mechanisiert werden. Eine Doppelstellung von Hirschfeld nach Dresden-Nord muß im nächsten Jahre gebaut werden.

Mit dem Bagerwerk sind Verhandlungen gepflogen, wonach dieses in Zukunft von der AGW nach Strom bezogen wird. Es müssen diesbezüglich Verbindungen mit den von Banern auszuführenden Anlagen in Serlasgrün und Hof geschaffen werden. In Böhlen reichen die 100-kV-Leitungen nicht mehr aus, es muß deshalb eine 100-kV-Doppelstellung (wahrscheinlich mit Serlasgrün) in Aussicht genommen werden. Weiter soll eine Leitung von Silberstraße nach Zwönitz gebaut werden, (nicht nach Schwarzenberg, wie oben geplant). Um die Stromzuführung nach Bären zu sichern, ist die Errichtung einer zweiten Leitung vom Umspannwerk Bobewitz nach Gnawitz erforderlich und eine Erweiterung der Schaltanlage in Bobewitz. Infolge eines Vertragsabschlusses mit der Stadt Leipzig wird der Strombezug von Leipzig sich erheblich steigern. Diesbezüglich muß eine Kabelverbindung zwischen dem Kraftwerk Böhlen und dem Leipziger Werk in Leipzig-Connewitz geschaffen werden. Weiter ist notwendig, die Uebertragungs- und Verteilungsanlagen auszubauen und zu verstärken. In Böhlen soll, um eine wirtschaftliche Auswertung der Braunkohle zu erzielen, mit der Schwelung der Kohle und mit der chemischen Auswertung des dafür geeigneten Rohproduktes begonnen werden.

Für diese und einige andere Bauvorhaben werden insgesamt 85 Millionen Mark benötigt, deren Ausbringen in den nächsten Jahren notwendig ist. Da Vorschläge über die Aufbringung dieser Mittel zur Zeit nicht gemacht werden können, es andererseits aber unbedingt notwendig ist, Sicherungen für den zu erwartenden steigenden Strombedarf zu treffen, schlägt der Vorstand dem Aufsichtsrat vor, zunächst Bauvorhaben im Betrage von 12 Millionen Mark, die schon im Vorjahre bewilligt worden sind, zurückzustellen (Erweiterung der Breitschiffwerke, Verwaltungsgedäude Böhlen usw.) und die dadurch freiwerdenden Beträge zu benutzen, um mit den geschuldeten Um- und Neubauten zu beginnen. Die schon bewilligten Bauten sollen erst in Angriff genommen werden, wenn ihre finanzielle Deckung anderweitig gesichert ist. Bevor endgültig Beschluß gefaßt wird, soll dem Aufsichtsrat noch weitere Aufklärung auch über die Finanzierung gegeben werden.

In der Diskussion über diese Fragen wurden vom Betriebsrat Klagen über die Beschwerden vorgebracht, die sich in Hirschfeld dadurch ergeben, daß den Erfordernissen der Breitschiffwerke für Aftau und Umgegend bei weitem nicht nachgekommen werden kann. Die Breitschiffwerke müssen Kundenlang auf Belieferung warten und oft unbefriedigt wieder abziehen. Der Bedarf an Breitschiffen ist erheblich gestiegen; es sei deshalb notwendig, die Pressenanlage in Hirschfeld auszubauen. Vom Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde diese Forderung lebhaft unterstützt. Der Vorstandsvertreter bestritt, daß zur Zeit ein besonders schlechter Belieferungszustand bestehe, er sagte aber den Pressenausbau zu, sobald dies möglich sei.

Unter „Beschlehenes“ unterbreitete der Betriebsrat vorliegende dem Aufsichtsrat einen Antrag der Belegschaft, den Arbeitern und Angestellten zu Weihnachten eine Ausleihsumme in Höhe von 20 Mark für Verheiratete und 15 Mark für Ledige zu gewähren. Der Antrag war vom Vorstand abgelehnt worden. Vom Vorstand wurden lebhafte Einwendungen gegen diesen Antrag erhoben. Der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion stellte den Eventualantrag, im Falle der Ablehnung des Antrages der Belegschaft doch dem Wohlfahrtsfonds einen größeren Betrag zwecks Ausstellung an besonders Bedürftige durch den Betriebsrat zu überweisen. — Der Antrag des Betriebsrates wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der Vorstand sagte darauf aber zu, wegen der Zusammenkunft an den Wohlfahrtsfonds mit dem Betriebsrat in Verbindung zu treten.

Nielsch's „Widerstand“ Organ des Bundes Oberland

Herr Nielsch hat seit Jahr und Tag immer wieder abgestritten, daß er mit rechtsradikalen Wehrverbänden enge Verbindungen aufrechterhalte. Erst als es gelang, festzustellen, daß Führer der NSB-Referenten des Stahlhelms waren, daß sogar einer der Führer „Sozialreferent“ im Stahlhelm wurde, da schwieg der „Volkstaat“ zu den Angriffen.

Jetzt kann Herr Nielsch nicht weiter dementieren. Der Bund „Oberland“ gibt bekannt, daß er seine Führerzeitschrift eingehen läßt und den „Widerstand“ als seine Führerzeitschrift erklärt. Der Jungdeutsche meidet hierzu:

Der Bund Oberland gab bisher neben seiner Bundeszeitschrift „Das dritte Reich“, noch eine Führerzeitschrift, genannt „Der Führer“ heraus. Diese Führerzeitschrift hat nun am 1. Januar 1928 ihr Erscheinen eingestellt. An Stelle des „Führers“ soll in Zukunft die von Ernst Nielsch und August Winnig herausgegebene Zeitschrift „Widerstand“ treten, zu deren ständigen Mitarbeitern künftig die Oberlandführer Dr. Weber, Sondermann und Drexel zählen werden.

Die Oberlandführer sind Nielsch's neue Freunde. Die NSB hat sich mit Nielsch's einen Führer zugelegt, der gleichbewußt seinen Weg geht. Trotz seiner neuen Freundschaft verläßt Herr Nielsch immer noch, daß er als Republikaner angesehen wird. Ja, er ist sogar vor vier Wochen in die „Reinigung Republikanische Presse“ eingetreten. Herrn Nielsch wird sicher nicht unbekannt sein, daß gerade der Bund Oberland die Ortsgruppen des verbotenen Putschvereins „Wiking“ aufgenommen hat.

Mit dem Landesverband Sachsen des Bundes Oberland hat der Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt eine Vereinbarung getroffen, nach der die Wiking'er in Sachsen in den Bund Oberland eintreten. Innerhalb dieser Organisation bleiben die Wiking'er getrennt organisiert und unterstehen in erster Linie dem Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt; Vorsitzender des Bundes Oberland des Landesverbandes

Sachsen ist der, immerhin nicht ganz unbekannt, Putschist Manfred von Killinger.

Nun, Herr Nielsch, vom Bund Oberland und ihrem Kollegen Manfred von Killinger, ist es nicht mehr weit zu Ehrhardt. Persönlich gleichen sie sich. Beide sind unklare Köpfe, die sich selbst aus ihrer politischen Verantwortung nicht mehr befreien können. Vielleicht versucht Ehrhardt, der aus dem Stahlhelm geflohen ist, mit Nielsch eine neue Organisation der verkannten (besser verkannten) Führer aufzumachen. Ehrhardt übernimmt die militärische und Nielsch die politische Führung des Widerstandes. Gegen wen... das wissen sie vorläufig selbst nicht. Auf alle Fälle gegen die Sozialdemokratie.

Ein grundlagester Kommunist

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Dresden kam es bei der Behandlung eines kommunistischen Antrages zwischen dem sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der sächsischen Betriebe, Spottke, und den Kommunisten zu scharfen Zusammenstößen. Die Kommunisten wollten sich wegen den jetzt bevorstehenden Betriebsratswahlen den sächsischen Arbeitern in freundliche Erinnerung bringen. Es kam zu deplacierten Beschimpfungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie, gegen die sich unser Genosse Spottke wandte.

Der sozialdemokratische Kellner betonte, daß der jetzige kommunistische Stadtrat Gruner vor zwei Jahren, als er noch Gesamtbetriebsratsvorsitzender gewesen sei, denselben Standpunkt in gewerkschaftlichen Dingen vertreten habe, den heute die sozialdemokratische Fraktion vertritt. Gruner habe aber auch bei anderer Gelegenheit eine recht eigenartige Rolle gespielt. Als im Jahre 1922 im Dresdener Rathaus die Gedenktafel für die gefallenen sächsischen Beamten, Angestellten und Arbeiter eingeweiht wurde, hätte der Gesamtbetriebsrat beschloffen, einen Kranz mit roter Schleife niederzulegen. Dieser Beschluß war selbstverständlich dem volksparteilichen Oberbürgermeister Dr. Bühler unangenehm. Herr Bühler lehnte sich mit dem grundlagesteren Kommunisten Gruner in Verbindung, und mit dessen Einverständnis wurde die rote Schleife durch eine schwarze Schleife ersetzt. Dieser Kranz konnte nur niedergelegt werden, wenn der kommunistische Betriebsratsvorsitzende sein Einverständnis dazu gegeben hatte.

Von den Selbstverorgern

Der frühere Wirtschaftsminister Hermann Müller ist am 1. Januar zum Oberregierungsrat bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen ernannt worden.

Somit wäre wieder einer von den Dreiundzwanzig Disziplinbrechern in einen fetten Posten untergebracht. Sie haben ihre Parole „Ran an den Staat“ glänzend verstanden! Der Arbeiterrat war ihnen ein einträgliches Geschäft.

Dresden. Das ungeeignete Kinderspielzeug. Ein fünfjähriges Mädchen und ein dreijähriger Knabe hatten in Abwesenheit ihrer Eltern in ihrer Wohnung mit Streichhölzern gespielt, wobei ein Brand entstand. Hausbewohner retteten die Kinder, doch mußte ihnen eine Viertelstunde lang Sauerstoff zugeführt werden, da sie unter dem Rauch stark gelitten hatten.

Dresden. Vor Gericht vom Tode überrascht. In einer Zivilverhandlung erlitt der Vorsitzende, der 60 Jahre alte Handelsgerichtsrat Schuster plötzlich einen Schlaganfall, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Niesitz. In der Neujahrskacht erfroren. Am Neujahrsmorgen fand man auf der Straße den 71 Jahre alten Pensionär Bäger, der erstorben war. Bäger war auf dem Wege nach seiner Wohnung beim Glattels zu Hause gekommen, wobei er wahrscheinlich bewußtlos geworden war, so daß er der Kälte erlag.

Zwickau. Opfer einer Kohlendioxidvergiftung. Bei einer Ölreparatur ist der 17 Jahre alte Klempnerlehrling Johannes Planthier einer tödlichen Kohlendioxidvergiftung zum Opfer gefallen.

Rändler bei Chemnitz. Blutige Schlägerei zu Silvester. In einem Bierlokal kam es zwischen Vereinsmitgliedern und tschechischen Arbeitern zu einer wilden Schlägerei, bei der Biergläser und Messer als Waffen gebraucht wurden. Zwei Personen wurden durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt, drei andere erlitten leichtere Verletzungen. Die Täter wurden verhaftet.

Borna. Ein leistungsfähiger Säbhe. Im benachbarten Kieritzsch hantelte ein Dienstmädchen leichtfertig mit einem Revolver. Dabei schoß er eine Dienstmagd in den Leib, die schwerverletzt in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus nach Leipzig gebracht werden mußte, wo sie sofort operiert wurde.

Wir bieten in dieser Woche preiswert an:

Frisches Rindfleisch

Bauch und Flanke	Pfd. 1.16
Hohe Rippe, Bug, Kamm	Pfd. 1.24
Bratenfleisch und Roastbeef mit Knochen	Pfd. 1.28
Bratenfleisch und Roastbeef ohne Knochen	Pfd. 1.52
Wende	Pfd. 1.80
Koulaben	Pfd. 1.52
Gehacktes	Pfd. 1.32
Leber	Pfd. 1.52
Niere, Herz, Schwanz	Pfd. 1.16

Frisches Schweinefleisch

Keule, Schulter, Niere	Pfund 1.20
Kamm	Pfund 1.30
Rücken	Pfund 1.40
Wende und Schnitzel	Pfund 1.80
Eisbelen	Pfund 1.00
Bauch ohne Zulage	Pfund 1.08
Frisches Hammelfleisch, nur gut ausgemästete Hammel	
Bauch und Schulter	Pfund 1.16
Keule und Rücken	Pfund 1.24

Frisches Kalbfleisch in bester Qualität stets preiswert vorrätig

Prima Wurstfett, sehr billig	Pfd. 60
Bratenfett vom Sukkulusbratofen	Pfd. 1.32
Weißfett, garantiert rein	Pfd. 1.20

Schwarzfleisch	Pfd. 1.48
SchinkenSpeck	Pfd. 1.80
Speck	Pfd. 1.32

Auf gute, feste Qualitäten aus eigenen Schlachtungen

Jeden Mittwoch frische Leber- und Blutwurst mit Wurstsuppe Portion 25

Konsum-Berein Leipzig-Blagwitz

und Umgegend G. G. m. b. H.

Die Benutzung unserer Einrichtungen ist Nichtmitgliedern untersagt - Aufnahme in allen Verteilungsstellen

Sorgfalt Sauberkeit Billigkeit

das sind die Grundsätze unserer langjährig erprobten und so beliebt gewordenen

Lebensmittel-Abteilung

Frisch-Fleisch

Schweinefleisch Bauch, Fett und Schmeer, Rücken oder Keule, Pfd. 88	Kalbfleisch Pfefferfleisch Pfd. 95 Rücken od. Keule Pfd. 110	Rindfleisch (gut durchwachsene Qualität) Kochfleisch Pfd. 80 Gulasch Pfd. 1.00 Schmorfleisch Pfd. 1.20
Gehacktes (halb u. halb) Pfd. 88 Pökel-Schweinebacken Pfd. 88 Riesen-Bratwürste Stück 30	Geirerfleisch I. Klasse Kochfleisch Pfd. 55 Gulasch Pfd. 80 Schmorfleisch ohne Kn. Pfd. 90	Frischer gek. Schinken 45 n. fetter Speck 85 schneeweiß Pfund

Moderne Kühlanlagen
bürge für stets frische Waren!

Kolonialwaren Kristall-Zucker Pfd. 27 Weizenmehl 5-Pfd.-Btl. 1.08 Kaiser-Auszugmehl 6-Pfd.-Bouteille 1.25 Kaffee, gebrannt 1/2 Pfd. 1.20 Perl-Kaffee unsere Spezialität 1/2 Pfd. 1.25 Rapsdorp-Frühtückchen Pfd. 98 Rakao Pfd. 98 Eier-Rührchen wie Spaghetti Pfd. 65	Butter, Käse Margarine Pfd. 54 Kokosfett, Palmfett 100% Fett Pfd. 58 Amerik. Schmalz Pfd. 76 Vollmilch 1/2 Dose 45 Limburger Käse Pfd. 49 Edamer Käse Pfd. 90 Echter Emmentaler Schweizerkäse Pfd. 1.38 Molker-Butter 1/2 Pfd. 1.00 Allerfeinste Dänische Molker-Butter 1/2 Pfd. 1.10	Wild und Geflügel Puten Pfd. 95 Enten Pfd. 1.20 Rehblätter Pfd. 1.20 Speise-Talg Pfd. 50 Gänse Pfd. 85 Unser Schlager!	Gemüse- u. Obst-Konserven Apfelsmus 2-Pfd.-Dose 68 Pflaumen 2-Pfd.-Dose 75 Birnens. 1/2 Frucht, 2-Pfd.-Dose 1.10 Kirschen 2-Pfd.-Dose 1.45 Reineclauden 2-Pfd.-Dose 1.45 Gemischte Früchte 2-Pfd.-Dose 1.65 Preiselbeeren 2-Pfd.-Dose 1.25 Stachelbeeren 2-Pfd.-Dose 1.10 Pflaumen-Mus 2-Pfd.-Dose 95	Wurstwaren von erstkl. Firmen Landleberwurst Pfd. 85 Speckwurst Pfd. 95 Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfd. 1.18 Fleischwurst mit groß. Fleischstückchen Pfd. 1.25 Jagdwurst Pfd. 1.20 Schwarzfleisch ohne Rippen, deutsche Ware Pfd. 1.25 Schinkenspeck deutsche Ware Pfd. 1.42 Kasseler Pfd. 1.10 Schweinskopf Pfd. 1.30	Erdbeer-Marmelade 98 Spinat 59 Spirituosen - Weine Jamaika-Rum-Vorschnitt 275 Cherry Brandy 295 10 Stok. Holländ. Matjes-Heringe 48 Bäcklinge Pfd. 60 Bund-Aale Dose 45 Gelsardinen Dose 1.00
--	---	--	---	---	--



Telephon. Bestellungen: 709 41.
Verkauf soweit Vorrat.

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Einreichung von Steuerarten und Markenblättern für 1927.

Nach § 58 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 5. September 1926 (Reichsministerialblatt Seite 1186) in Verbindung mit § 8 der Verordnung über die vereinfachte Einreichung der Belege über den Steuerabzug vom Arbeitslohn für das Kalenderjahr 1927 vom 2. August 1927 (Reichsministerialblatt Seite 172) ist jeder Arbeitnehmer, für den im Kalenderjahr 1927 Steuerarten verwendet werden sind, verpflichtet, **zwecks bis zum 29. Februar 1928** seine Steuerarten und die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1927 zum Einliefern und Entwerfen von Steuerarten verwendet worden sind, an das Finanzamt zu übergeben oder zu übergeben, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer zur Zeit der Ablieferung seiner Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

An Stelle der Arbeitnehmer können die Arbeitgeber, Innungen oder ähnliche Berufsvertretungen die Einlieferung und Einlagebogen übernehmen; in diesen Fällen sind die gesammelten Steuerarten und Einlagebogen gemeindeweise geordnet für die Arbeitnehmer nach vorstehenden Ausführungen zuständigen Finanzämtern zu übergeben.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Aufforderung zur Abgabe der Steuerarten und Einlagebogen in ihren Arbeits- und Geschäftsräumen durch Anschlag bekannt zu machen. Die Veröffentlichung zur Bekanntmachung in den Arbeits- und Geschäftsräumen besteht auch für die Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Ueberweisungsverfahren durchführen, da sich unter ihren Arbeitnehmern solche befinden können, für die im Laufe des Jahres von einem anderen Arbeitgeber Marken gefordert worden sind.

Die Veräußerung der Einlieferungsscheine ist mit den im § 377 der Reichsabgabenordnung vorgegebenen Strafen bedroht. Die Einlieferung kann außerdem durch die im § 202 der Reichsabgabenordnung vorgegebenen Strafen erzwungen werden.

Über die eingelebten Steuerarten und Einlagebogen werden vom Finanzamt Empfangsbekundigungen ausgestellt.

Finanzamt Leipzig-Mitte, Leipzig-Süd, Leipzig-Ost, Leipzig-West, Leipzig-Nord und Leipzig-Richtersdorf.

Der Arbeiterführer 1928

gehört mit seinem reichen Inhalt in jede Arbeiterfamilie.

Zu haben in den Buchhandlungen der Volks-Zeitung u. bei den Ausrügern. **Der Verlag Richard Lipinski, Leipzig C 1, Königstr. 12**

Herr Emil Neel beabsichtigt, in dem unter Nr. 24 der Ortsliste für Holzhausen verzeichneten, an der Hauptstr. 41 gelegenen Grundstücke eine **Schmelzschlackerei** einzubauen.

Bemerkung § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekanntgemacht, etwaige Einwände hiergegen, soweit sie nicht auf Verträglichkeit beruhen, bei deren Verlust binnen **14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.**

20 1617
Amtshauptmannschaft Leipzig, am 3. Januar 1928.

Groitzsch. Der bisherige Wachtmeister bei der Landespolizei Herr **Alfred Jänaler** ist am 1. Januar 1928 als Vollzeiterwählter für die Stadt Groitzsch in Wärlitz genommen worden.

Stadtrat Groitzsch, am 4. Januar 1928.

Begau. Öffentliche Stadtverordnetenversammlung, Freitag, den 6. Januar 1928, abends 7 Uhr, Stadtverordneten-Sitzungsaal. Tagesordnung: 1. Wahl des Stadtratsvorsitzenden; 2. Wahl des Schriftführers; 3. Besetzung der Ausschüsse; 4. Einführung neuer Steuern; 5. Aufnahme eines kurzfristigen Kredites.

Der Zeit Rechnung tragend!

Teppiche

Bettvorlagen, Verblinder, Tisch- u. Diwan-Decken
Gute Qualitäten
Enorm billige Preise!
Gutfeld & Linke
Passage Spocks, No. Reichsstraße 4-6

Kranken- und Begräbnisliste für Schmiede und andere gewerbliche Berufe zu Leipzig u. Umgegend

Sonntag, den 15. Januar 1928, vormittags 9 1/2 Uhr, im Volkshaus (Gesellschaftsraum)

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden; 2. Bericht des Kassierers, der Revisoren und Rechnungsprüfer der Kasseneinnahme; 3. Ergänzungswahl der Verwaltung; 4. Wahl der Revisoren; 5. Entschädigung für die Verwaltung; 6. Antrag der Verwaltung; 7. Verlesung des Statutes; 8. Verschiedenes.

Es ist Pflicht, das alle Mitglieder zahlreich und pünktlich erscheinen. Schriftliche Entschuldigungen sind bis Freitag, den 13. Januar 1928, an den Vorsitzenden Oskar Jäger, Reudnitz, Obere Mühlentstraße 8, III, zu richten. Die Verwaltung.

D. R. G. M.
965 690

Warum quälen Sie sich mit Schmerzen in Fuß und Wade?

Kleine's Bandagen bewirken Ihnen, daß der Schmerz sofort behoben ist.

Beratung kostenlos, kein Kaufzwang.

B. Kleine, Leipzig

Superlativ 3 Tel. 31938

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Selker Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig

Gruppenversammlung:
Sonntag, den 7. Januar 1928, 19 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Zulieferer (find nicht zu adressieren an die Redaktion, sondern an d. Erzebr.)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Sau Leipzig Tel. 198 44
Geschäftsstelle: Leipzig, Gallertstraße 79.

Ortsverein Leipzig, Abteilung 2 und 7. Zur Einlieferung unseres Kameraden **Alfred Jung** stellen die Abteilungen Freitag, den 6. Januar, 2 Uhr nachmittags, am Lützenhaus, Fahnen und mitzubringen. Kameraden anderer Abteilungen, die sich für diese Zeit freimachen können, werden gebeten, sich mit zu beteiligen.

Freude und Leid
verkündet Verwandten und Bekannten die **Familien-Anzeige**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Familien-Nachrichten

Die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit übermitteln wir auf diesem Wege unsern Genossen

Bruno Strehlik und Frau
GVD
Ortsverein Alttranstädt

Danksagung.

Die Asche meines entschlafenen Gatten, des Herrn **W. F. Sander**

Bildhauer und Steinmetzmeister

wird in aller Stille auf dem Lindener Friedhofe beigesetzt. — Allen Lieben, die der Trauerfeier bewohnten danke ich sehr. Ebenfalls Herrn Pastor Pietschel für die herzlichen Worte und Herrn H. Oerlin vom Grabmal-Gewerbe-Verband für seine warme Ansprache beim Niederlegen des Kranzes. Innigen Dank allen lieben Hausbewohnern für die gemeinsame Kranzspende, für den Beistand und für die große Rücksicht und Ruhe im Hause während der langen Krankheitszeit. Allen, allen, die mir in Wort, Schrift und Blumengaben Beileid bezogen, meinen großen Dank, den zu sagen auch meinen geschätzten Mitarbeitern nebst Angehörigen mir eine liebe Pflicht ist.

Leipzig W 33, Merseburger-Straße 124, I.
den 4. Januar 1928

Antonie verw. Sander
i. Fa. W. F. Sander



Kristalle, Schnee und Eisblumen

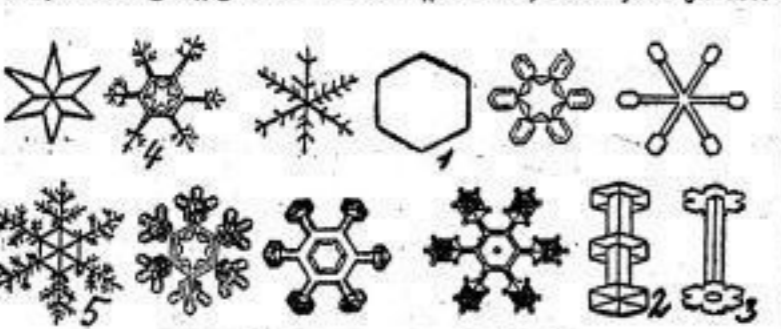
Von Dr. Karl Coste.

Vom Winter sagt ein altes Kinderliedchen mit Recht:

Blumen blüh'n an Fenstercheiben,
Sind sonst nirgends aufzutreiben.

Offenbar hat die „Weltseele“ ununterdrückbare ästhetische Bedürfnisse oder wenigstens den löblichen Drang, die unseren zu befriedigen; nur hat sie versäumt, uns Augen von solcher Schärfe zu schenken, daß wir ihre Leistungen auf dem Gebiet ihrer winterlichen Kunstfertigkeit voll genießen könnten. Erst die Mikrophotographie der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte uns einen Begriff von der geradezu unglaublichen Feinheit und unerschöpflichen Mannigfaltigkeit in den Gestalten der sogenannten Schneekristalle geben, von denen z. B. Bentley allein mehr als 1000 verschiedene Formen photographiert hat. Ich sage „sogenannten“, weil das, was man im Gegenfatz zu der unregelmäßigen Häufung oder Zusammenballung der Schneeflocken als Schneekristalle bezeichnet, eigentlich meist keine einzelnen Kristalle, Individuen, wie die einfache sechseckige Platte (siehe Abbildung 1 „Schneekristalle“ Nr. 1) sind, sondern selbst wieder komplizierte Kombinationen von winzigen Kristallindividuen, die aber nicht beliebig, sondern den Kristallgesetzen gemäß nach bestimmten Winkeln mit einander verwachsen sind und deshalb kristallartige Regelmäßigkeit trotz unendlicher Formverschiedenheit zeigen.

Wir sprechen von Kristallen überhaupt, wenn sich die kleinsten Teilchen (Moleküle) in der Weise nach inneren Gesetzen ordnen, daß sich überall die neuen Teilchen schichtenweise anlagern; sie entstehen aus übersättigten Lösungen, den Mutterlaugen, und können unbegrenzt fortwachsen. Es können aber auch reine Flüssigkeiten wie Wasser durch Abkühlen zu Kristallen erstarren; erstarrte Glasstücke dagegen sind nicht kristallisiert, sondern amorph (gestaltlos). „Kristallglas“ ist nur eine Handelsbezeichnung, die sich auf das durch Schmelzen erzeugte Aussehen bezieht.



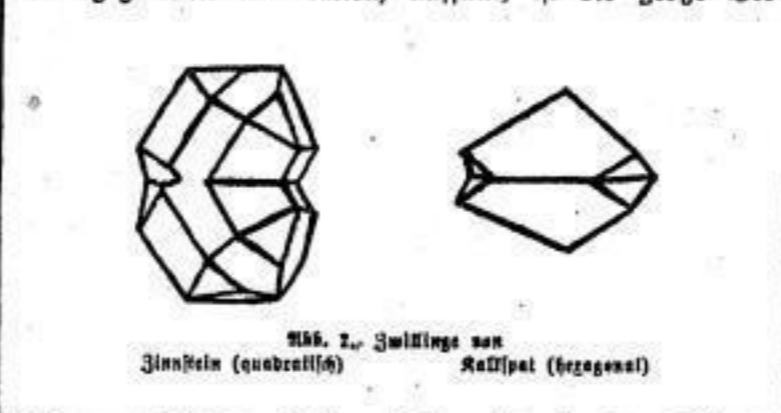
Man unterscheidet nach der Zahl der Symmetrieebenen sechs Kristallsysteme, das reguläre, hexagonale, quadratische, rhombische, monokline und trikline (oder unsymmetrische). Wasser kristallisiert nur hexagonal, und zwar in sechsseitigen Plättchen oder Prismen, wenn es wie bei Schnee und Reif Gelegenheit hat, natürlich begrenzte Individuen zu bilden. Nr. 2 und 3 der Abbildung 1 „Schneekristalle“ zeigt solche Prismen (Nadeln oder Säulen) kombiniert mit Plättchen, wobei ich allerdings bemerken muß, daß der Ausdruck „kombiniert“ hier kristallographisch nicht ganz korrekt ist, da es sich in diesem Falle um eine „Parallelverwachsung“ handelt.

Die Hauptquelle für den Formenreichtum der Schneekristalle ist ihre Neigung zu Verwachsungen, die sowohl parallel als auch in Zwillingform auftreten können. Bei letzterer sind zwei Kristallindividuen symmetrisch zueinander gestellt und haben eine Ebene, die Zwillingsebene, gemeinsam, die immer

eine „kristallonomische“ (gehemmt) genau definierbare Richtung hat; deshalb sind die Köpfe der zwillingsbildenden Kristalle immer in bestimmten Winkeln zu einander geneigt, wie die Abbildung einiger Mineralzwillinge hier erkennen läßt. Siehe Abbildung 2, Zinnstein (quadratisch), Kalkspat (hexagonal).

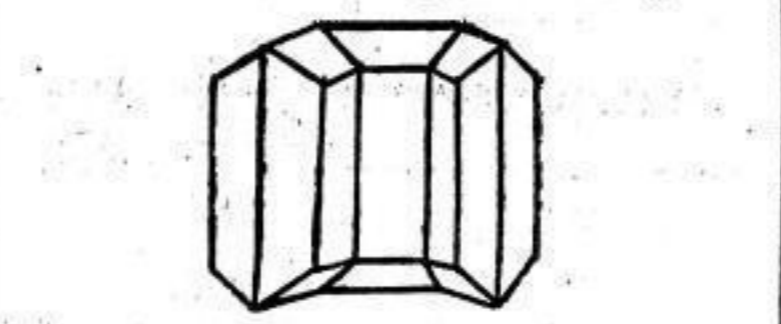
Die Zwillingbildung kann sich natürlich beliebig oft wiederholen, so daß wir von Drillingen usw. sprechen können. Siehe Abbildung 3, Aragonit-Drilling (rhombisch).

An den Schneekristallen sehen wir deutlich, daß z. B. die feinen moosartigen Fiederchen stets die gleichen, dem System eigentümlichen Winkel mit den „Stielen“ bilden; das ist also richtige Zwillingbildung. Was aber, gegenüber den hier wiedergegebenen Mineralien, auffällt, ist die große Verschiedenwertigkeit der Größe und Form der einzelnen Bestandteile: wir sehen an einem kompakten, plättchenförmigen Kern (Nr. 4 und 5 der Abbildung 1 „Schneekristalle“) schlanke Nadeln und an diesen wieder ganz feine Verzweigungen. Das dürfte damit zu erklären sein, daß der Kern während seiner langen und langsamen Reife abwechselnd in Luftschichten gelangt, die an Temperatur, Wasserdampfgehalt, Bestrahlung durch die Sonne usw. verschiedene Bedingungen für die Bildung der sich neu ansetzenden Kristalle bieten. Bei größerer Kälte besteht größere Neigung zur Plättchen-, bei geringerer mehr zur Säulenbildung, und dazwischen liegen alle möglichen Uebergangsformen; aber immer bleibt das gleiche Kristallsystem. Bei genauer Betrachtung der verästelten Strahlen bemerken wir auch, daß zwischen ihnen keine absolute Uebereinstimmung und Symmetrie besteht; sie gleichen sich oft nur im Prinzip des Baues. Außerdem gibt es keine gebogene Linie, was für Kristallisation charakteristisch ist. (Nur wenige Mineralkristalle, wie Diamant und Dolomitpat, zeigen die Unregelmäßigkeit etwas gebogener Ranten.)



Dagegen ähnen die Eisblumen an unseren Fenstercheiben oft in verblühter Treue Pflanzenformen, Algen, Palmwedel, Farne und Moos, nach, und wir sehen oft scheinbar wirklich gebogene Linien, trotzdem die Formelemente wie beim Schnee und Reif echte hexagonale Kristalle sind. Man erklärt das mit einem kleinen Abwärtsgleiten der eben gebildeten

Kriställchen an der glatten und feuchten vertikalen Glasscheibe. Die Luftströmungen dürften wohl auch eine Rolle spielen. Jedenfalls scheint echte Zwillingbildung bei den Eisblumen weniger vorzukommen.



Gerichtssaal

Limonade und Verdauungspulver.

Auf der Kleinmesse sieht man stets an mehreren Ständen Gläser mit roter und gelber Flüssigkeit gefüllt, ausgeteilt. Jeder Mensch weiß, daß die schöne knallrote und quittegelbe Färbung der Limonade künstlichen Ursprungs ist. Aber das Getränk wirkt erfrischend, schmeckt süß und erfüllt so seinen Zweck. Auf der letzten Kleinmesse bot ein Händler das Getränk, wie seine Kollegen und wie bisher üblich, aus. Hinter die Gläser stellte er eine Flasche, deren Aufschrift den künstlichen Extrakt ver kündete, aus dem die Limonade hergestellt war. Ohne es zu wissen, hatte der Mann sich aber strafbar gemacht. Er erhielt einen Strafbefehl über 15 Mark oder 3 Tagen Gefängnis. Vor dem Amtsgericht führte der Sachverständige aus, daß der Händler an seinem Verkaufsstand ein Schild mit der Aufschrift „Kunstlimonade mit künstlichem Süßstoff“ anbringen mußte. Auf dieses Gutachten hin wurde der Händler zu 15 Mark Geldstrafe oder 3 Tagen Gefängnis und den Kosten verurteilt.

Fünf Minuten später sah an seiner Stelle der Doktor und Apotheker Haltenhoff auf der Anklagebank. Haltenhoff hat die Salomonapothek in der Grimmaischen Straße, deren Leiter er ist, auf den Namen seiner Frau schreiben lassen. Er hatte gegen eine Verordnung vom 14. Juli 1903 gesündigt. Im Herbst 1927 hatte er in den VPM ein Inserat erscheinen lassen, in dem ein angeblich nur allein bei ihm erhältlich Verdauungspulver angepriesen wurde, das Magenbeschwerden, Magenkrampf, Sodbrennen usw. überraschend schnell beseitigen sollte. Haltenhoff erhielt einen Strafbefehl über 30 Mark oder 6 Tagen Haft, da in der Anpreisung eine Irreführung des Publikums erklart wurde. In der Hauptverhandlung führte der Sachverständige, der Stadtmedizinalrat Marloth aus, daß das harmlose Pulverchen natürlich niemals allen Magenbeschwerden abhelfen könne. Das Publikum müsse das Inserat aber verallgemeinert auffassen, so daß das Pulver auch in den Anfangsstadien von Magenbeschwerden und sogar Magenkrebs als Heilmittel begehrt werde. Außerdem seien die Inserate Haltenhoffs wiederholt durch Anpreisungen aufgefallen, die mehr versprochen, als zu halten möglich war. Jetzt habe man endlich einmal zugreifen müssen. Der Staatsanwalt beantragte 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Haft. Doch das Gericht sprach den Apotheker kostenlos frei, da er in dem Inserat nicht ausdrücklich von allen Magenbeschwerden gesprochen habe.

Man vergleiche die beiden Urteile gegen den Proletarier und den Standesgenossen. Weiter beachte man den feinen Unterschied: der schwer um seine Existenz kämpfende Händler erhielt für eine Lappalie 15 Mark oder 3 Tage Gefängnis, der reiche Herr Doktor für wiederholte Irreführung nur 30 Mark oder 6 Tage Haft, die ihm nur noch im Gegenfatz zum Proletarier ganz erlassen wurden! Man vergleiche, beachte und ziehe eine Schlussfolgerung! E. K.

Stundfunkprogramm

Leipzig.

Freitag, den 6. Januar. Unterhaltung und Belehrung. 10.30 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterbericht und -vorausage (Deutsch und Esperanto), Schneebefichte und Wasserstands-meldungen. 12 Uhr: Mittagemusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox A.-G., Berlin. 12.55 Uhr: Manneke Zeitgeiden. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15-15.30 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt. (Von 17-18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) 16.30-18 Uhr: Deutsche Hausmusik im 18. Jahrhundert. Mitwirkende: Käthe Grundmann (Gesang), Alren Antulkin (Violoncell), Fritz Weikmann (Klavier). Flügel: Blüthner. 18.30-18.55 Uhr: Deutsche Belle, Berlin. Studentat Friebe und Rektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 19 bis 19.30 Uhr: Prof. R. Stübe: Die Welsen aus dem Morgenlande. 19.30-20 Uhr: Dr. Ernst Dabko: „Openregie“. 20 Uhr: Wettervorausage, Schneebefichte und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Tönende Operngeschichte. Ein historischer Ueberblick von Wilhelm Hühig und Alfred Spendrei. 4. Abend: „Alkestis“ von Christoph W. Gluck. Musikalische Tragödie in 3 Akten. Dichtung von Raniero de Calzadiga. Nach der italienischen Urfassung von 1787 Uebersetzt von Hermann Albert. Dirigent: Alfred Spendrei. Personen der Handlung: Apollon, Hans Fret, Admetos, König von Thebalien, Adolf Dimano (Berlin). Alkestis, seine Gemahlin, Eva Graf, Eumelos, Aspasia, ihre Kinder, Euandros, Albrecht Linke, Ismene, Charlotte Kunde. Der Oberpriester des Apollon, Gerhard Münzer. Frauen der Alkestis, Priester, Tempeldiener, ein Herold, Volk. Gottheiten der Unterwelt. Chor: Die Leipziger Oratorien-Vereinigung. (Textbücher durch die Musik erhältlich.) 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 Uhr: Tanzlehrkursus: Charleston. 22.30-24 Uhr: Tanzmusik. Feunex-Freundenberg-Dorchester.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulaille.

„Wenn sie zurückkommen, wenn sie zurückkommen, wenn alle wieder da sein werden, wird die Zahl sie erdrücken, wird man ihnen seinen Willen aufzwingen, den Willen der Zahl. Da wird's heiß hergehen, man wird verdienen... Man muß leben.“
„Zu viel Mangel hat man gestitten und zu lange. Noch jetzt magt man nicht, in den Streit zu treten, noch ist man nicht zahlreich genug... aber sie werden wiederkehren, unzufrieden werden sie wiederkehren, und dann wird man der anderen spotten. Dann wird vielleicht unsere Herrschaft beginnen...“
„Alle hatten diese Hoffnung auf wahnsinnige und herrliche Ereignisse. Der Aufstieg der Armen. Die Herrschaft der alten Hungerleiber.“
„Es würde keine Elenden mehr geben. Das Elend würde für immer tot sein... Der Krieg war doch zu etwas nütze gewesen... Aber... die Zeit vergeht und nichts geschieht... Die Zeit rät die Dinge wieder auf ihren alten Platz, wischt die Träume weg, ohne sich etwas anmerken zu lassen — und man erinnert sich nicht einmal mehr, daß man an so hoffvolle Dinge gedacht hatte.“
„Wenn sie zurückkommen, wenn sie zurückkommen!“
Die armen Kerle werden auch jetzt noch unter dem Befehl von Borgesehten gedrückt, die Stammsäfte der Truppenanmeldeplätze sind, und die sie (oft!) niemals vorher gesehen hatten.
Sie würden sofort ordentlich zupacken, dachte man. Sie würden sich nicht fürchten und gute Arbeit tun.
Es gab welche, die ohne Ironie lächelten. Sie lächelten bitter und ohne Vertrauen, denn sie waren schon seit Monaten zurückgekehrt, seit Jahren schon, mit dem Gedanken etwas zu tun, und sie hatten nichts getan.
Sie hatten vor sich selber die Entschuldigung, daß sie nichts Großes leisten konnten mit einer Hand, einem Arm oder mit einem von den Golen beschädigten Brustkasten.

Borwände... nur Borwände, jetzt mußten sie das wohl. Mut hatte ihnen gefehlt.
Vor allem waren sie so müde heimgekehrt!
Sie hatten sich mit einmalm wieder zu Hause befunden, hatten ihre alten Kleider wieder angezogen, und das ganze Leben brandete um sie herum. Die Thüren waren da... alles, was früher ihre Freude gewesen.
Da... nahm sie diese Wiederanpassung an das Leben völlig gefangen, diese neue Luft am Leben, die ihnen kam, während die Gefährten draußen sich weiter die Schädel einschlagen lassen mußten. Man fühlte, wie es — trotz allem — gut tat, zu leben. Die andern... ja, die andern... Ah! um so schlimmer für die andern! Sie hatten ihre alten Stellen wiedergefunden oder eine neue angenommen. Sie hatten sich entschlossen, sehr brav zu bleiben. Da sie während des Krieges zurückgekommen waren, hatten sie nicht zu sehr unter Arbeitsmangel zu leiden gehabt. Demals wagte man nicht, sie ohne Verdienst zu lassen. Das hätte böses Blut gemacht. Schuldete das Vaterland seinen Helden nicht Dank?
Die Helden!
Der Ruhm, mit dem man sie umgab — ein Phrasenruhm! — verhinderte, daß man den Kermel leer schaukeln, den Holzkumpf läß steif vorstrecken sah, als wollte er jemandem ein Bein stellen. Alles das verblüht im Nebelganz der Strahlenkrone.
Sie hatten also ihr Los angenommen... Sie waren frei.
Warum hätten sie die Bösen spielen sollen? Wenn man jedoch in ihrer Gegenwart von dem redete, was geschehen würde, wenn die andern wieder zurückkehrten, zeigten sie ein trauriges Lächeln, denn sie bezweifelten, daß ihre Heimkehr irgendetwas ändern würde... Auch jene würden nur zu froh sein, wieder zu der Zahl der Lebenden zu gehören. Ah! Was klümmerten sie sich um die Fragen nach einem „besseren Leben“, in ihrer Freude, überhaupt noch ein Recht auf das Leben zu haben, nachdem sie so lange mit dem Tode Versteht gespielt hatten. So lange in seinen Klauen gewesen und ihm entgangen zu sein, plötzlich sich sicher zu fühlen, nichts mehr fürchten zu müssen: was konnte dazwischen noch von Wert sein?
Die Greise, die Frauen, die jungen Leute, alle, die nicht am Kriege teilgenommen, also nichts gekannt hatten von seinen Anstrengungen, seinem Elend — nur diese allein konnten noch glauben, daß sie imstande sein würden, im Verein mit den neu Heimgekehrten das zu tun, was sie selber bis dahin nicht einmal versucht hatten.

Magneux hatte einen Brief von einem Freunde erhalten, der Apothekergehilfe wie er war. Er kannte ihn von früher, und der Zufall hatte es gefügt, daß er ihn wiederfand, als er auf Urlaub gewesen.
Dieser Kerl schrieb ihm nun:
„Man erwartet euch... Die Arbeitgeber haben während des Krieges alle, die sie beschäftigten, in gemeinster Weise ausgenützt. Außer den Facharbeitern vielleicht, den Fabrikarbeitern und einigen andern, haben wir in diesen Jahren alle viel gelitten. Ich weiß wohl, ihr da draußen habt noch schlimmeres Elend gehabt, aber, mein Lieber, was man euch bei eurer Rückkehr anbieten wird, wird Notdurft sein und Hungerlohn.“
„Werdet ihr das annehmen? Uns hat man zur Annahme gezwungen. Was sollte man tun?... Was hätte man tun können? Man hätte uns sofort entlassen, du verstehst mich.“
„Ich glaube, daß es im pharmazeutischen Beruf noch schlechter ist als anderswo, vielleicht ist ein Haufe Fremder gekommen, die um der Ehre willen arbeiten, um das Handwerk zu erlernen. Daher müssen die, die keinen großzügigen Chef haben, sich mit einem mittelmäßigen Verdienst begnügen.“
„Werdet ihr imstande sein, euch Achtung zu verschaffen,“ fragte er hinzu, nachdem er noch Einzelheiten ihres Berufs erzählt hatte, „werdet ihr zupacken?“
Magneux jubte die Köpfein.
„Ah, jawohl, man würde zupacken!“
„Er dachte es, — besser... er war dessen sicher!... Zeit so vielen Jahren hatte man den Mund halten müssen... Ah! ihn aufmachen können!“
„Wartet, man wird ihn schon aufmachen...“
Die Tage waren lang. Man mußte nicht, was man tun sollte. Noch immer Soldaten, und doch keine Soldaten mehr. Man verfuhrte, sich ganz freizumachen, schon bevor man demobilisiert wurde; aber da waren die Offiziere, die immer noch „Dienst“ wünschten und verlangten, daß alle Anforderungen des „Dienstes“ (denn das gab ihnen ihre Daseinsberechtigung) beachtet würden.
Alle Tage wurde Bericht erstattet, wurde ein bißchen exerziert, und die Fron war weiter die eiternde Wunde dieses verwünschten Handwerks. Die jüngsten Klassen waren im besetzten Gebiete und also auch nicht frei... (Fortsetzung folgt.)

„Edamer — aber nicht aus Edam

Im Weltzentrum des Käsehandels.

Die Geschichte fängt damit an, daß Edamer Käse ebenso wenig aus Edam ist wie Russische Eier aus Rußland und Italienscher Salat aus Italien.

Gen Altmaar jedoch sollen die überfüllten Jüge an jedem Freitag, gen Altmaar laufen die Autos und die Fahrräder, gen Altmaar stampfen die Vergnügungsdampfer und Zillen durch die Kanäle des Landes.

Es hat sich bereits herumgesprochen. Und jetzt ist der Markt in Altmaar nicht nur dazu da, um Käse zu verkaufen — er ist speziell Tummelplatz der Engländerinnen, Amazonen der Kamera.

Altmaar ist — trotz Käsehandels oder gerade deswegen — eine stolze, eine konservative Stadt.

Drei Clowns, in der ganzen Welt berühmt, aber seit dem Kriege nicht in Deutschland gewesen, Paul, François und Albert Fratnelli, sind in Berlin, wo sie zuletzt waren, ehe sie für die erste Januarhälfte in das Varieté des Leipziger Kristallpalastes kamen, gefragt worden, was sie sich zum Neuen Jahre wünschen.

Man möchte diesen Markt für eine Farce halten, für ein niedriges Mittel zur Hebung des Fremdenverkehrs, für eine bedeutungslose Poffe — wüßte man nicht, daß an einem solchen Tag 300 000 Kilogramm Käse verkauft werden, lähe man nicht, daß diese schönen symmetrischen Käseberge in wenigen Stunden restlos verschunden sind.

Die Altmaarer Marktbesucher leben zusammen und wohnen zusammen, sie haben ihre eignen Gesetze und Verordnungen und trinken ein eigens für sie gebrautes Bier, tagen in ihrem besonderen Klubhaus — kurz: sie bilden die Spitze der Gesellschaft.

Die Altmaarer Marktbesucher leben zusammen und wohnen zusammen, sie haben ihre eignen Gesetze und Verordnungen und trinken ein eigens für sie gebrautes Bier, tagen in ihrem besonderen Klubhaus — kurz: sie bilden die Spitze der Gesellschaft.

Jur Oper „Jonny spielt auf“

(Freitag, den 6. Januar, im Neuen Theater fürs ABZ.)

Mit diesem Werk hat Ernst Krenek wirklich eine Oper fürs Publikum geschrieben, d. h. eine Oper, die jedem Menschen von heute verständlich ist.

Da ist vor allem der Negger Jonny, unbefleckt von europäischen Traditionen und Gelesen. Ein Jazzmusiker, der alle Instrumente, Geige, Banjo, Polkaone, Saxophon spielt, der zum Dieb wird und das wertvolle Instrument des Violinvirtuosen Daniello stiehlt.

Dieses ist der Kern der Handlung, darum schlingt sich ein zweite, ebenfalls abgeschlossene Handlung, deren Träger der Kom-

ponist Max, die Sängerin Anita, der Geiger Daniello und das Stubenmädchen Yvonne sind. Max, ein erster Künstler, der aber in seiner Arbeit keine Befriedigung findet, sucht in der Gletscherwelt Kraft und Halt.

Von der kindlichen Kunst

Drei Clowns, in der ganzen Welt berühmt, aber seit dem Kriege nicht in Deutschland gewesen, Paul, François und Albert Fratnelli, sind in Berlin, wo sie zuletzt waren, ehe sie für die erste Januarhälfte in das Varieté des Leipziger Kristallpalastes kamen, gefragt worden, was sie sich zum Neuen Jahre wünschen.

Die drei sind also beim Wünschen ganz in ihrem Stil geblieben François als der Geheulte und die beiden anderen als die Dummen. Aber es ist auch ein besonders edler Clownsgeist an und für sich, an dem man das Wesen jener besonderen Art von Komik, von sozusagen handgreiflichem Humor nachweisen kann.



Drei berühmte Clowns Paul, Albert und François Fratnelli. Zeichnung von Max Schimmer.

alberne Gewissenfrage, mit der es zumal unter Angehörigen höherer Generationen üblich war, die kleinen Kinder zu quälen. „Wenn du eine so schöne große Apfelsine hältest, würdest du dann deiner lieben Mutti davon abgeben?“

raubt, um den sie sich anscheinend bewarben. Sie wollten bloß ein bißchen abhaben, wie die „hohe gute Mutti“ aus der pädagogischen Sprechstunde.

In dieser Art ist eigentlich alles, was die großen Clowns miteinander betreiben: Wenn ihr nicht werdet wie die Kleinen, so werdet ihr nicht in das Himmelreich der unbeschwernten Lustigkeit gelangen.

Die heitere Selbstverständlichkeit eines unbekümmerten Kindes ist es eben, die alle die uralten Späße erst so schön und wahrhaftig klassisch macht.

Die echte Lustigkeit der Clowns von gestern, von heute und von morgen hat einen philosophischen Einschlag, und enthält zugleich eine für uns äußerst fruchtbare Propaganda.

Kleine Chronik

Varieté Drei Linden. Hier scheint man im laufenden Monat ganz besonders weibliche Grazie wirken lassen zu wollen, denn reich ist sie vertreten.

Neues Theater. Das Schauspiel bereitet gegenwärtig die Aufführung von Bruno Frants erfolgreichem Schauspiel „3 w 3 i t a u f e n d“ und die Uraufführung von Hans Koffes Komödie „Der brennende Stall“ vor.

Neues Theater. In Vertretung von Janny Cleve, die eingeladen worden ist, an der Berliner Staatsoper als Donna Anna in dem neuinszenierten „Don Juan“ zu gastieren,ingt hier Sonntag, den 8. Januar, die Leonore im „Aroubadour“ Kammer-

Simschau

In einer breitgespielten Poffe stellt sich Gustav Schünzel wieder einmal vor: Gustav Wond, du geist so klug. Volkstümlicher Witz, der sich infolge vieler unheimlicher Situationen im Texte ausspricht, läßt manchen Mangel übersehen und verschafft dem Filme zumindest den Erfolg heiterer Unterhaltung.

Eine echt amerikanische Ehrenrettung für die Polizei soll es sein, wenn Richard Talmadge auf Nachtpatrulle geht. Die Fabel, wie der Polizei-Sergeant aus purer Nächstenliebe tapfer ist und einen jungen Menschen aus den Händen zweifelhafter Ehrenmänner befreit, ist etwas strapaziert und geübt.



Vom Bezirksauschuss Der Bahnbau Böhlen-Leipzig

In der ersten Sitzung, die der Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig im neuen Jahre abhielt, konnte der Amtshauptmann Dr. Bähler mitteilen, daß am 5. Januar beim Reichsverkehrsminister wegen des Bahnbaues Böhlen-Leipzig eine Besprechung stattfindet, an der Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministeriums, ein Vertreter der Stadt Leipzig sowie der Amtshauptmannschaft teilnehmen werden. Nicht ausgeschlossen ist, daß auch der zuständige preussische Landesoberpräsident eine Einladung erhalten hat. In der Besprechung müsse endlich Klarheit darüber geschaffen werden, wer die Bahn bauen soll. Als Vertreter der Amtshauptmannschaft wolle er dahin wirken, daß der Bezirk von der Verpflichtung entbunden wird, das für den Bahnbau notwendige Land unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Eine Bezeichnung des enteigneten Landes müsse erfolgen, dann könne die Garantieverpflichtung mit übernommen werden. Die Erfüllung einer solchen Forderung erscheine um so eher geboten, als doch in erster Linie die Reichsbahn selbst, die doch um den Umbau des Bahnhofes Böhlitz nicht herumkommt, an dem Projekt besonders

interessiert ist. Auch der Freistaat Sachsen und die Stadt Leipzig sind an dem Bahnbau Böhlen-Leipzig stärker engagiert als der Bezirk. Aus diesem Grunde müsse für letzteren eine möglichst geringe Beteiligung durchgesetzt werden. Ueber den Verlauf der Verhandlungen in Berlin, die ja nicht abschließend sind und deren Ergebnis noch der Zustimmung der zuständigen Stellen bedürftig ist, wird in besonderer Vorlage berichtet werden.

Einem Vertrag zwischen der Stadt Leipzig und der Gemeinde Döhlitz-Marktleiberg, wonach letztere verpflichtet ist, die Straßenbahn von Döhlitz bis Marktleiberg durchzuführen, wird unter den von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt. Aus den Worten des Amtshauptmanns war zu entnehmen, daß es sich um eine Verlängerung von 800 Meter der in Döhlitz endenden Straßenbahnlinie 12 handelt. — Eine Beihilfe in Höhe von 350 Mk. wurde an die Gärtnereigentümergenossenschaft oberhalb Leipzigs zu den Kosten der Dammbauarbeiten in Bösdorf gewährt. — Auf ein Gesuch der Gemeinde Markwitz um Gewährung einer Beihilfe zu den auf 3500 Mk. veranschlagten Kosten für die Verichtigung eines Entwässerungsgrabens werden 600 Mk. vom Bezirksauschuss bewilligt. — Gegen die vier Stimmen der Linken, die betont, daß der Bezirksverband gerade zur Zeit alle verfügbaren Mittel für Unterhaltungen der Bedürftigen verwenden muß, wird eine höhere Beteiligung des Bezirksverbandes bei der Sächsischen Luftverkehrsgesellschaft A.-G. in Dresden beschloffen. — Dem Wegebauauschuss wird ein Gesuch der Gemeinde Großstädteln um Gewährung einer Wegebeihilfe für die Döhlitzer Straße überwiesen.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung wurde vom Genossen Kehrige beantragt: a) bei der Reichs- und Länderregierung gegen die Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 2. Dezember

1927 zu protestieren, wonach die Wartezeit für Arbeitslose in bestimmten Fällen auf zwei resp. drei Wochen heraufgesetzt wird und ihre sofortige Aufhebung zu fordern; b) die von der Verordnung betroffenen Erwerbslosen nach Maßgabe ihrer Bedürftigkeit so lange aus Fürsorgemitteln zu unterstützen, bis die Verordnung aufgehoben wird.

Genosse Kehrige begründete kurz diesen Antrag und wies auf die schlimmen Folgen hin, die diese Verordnung des Präsidenten für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung schon jetzt unter den Saisonarbeitern auslöst und hat deshalb, daß der Bezirksauschuss einstimmig vorgenanntem Antrag zustimmen möge. Der bekannte bürgerliche Dr. Peters aus Döhlitz-Marktleiberg hatte für diesen Antrag zunächst kein Verständnis und bezeichnete denselben als einen papierenen Protest. Nachdem ihm schließlich sogar von dem Amtshauptmann klar gemacht wurde, wie falsch seine Auffassung sei, entschloß er sich, mit seinen Parteifreunden dem Antrag zuzustimmen, der somit einstimmig angenommen fand.

Wiederlich. Bevölkerungsvorgänge für das Jahr 1927. Eheschließungen fanden 27 gegenüber 19 im Vorjahre statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 62, davon 34 Knaben und 28 Mädchen. Totgeborenen sind 3 erfolgt. Im Vorjahre waren es 46 Lebendgeborene. Gestorben sind 21, darunter 4 Kinder unter 1 Jahre. Unter den Gestorbenen befinden sich 14 männliche und 7 weibliche Personen. Im Vorjahre waren es 12 (6 männliche und 7 weibliche) Personen, darunter 3 Kinder unter 1 Jahre. Von den Sterbefällen ereigneten sich 11 in den Monaten Januar, November und Dezember, und nur 10 in den übrigen 9 Monaten. 4 Sterbefälle sind auf Unglücksfälle zurück-



von nur Seit Jahren erfreut sich unsere das Beste
Schlachtvieh 1. Klasse hiesiger Schlachtung.
 Fleisch-Abteilung der Gunst der Hausfrauen, weil wir stets den größten Wert darauf legen und immer nur das Beste zu bringen
 und so wird es auch in Zukunft bleiben.

Pa. Schweinefleisch

Bauch Pfund	85
Keule Pfund	95
Kamm Pfund	1.05
Rücken Pfund	1.10
Gehacktes Pfund	1.10
Schmer Pfund	95
Rückenfett Pfund	90
Eisbein Pfund	78
Köpfe Pfund	45
Knochen Pfund	40

Kasseler Rippenspeer Pfd. 1.30

Pa. Hausmacher- Wurstwaren

aus eigener Wurstküche

Leber- u. Blutwurst	¼ Pfd.	35
Jagdwurst	¼ Pfd.	35
Mortadella	¼ Pfd.	35
Presskopf	¼ Pfd.	40
Sardellenleberwurst	¼ Pfd.	40
Trüffelwurst	¼ Pfd.	45
Knackwurst	¼ Pfd.	35
Metiwurst	¼ Pfd.	35

Pa. Mastkälber-Fleisch

Keule Pfund	1.35
Kamm Pfund	1.25
Brust Pfund	1.20
Pfefferfleisch Pfund	1.00
Schnitzel Pfund	2.20
Nierenbraten Pfund	1.35
Wickelbraten Pfund	1.35
Haxen Pfund	85

Pa. Lamm-Fleisch

Keule Pfund	1.30
Rücken Pfund	1.20
Schulter Pfund	1.15
Bauch Pfund	1.10

Jeden Dienstag aus frischen hiesigen Schlachtungen
Rindsleber :: Kalbsleber :: Flecke
Kalbsgekröse :: Kopffleisch
Kalbsfüße :: Frische Schweinsköpfe
Dickbeine

zu den jeweils niedrigsten Marktnotierungen

Gefrier-Fleisch

Rindkochfleisch	Pfund	65
Braten Pfund	1.10
Rouladen Pfund	1.20
Gulasch Pfund	90
Gehacktes Pfund	75
Hammkeule Pfund	1.00
Hammrücken	Pfund	95
Hammleib Pfund	85

Pa. Mastochsenfleisch

Kochfleisch Pfund	1.10
Querrippe Pfund	1.15
Hoherippe Pfund	1.25
Bratenfleisch	o. Kn. Pfund	1.35
Rouladen Pfund	1.45
Goulasch Pfund	1.20
Lende Pfund	2.20
Roastbeef Pfund	2.00
Zunge Pfund	2.20
Gehacktes Pfund	1.00

Pökelkamm . Pfund 1.05

Pa. Hausmacher- Wurstwaren

aus eigener Wurstküche

Zungenwurst	¼ Pfd.	45
Polnische	¼ Pfd.	35
Knoblauchwurst	¼ Pfd.	30
Rauchfleisch	¼ Pfd.	35
Schinkenspeck	¼ Pfd.	40
Roh. Schinken	¼ Pfd.	55
Gek. Schinken	¼ Pfd.	55
Diverse Braten	¼ Pfd.	60

KAUFHAUS BRÜHL

zuführen. Es entfallen auf 1000 Einwohner 20, 6 Geburts- und 7 Sterbefälle.

Eilenburg. Der Gasvergiftungsunfall in der Eckstraße, wobei 4 Personen in das Krankenhaus eingeliefert wurden, hat seine Aufklärung gefunden. Die in der Straße liegende Gasleitung hat einen Riß bekommen, aus dem dann das Gas in die Kanalisation strömte und dann in das Haus eintrat. Die vier Opfer blieben in den nächsten Tagen wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Bei der Fremdenlegion gelandet. Der Kraftwagenführer Eduard Vogt von hier reiste Ende November zu Verwandten nach Köln, die ihm eine Stelle als Kraftwagenführer besorgt hatten. Am 1. Dezember sollte Vogt seinen Dienst antreten, was aber nicht geschah. Trotz eifriger Nachforschungen war aber keine Spur von ihm zu finden. Dieser Tage erhielten seine Eltern und Geschwister eine kurze Nachricht von ihm, daß er in der Fremdenlegion sei.

Die geröntgte Mona Lisa

Eine weltberühmte Schöne der Renaissance, die Gioconda, deren geheimnisvolles Lächeln auf dem Meisterwerke Leonardos durch die Jahrhunderte strahlt, ist wieder einmal um ihre Rüste befragt worden, und zwar diesmal mit den modernsten Mitteln der Technik, mit Röntgenstrahlen, ultravioletten Strahlen usw. Aber sie hat die Prüfung bestanden. Es ist tatsächlich die echte Mona Lisa. Seit Leonardos Werk nach jenem aufsehenerregenden Diebstahl im Jahre 1913 wieder in den Louvre zurückgebracht war, ist das Gerüchte nicht verstummt, daß man statt des echten Werkes eine Kopie zurückgebracht habe. Ein so hervorragender Kunstgelehrter, wie der verstorbene Gustave Geffroy, vertrat diesen Standpunkt, und verschiedene Kenner meinten, dem Bilde fehle das durchsichtige Rot der Lippen, das das Originalporträt besitze. Es sei viel dunkler als das einst gefühlte Bild. Ein Kunsthändler holte sogar aus seinem Keller eine der vielen Kopien hervor und verhoffte sich eine Eintagsfliegenart durch die Behauptung, sein Bild sei das echte.

Die Direktoren des Louvre haben diesen Behauptungen stets entgegengehalten, daß die Photographie der Mona Lisa, die kurz vor dem Diebstahl aufgenommen wurde, bei starker Vergrößerung deutlich die Risse und Einbrüche zeigt, die man als „Fingerabdrücke“ bezeichnet, und dieselben Risse finden sich ganz genau so auf dem Bild, das aus Italien zurückkehrte. Wie wichtig aber ganz genaue wissenschaftliche photographische Aufnahmen sind, hat sich gerade in diesem Falle herausgestellt, und so hat der Direktor des Louvre-Museums, Henri Verne, den Entschluß gefaßt, sämtliche wichtigeren Bilder dieser hervorragenden Gemäldesammlung den modernsten wissenschaftlichen Prüfungsverfahren zu unterwerfen. Es werden von all diesen Kunstwerken Aufnahmen mit Röntgenstrahlen, ultravioletten Strahlen und mikrophotographische Aufnahmen gemacht.

Wir unternehmen diese Arbeit zu einem doppelten Zweck, erklärte Verne, „der Louvre wünscht, die Geschichte aller seiner Bilder genau zu kennen, sodann sind aber auch solche genauen Aufnahmen unserer Schätze notwendig, damit sie zweifelloso identifiziert werden können. Wenn wir solche Photographien von einem Bilde haben, kann uns niemand betrügen.“ Die Röntgenstrahlen und die ultravioletten Strahlen offenbaren jede einzelne Malfahrt, die Beschädigungen, Veränderungen und Hinzufügungen, die in späterer Zeit gemacht worden sind. Was wird dabei herauskommen? Wie viele von den 9000 Bildern werden sich als ganze oder teilweise Fälschungen herausstellen? Die Direktion des Louvre wird vor manche schwierige Frage gestellt werden, denn es kann sich dabei um riesige Werte handeln, und Verne erklärt, daß man über die Ergebnisse zunächst stillschweigen bewahren werde.

Das erste Bild, das untersucht wurde, war Leonardos Mona Lisa. Das Gemälde wurde ganz im geheimen, an einem Tage, an dem die Sammlung geschlossen war, in das Laboratorium des Obersten Fernand Cellerier, gebracht, der die technische Untersuchung des französischen Staates leitet. Das Studium der Pigmente unter den verschiedenen Strahlen ergab einwandfrei, daß sie aus der Zeit um 1500 stammen, in der die Mona Lisa gemalt wurde; es kann sich also um keine Kopie aus späterer Zeit handeln. Die neueren Aufnahmen haben auch zum erstenmal erwiesen, daß mit dem Werk keine einzige Veränderung vorgenommen worden ist, seit es vollendet wurde. Man konnte genau erkennen, daß Leonardo selbst den Entwurf vielfach geändert hat. Das stimmt aber durchaus mit den geschichtlichen Tatsachen überein, denn der Meister hat an dem Bild vier Jahre gearbeitet, und da er stets sehr schwer zu befriedigen war, hat er vielfach daran geändert. Die genauen Mitteilungen darüber sollen noch veröffentlicht werden, sowie eine ganze Anzahl von Ergebnissen, die es als ganz sicher erscheinen lassen, daß das Gemälde des Louvre wirklich jenes Meisterwerk ist, das unter den Händen Leonardos entstand.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Hammelfleisch mit Weißkohl und Kartoffelknödeln 80 Pf. Gef. Schweinebraten m. Kartoffeln 1.20. — Morgen: Austern mit Zimt und Zucker 40 Pf. Gansch Hammelknochen mit Klößen 1.25. Elsbain mit Meerrettich und Klößen 2.00

Internationaler Margarinetrust

Dem Mitteilungsblatt der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter entnehmen wir die folgende Abhandlung.

Die beiden großen niederländischen Margarinetrustra Jürgens und von den Bergh, die ausgedehnte internationale Beziehungen haben und auf dem europäischen Markte herrschend sind, sind zu einer Interessengemeinschaft zusammengefaßt worden. Es ist eine niederländische Gesellschaft, die „Niederländische Vereinigung Margarino Unie“, gegründet worden, die die im Besitze der beiden internationalen Gruppen befindlichen Aktien holländischer Unternehmungen vereinigt. Andererseits wird die ebenfalls neugegründete Holdinggesellschaft „Margarino Union Ltd.“ die Aktien der britischen Spitzengesellschaften der beiden Konzerne befehlen. Das Aktienkapital der beiden neuen Gesellschaften wird über 75 Millionen holländische Gulden betragen.

Die neue holländische und englische Gesellschaft werden einen überwiegenden Teil der europäischen Margarindindustrie in allen Stadien der Produktion kontrollieren. Die Vereinigung der verschiedenen Interessen wird durch gemeinsamen Ankauf der Rohstoffe und eine gemeinsame Verkaufspolitik auf die Ausschaltung der Konkurrenzkämpfe hin tendieren. Ziel dieser Interessengemeinschaft wird vor allem die Stabilisierung der Preise sein.

Das Verfahren, einen billigen Ersatz für Butter auf Grundlage tierischer Fette herzustellen, wurde 1869 vom französischen Chemiker Mège-Mouries herausgefunden. Schon 1871 erwarb der holländische Buttererzeuger Anton Jürgens das Verfahren und errichtete in Dordrecht die erste Margarinfabrik. 1873 erbaute im gleichen Ortchen der Butterhändler Simon van den Bergh eine zweite Fabrik. Das waren die Anfänge der beiden Großkonzerne von heute. Um die Jahrhundertwende gelang es, Margarine auch aus pflanzlichen Fetten herzustellen. Damit erst war die Möglichkeit der Entwicklung der Margarindindustrie zu der heutigen Bedeutung gegeben.

Beide Konzerne haben trotz vieler Unterschiede und Gegensätze im allgemeinen eine ähnliche Entwicklung durchlaufen. In einem Orte entstanden, haben sie bald über die niederländischen Grenzen hinausgewirkt und Fabriken im Ausland, speziell in Deutschland und England, gegründet und sich auch auf die Oel-, Seifen- und Kerzenindustrie ausgedehnt.

Für die Ausdehnung nach England sprachen bei van den Bergh ursprünglich finanzielle Erwägungen. Da in Holland damals schwer Kapital zu beschaffen war, wurde 1890 das Unternehmen in eine englische Gesellschaft, die Van den Berghs Ltd., umgewandelt. Die Ausdehnung der Betriebe führte aber zur Gründung einer besonderen Gesellschaft in Holland, der späteren Holländischen Vereinigung tot Exploitatie van Margarinefabrieken, der die Auslandsinteressen unterstanden. Als unter dem Einfluß des Weltkrieges, während die holländische Margarineausfuhr von 90,5, 70,75 und 80 Millionen Kilogramm in den Jahren 1912 bis 1914 auf die nicht wieder erreichten Zahlen von 180, 165 und 146 Millionen Kilogramm für 1915 bis 1917 hinaussank, die holländischen Betriebe immer wichtiger geworden waren, wurden sie in den N. V. Van den Berghs Fabrieken, Rotterdam, zusammengefaßt.

Heute ist also der Konzern dreigliedrig: neben und teilweise unter der alten Veltgesellschaft Van den Berghs Ltd. stehen die Van den Berghs Fabrieken (holländische Interessen) und die Holländische Vereinigung (kontinentale Interessen). Vor kurzem erfolgte die Angliederung des bekannten Großkonzerns Liptons Ltd. gemeinsam mit der viele Interessen besitzenden Meadow Dairy Co. Ltd. In Deutschland ist die Leitung der Interessen der Gruppe auf die Van den Berghs Margarine A.-G. in Berlin (15 Millionen Mark Aktienkapital) übergegangen. Ausgedehnte Beteiligungen und Besitz hat der Konzern auch in Dänemark, Schweden, Norwegen, in Belgien und Frankreich, in der Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn und Südschweden.

Die Jürgens-Gruppe hat ihren Schwerpunkt immer in Holland behalten. Die Anton Jürgens Vereinigte Fabrieken sind nahezu reine Holdinggesellschaft für die weiterverarbeiteten Interessen des Konzerns geworden. In der Seifenfabrikation hat sie in Holland sehr starke Interessen. Die englischen Interessen wurden 1914 zur Jürgens Ltd. mit einem Kapital von 5 Millionen Pfund Sterling zusammengefaßt, die eine Reihe weiterer großer Unternehmungen kontrolliert. In Deutschland sind die Jürgens-Interessen in der Deutsche Jürgenswerke A.-G. (Aktienkapital 14 Millionen Mark) konsolidiert. Jürgens ist ebenfalls in Skandinavien, Belgien, Frankreich, Niederländisch-Indien und — wie es scheint, gemeinsam mit van den Bergh — in der Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn und Südschweden vertreten.

Die finanziellen Ergebnisse beider Gesellschaften sind in der Regel sehr reich gewesen. Neben wenigen dividendenlosen Jahren wurden meist sehr hohe Gewinne ausgeschüttet, Dividende von 25 bis 50 Prozent auf die Stammaktien sind vielfach ausgeschüttet worden.

Ungechwächte Textilkonjunktur

Wie der Deutsche Textilarbeiterverband festgestellt hat, ist die Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern von 2,4 Prozent im Oktober auf 2,8 Prozent im November gestiegen; auch die Kurzarbeit hat zugenommen, und zwar von 2,1 Prozent auf 3,5 Prozent.

Die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt sind geringfügig und lassen keinen bestimmten Schluß auf die Konjunkturlage zu. Soweit sich übersehen läßt, hat allerdings die seit Monaten festzustellende Hochspannung in einzelnen Branchen mit Ende des alten Jahres nachgelassen.

In anderen Zweigen dagegen ist eine Besserung der Geschäftslage und eine Steigerung des Beschäftigungsgrades festzustellen. Der schlechte Eingang an neuen Aufträgen, über den hier und da geklagt wird, dürfte sich kaum auf die Geschäftslage auswirken, da die Betriebe durchweg mit Arbeit bis weit in das Jahr 1928 versehen sind. So hört man beispielsweise aus der Baumwollweberei Klagen über schleppenden Eingang von Neubestellungen. Hier ist aber — und das gilt wohl für die ganze Baumwollindustrie — zu beachten, daß zahlreiche Aufträge vorliegen und daß in den Betrieben teilweise noch mit Doppelschichten (in der Regel aber 54 Stunden je Woche) gearbeitet wird. Auch die Wollindustrie ist noch immer recht gut beschäftigt. Die Wollkämmereien und die Kammgarnspinnereien und webereien arbeiten mit Hochdruck. Die Arbeitsmöglichkeit der Betriebsbelegschaften ist auf Monate hinaus gesichert. Nach den Weihnachts- und Inventurausverkäufen werden die Läger zum größten Teil geleert sein, so daß sich die vermehrte Kaufstätigkeit des Publikums unmittelbar in Neubestellungen des Handels umsetzen muß.

Ein Vorstoß der sächsischen Industrie gegen die amerikanischen Schahamtsagenten

Das Organ der sächsischen Industriellen unternimmt in seiner letzten Nummer erneut einen Vorstoß gegen die Tätigkeit der amerikanischen Schahamtsagenten, deren Aufgabe es ist, Zollhinterziehungen zu verhindern. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß es der französischen Regierung gelungen ist, während der Verhandlungen mit Amerika die Tätigkeit der Schahamtsagenten auf französischem Boden zu unterbrechen. Damit sei deutlich der Beweis gegeben, daß Amerika trotz des Wertollsystems auf diese Inquisitionseinrichtung verzichtet kann wie andere Länder auch.

Sächsisch-württembergische Strickwaren-Konzentration

RTB-Handelsdienst wendet zu den von uns schon berichteten Vorgängen in der Textilindustrie aus Chemnitz, 4. Januar:

Auf Anfrage teilt uns die Verwaltung der C. A. Roscher A.-G. in Markersdorf mit, daß zum Zwecke der rationellen Ausnutzung des Fabrikationsapparats und damit zusammenhängender Fragen Verhandlungen mit den Firmen Christian Ludwig Wagner in Calm, Stern u. Stern in Stuttgart und Wittmann u. Co. in Vöhlstein-Callenberg gepflogen worden sind. In dem jetzigen Stadium der Verhandlungen sind Mitteilungen über Einzelheiten verfrüht, jedoch ist der Abschluß der Verhandlungen im Bälde zu erwarten.

Gute Beschäftigung der Elektrotechnischen Industrie

Die Beschäftigung der elektrotechnischen Industrie im Monat Dezember hielt sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie die im Vormonat. Nur in einzelnen Zweigen, und auch hier in geringem Umfange, trat der normale saisonmäßige Rückgang in Erscheinung. Die gesteigerten Ansprüche seit Beginn der neuen Lichtsaison an die Elektrizitätswerke veranlassen vielfach, daß Bestellungen, die sonst erst im Frühjahr erfolgen, bereits jetzt getätigt werden, so daß den Fabriken von elektrotechnischen Maschinen, Apparaten, Kabeln und Leitungen genügend Aufträge für den Winter zugefallen sind. Die Reichsbahn-Gesellschaft gab weitere Bestellungen für die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn aus. Die Einrichtungen für automatische Zugbeeinflussung boten ein ausgedehntes Betätigungsfeld. Einen Rückgang erfährt nur die Fabrikation von Fernsprengeräten.

Eine schwimmende britische Ausstellung. Eine Gruppe von Firmen in Glasgow, Belfast und Liverpool hat sich zusammengeschlossen, um eine schwimmende Ausstellung britischer Waren nach Südamerika zu senden. Das Schiff soll im Februar für eine Reise von 16 Wochen von Liverpool aufbrechen und wird den Namen „British Industry“ führen. In Buenos Aires soll es sich 10 Tage, in einer Reihe anderer Häfen je 4 Tage aufhalten.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Expedient.

Wir suchen für unsere Zeitungs-Expedition einen tüchtigen Expedienten der die Aufsicht und Leitung unserer Expedition übernehmen soll. Derselbe muß gute technische Kenntnisse besitzen. Kräfte, die schon in ähnlicher Stellung tätig waren, werden bevorzugt und wollen schriftliche Bewerbungen einreichen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.
(Verlag der Leipziger Volkszeitung)
Tauchaer Straße 19/21.

Von Herrschaften wenig getragene Herren- u. Damen-Garderobe Maßarbeit - neu, neue Garderobe zu sehr bill. Preisen. Frack-, Bohrer- u. Smoking-Anzüge zu bill. Vertrieben **Friedmann** Ramstedter Steinweg 13, I. Gin-u. Vert.-Gesch.

LINOLEUM



Läufer Teppiche ab 1.70 Mk. ab 9.- Mk. Staunen werden Sie über die riesige Auswahl und die billigen Preise.
Wachstuche ab 1.80 Mk.
Tischdecken ab 3.- Mk.

Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99

Etwa 50 vorsch. mod. Möbelst. usw.

12 Möbel Vollmer am Bahnhof Stötteritz

TEILZAHLUNG

norm. billige Preise
MöBEL
1/10 Anzahlung bis 2 Jahre Kredit
KOMPLETTE ZIMMER
EINZELMÖBEL-KÜCHEN
TEPPICHE-KORBENBEL
KINDER-WAGEN

Beamte und Festangestellte ohne Anzahlung!
PETER & Co.
KATHARINEN-STR. 4- I. U. II. STOCK

„Dicke Gärtner“
10 Stück 1.50 Zigaretten-Gärtner
100 „ 1.50
Reichsstr. 40

Flotter Kellner
(Nebenberuf) im Restaurant in Othena gesucht. Off. u. O. I. a. Fil. Elisenbeth 19

Verkäufe
Wintermantel für Herrn, außerw. warm, billig. Bild. Löbstr. 19, I.

Von Herrschaften wenig getragene Herren- u. Damen-Garderobe. Maßarbeit - neu, neue Garderobe zu sehr bill. Preisen. Frack-, Bohrer- u. Smoking-Anzüge zu bill. Vertrieben **Friedmann** Ramstedter Steinweg 13, I. Gin-u. Vert.-Gesch.

Teppiche - Läufer ab 10 Neuzustellen. Kleiner Teppichhaus Agny & Gilch, Frankl & M. Schützen Siegel Nr. 769, Städtl. 3-Süder-Ro. deschlitten zu vert. Kleingeld. Dienstl. str. 38, I. Drogengelei

Neue Federbetten 20.-
Schlafdeck. feinh. 1.-
Bettüberz. 1.50
Divandeecken „ 3.-
Etagegesch. Mand., Kohlkarten-straße 29, I.

Sprech-Apparate
Dr. Ton, An-u. Teils. nach Vereinfachung. Schallplatz a. Markt. Busch. „Cubersophon“ Ulmer, 12. a. Nordstr.

Kaufgesuche
Gebr. Schurzlieder zu kaufen gesucht. Berliner Str. 54, 5 I.

Diverses
Maurer-
Werkzeuge und Reparaturen
Schardt, Sophienstr. 10

Wohnungen
1-2 leere Zimmer mit Kachelofen sofort gesucht. 30-40. A. Lindenau, Slagomy bevorzugt. Off. unter L 23 an Fil. L. Obermannstr.